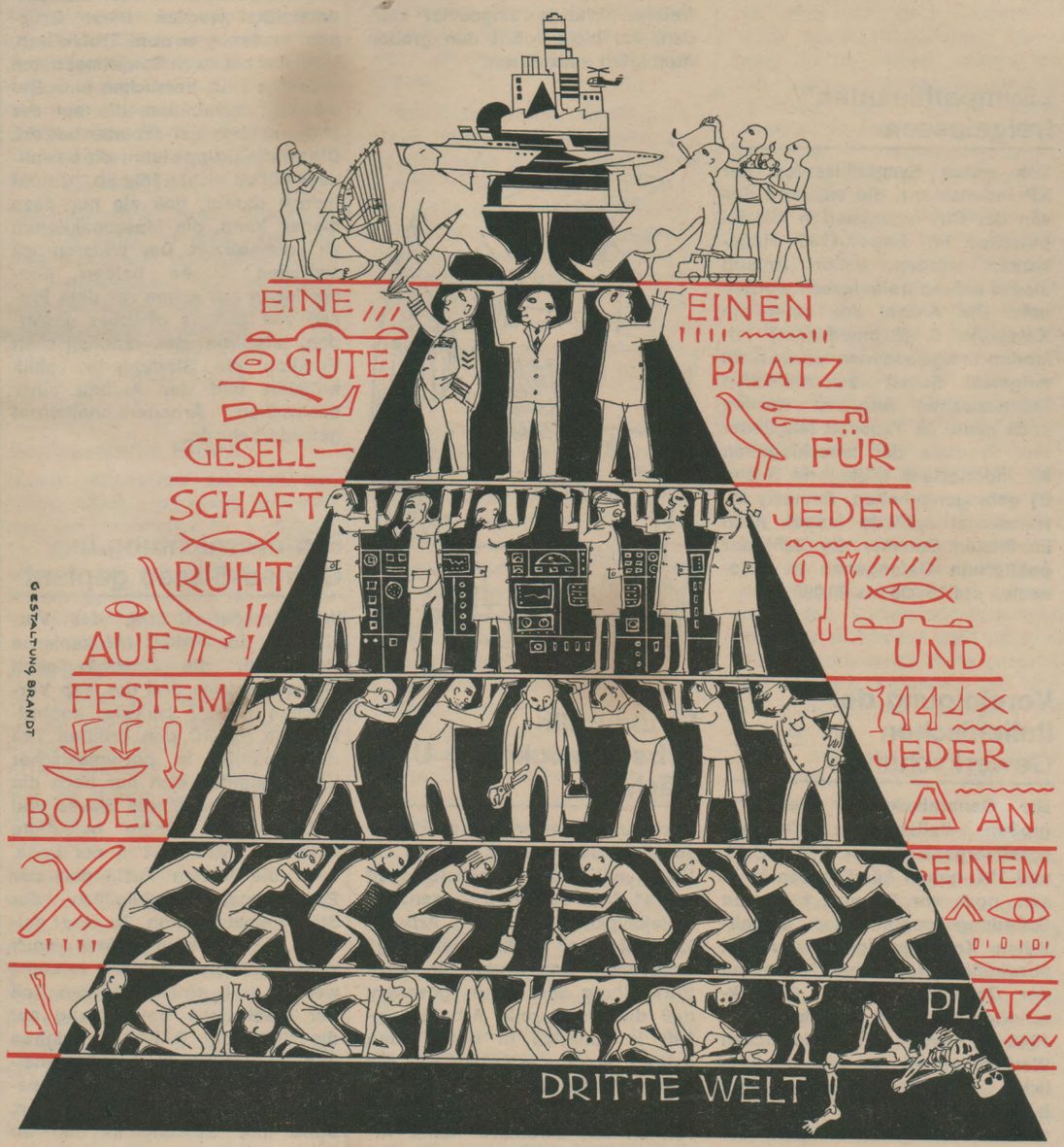
D 20930E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 30
Februar'72 DM 1,20

Fest auf dem Boden der . . .



„freiheitlich-rechtsstaatlichen sozialen Grundordnung"

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Herbert Stubenrauch: Schauprozeß in Düsseldorf 3
Ekkehart Krippendorff: Italienische Krise 3
Lothar Maier: Spanien 3
Hakki Keskin: Türkei 4
Brigitte Heinrich: Uruguay 4
Georg Stingl: Streik der Ovambos 6

Aktionen
Ursula Schmiederer: Frauenpolitik 7

Parteien
Hansgeorg Conert: Doppelstrategie und Kongresstaktik 9

Erziehung
Peter Brückner: Moralische Rigidität und Anarchieverdacht 11

Ökonomie
Industriesystem und sozialistische Revolution 13

International
Hanegbi, Machover, Orr: Klassencharakter der israelischen Gesellschaft 16

Organisationen
Strategien in Westeuropa 20
Güster-Erklärung 20
Sozialistische Lehrer 22
Manifest-Buchladen 22

Linker Digest
Technokratie und Emanzipation in der DDR 23

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 295680

Informationen

Revolutionäre Christen

„Wir begrüßen die christlichen Freiheitsbewegungen in Lateinamerika und schätzen sie als etwas Positives. Wir betrachten die revolutionären Christen als strategische Verbündete. Mit ihnen müssen wir den Sozialismus aufbauen. Ohne Christen wird jede Revolution in Lateinamerika nur unvollständig sein." Das stellte Fidel Castro in einem Interview während seines Staatsbesuchs in Chile fest. Da viele Arbeiter Antiimperialisten und gleichzeitig auch gläubige Christen seien, komme der „politischen Erkenntnis der christlichen Massen auf unserem Kontinent" große Bedeutung zu.

„Sympathisanten" freigelassen

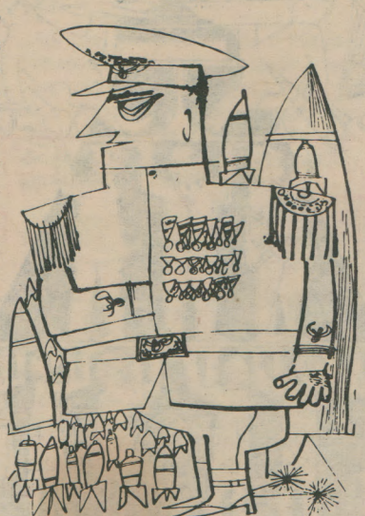
Die ersten Sympathisanten der KP Indonesiens, die während des von der CIA organisierten Militärputsches im Jahre 1965 eingekerkert wurden, sollen Anfang dieses Jahres freigelassen worden sein. Die Anzahl der unter die Kategorie C (Sympathisant) fallenden Freigelassenen wurde nicht mitgeteilt. Selbst nach amtlichen indonesischen Angaben werden noch heute 36 Tausend Mitglieder und Freunde der zerschlagenen KP Indonesiens (Kategorie A und B) gefangengehalten. Amnesty International schätzte jedoch noch im letzten Sommer die Zahl der politischen Gefangenen in Indonesien auf 75 000 bis 90 000.

Vereinigung der italienischen Gewerkschaften

Die Generalsekretäre der drei großen italienischen Gewerkschaftsorganisationen CGIL, CISL und UIL haben kürzlich beschlossen, noch vor Februar 1973 den Gründungskongreß der einheitlichen Konföderation der Arbeit abzuhalten. Nach über 20 Jahren der Trennung – die Gewerkschaften spalteten sich im Jahre 1948 – werden die italienischen Werktätigen wieder eine einheitliche Interessenorganisation haben. Im nächsten September werden zur gleichen Zeit die Kongresse stattfinden, die die drei selbständigen Gewerkschaften auflösen sollen. Das Streben nach Einheit ist an der Basis bereits in der Vergangenheit, vor allem während der Massenkämpfe im Herbst 1969, zum Ausdruck gekommen.

„Saubere" Atomwaffen für Europa

Unabhängig von den Geheimverhandlungen zwischen den USA und der SU über die Begrenzung der strategischen Rüstung sind die beiden Staaten nach Beobachtungen der schwedischen Forschungsanstalt für Verteidigung dabei, eine neue Periode des Wettrüstens mit sogenannten „sauberen" Kernwaffen einzuleiten. Diese Waffen würden eine relativ geringe radioaktive Verseuchung verursachen und damit eher die Zivilbevölkerung „schonen". In der amerikanischen Planung sollen sie gegen einen eventuellen Angriff auf Zentraleuropa eingesetzt werden. Nach den schwedischen Beobachtungen benötigt die NATO diese „sauberen" Atomwaffen als Ausgleich für die zahlenmäßige Überlegenheit der konventionellen Truppen und Waffen des Warschauer Paktes. Die Planung sieht vor, daß diese neuen, kleineren und strahlungsfreieren Waffen eingesetzt werden, um nicht sofort den großen Atomkrieg auszulösen.



Strukturelle Arbeitslosigkeit in USA wächst

Nach Ansicht amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler müssen die USA „mit mehr Arbeitslosigkeit leben". Man beginnt 5 Prozent Arbeitslosigkeit als die „Arbeitslosenrate bei Vollbeschäftigung" anzusehen. Der Grund für diese Entwicklung wird darin gesehen, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit in Amerika in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Ein immer größerer Teil der Beschäftigten in Amerika ist in Bereichen mit chronisch hoher Arbeitslosigkeit tätig. Die Zahl der strukturell Arbeitslosen besteht heute aus zwei großen Gruppen: einmal aus den ungelernten Arbeitern (vor allem Farbige), den Jugendlichen und den Frauen und zum anderen aus der Gruppe der hochqualifizierten Arbeitskräfte, die durch Marktveränderungen, Wandlungen der Technologie und durch die sich wandelnde staatliche Auftragsvergabe brotlos geworden sind. (Beispiel Raumfahrtindustrie).

Spaltung der ETA

Ein Jahr nach dem Prozeß von Burgos hat sich der baskische Widerstand in zwei Blöcke gespalten. Der eine besteht aus der nichtmarxistischen „militärischen" Fraktion der ETA, die sich mit einigen anderen bürgerlich-nationalistischen Gruppen zur Baskischen Nationalen Front (F. N. V.) vereinigt hat. Die F. N. V. wird von einem Teil der Priester unterstützt und hofft die kleinen Eigentümer für sich zu gewinnen. Ihre Taktik ist die Stadtguerilla. Der zweite Block besteht aus verschiedenen marxistischen Gruppen, die von der Spanischen Kommunistischen Partei wirksam unterstützt werden. Diese Gruppen, in denen sowohl Trotzkisten, Maoisten als auch Sowjetmarxisten vertreten sind, versuchen eine Bewegung aufzubauen, die auf der Massenaktion der Arbeiter basiert. Die zweite Gruppe lehnt die bewaffnete Aktion nicht völlig ab, besteht jedoch darauf, daß sie nur dazu dienen kann, die Massenaktionen zu unterstützen. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Konzeptionen war schon vor dem Prozeß von Burgos offenbar geworden, als von der marxistischen Fraktion die Stadtguerilla-Taktik kritisiert und der Aufbau einer baskischen Arbeitereinheitsfront gefordert wurde.

Erntevernichtung in Guinea-Bissao geplant

Wie Amilcar Cabral, der Vorsitzende der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea Bissaos und der Kap Verdischen Inseln) erklärte, kontrolliert die PAIGC den größten Teil der Kolonie. In portugiesischer Hand befinden sich nur noch die beiden größten Städte Bissao und Bafata sowie einige befestigte Orte. Die PAIGC ist in der Lage, auch die letzten Festungen der Portugiesen einschließlich der Städte einzunehmen. Zu einer solchen Aktion wird jedoch noch nicht geschritten, weil erst versucht werden soll, einen größeren Teil der städtischen Bevölkerung auf die Seite der PAIGC zu ziehen und so ein Blutbad zu vermeiden. Da die Portugiesen Guinea-Bissao nicht aufgeben können, ohne ihre Stellung in den an Rohstoffen reichen Kolonien Angola und Mosambik zu schwächen, bereiten sie die Vernichtung der nächsten Ernte in Guinea-Bissao mit chemischen Kampfstoffen vor. Durch Aushungerung der Bevölkerung soll auch die PAIGC geschwächt werden.

Schauprozeß in Düsseldorf

In Düsseldorf veranstaltet die bundesdeutsche Justiz mit Karl-Heinz Ruhland seit dem 17. 1. 1972 eines ihrer spektakulärsten Schaustücke: den Prozeß gegen die Linke insgesamt, mit dem Ziel, der Öffentlichkeit glauben zu machen, durch Identifizierung mit der Baader-Meinhof-Gruppe seien alle Sozialisten und Kommunisten in der BRD latent einer „kriminellen Vereinigung" zuzurechnen.

Der hinter kugelsicheren Glaswänden verpackte Ruhland — den Glaskasten kennt man aus dem Eichmann-Prozeß in Jerusalem; er legt eine perfide Gleichsetzung von Links- und Rechts„extremisten" nahe — sagt wie eine Aufziehpuppe nach, was er gelernt hat, was „Bild" und „Welt" hören wollen, was die Bundesanwaltschaft als Legitimation zu ihren Notstands-Beschattungs- und Verfolgungsübungen bedarf. Ruhland, „eher Tropf denn Kopf" (Die Welt), seit mehr als einem Jahr in der Untersuchungshaft von Agenten des Systems zum „Beweismaterial" präpariert, spielt willig mit. „Täter und Opfer" (FR) zugleich, Komplice und Verräter, Leidender an der Gesellschaft und brauchbares Werkzeug in der Hand der Strafverfolgungsbehörden, einer der wenigen „Arbeiter" in der „Roten Armee Fraktion", spiegelt er in seinem Auftritt, zu dem er zurechtgestutzt wurde, die Fragwürdigkeit der Strategie der „RAF" selbst: die einer Gruppe von Bürgern und Intellektuellen, die das System mit seiner Irrationalität, seiner offenen und versteckten Gewalt zu desperaten Aktionen getrieben hat. Diese Aktionen waren bis heute — einmal abgesehen von der Baader-Befreiung — keine politischen Aktionen; sie waren aber gut geeignet, das Gewaltmonopol des bürgerlichen, kapitalistischen Staates zu stärken und die RAF zu kriminalisieren.

Diesen Kriminalisierungsaspekt auf die gesamte Linke auszudehnen, ist Ziel nicht allein des Ruhland-Prozesses, der bis zum März dauern und die Presse mit einem Stoff versorgen wird, der sich erstklassig als Vehikel der Ideologieproduktion benutzen läßt, es sei denn, es gelingt einigen Zeugen, ihn zu einem politischen Prozeß zu machen.

Man hat Ruhland sicher auf den § 129, Abs. 6 hingewiesen, nach dem „das Gericht nach seinem Ermessen die Strafe mildern (§ 15) oder von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen (kann), wenn der Täter

1. sich freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung oder die Begehung einer ihren Zielen entsprechenden Straftat zu verhindern, oder

2. freiwillig sein Wissen so rechtzeitig einer Dienststelle offenbart, daß Straftaten, deren Planung er kennt, noch verhindert werden können; erreicht der Täter sein Ziel, das Fortbestehen der Vereinigung zu verhindern, oder wird es ohne sein Bemühen erreicht, so wird er nicht bestraft." Wer weiß, ob nicht z. B. die Geschichte von der „Brandt-Entführung" gerade zu diesem Zwecke erfunden worden ist?

Strafmilderung oder Straffreiheit in Aussicht, hat sich Ruhland zum Kronzeugen umtrimmen lassen. Der Angeklagte wird zum Zeugen der Anklage; dem Lernpensum, das er in der Hauptverhandlung nicht mehr memoriert, wird vom Gerichtsvorsitzenden Weber nachgeholfen: „Wie hieß doch die Familie in Neu-Isenburg?" Das dient nicht der „Schuld"-ermittlung des Angeklagten, sondern einzig dem der öffentlichen Diskriminierung; dazu, der Linken in der BRD Angst einzuflößen, sie davon abzuhalten, den gejagten Desperados der Baader-Meinhof-Gruppe die Tür zu öffnen, und die Linke en bloc als Komplizin einer „kriminellen Vereinigung" zu diffamieren.

HERBERT STUBENRAUCH

Zur italienischen politischen Krise

Die nach wochenlangem Tauziehen schließlich erfolgte Bestellung eines neuen Präsidenten der Republik — Leone — bedeutete etwas mehr als ein bloßes Gerangel um verbesserte oder veränderte Relationen und Positionen der in besonders extremem Maße korrupten und inkompetenten italienischen politischen Klasse und ihrer parteilichen Fraktionen. Es ging um die Entscheidung pro oder kontra Fanfani; pro Fanfani hieß die Möglichkeit oder der Versuch einer gaullistischen Lösung der italienischen Krise, kontra Fanfani hieß und heißt damit nun die Fortsetzung der „Vierten Republik", um im Vergleich zu bleiben.

Italien ist zweifellos der „kranke Mann" Westeuropas; der Wirtschaftsbom der '60er Jahre hat sich als Scheinblüte herausgestellt, die exportorientierte Industrie vor allem des Nordens hat enorme kurzfristige Profite realisiert, und zwar nicht nur auf dem Rücken der italienischen Arbeiterklasse, sondern auch auf Kosten nicht getätigter langfristiger Investitionen in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur — eine ökonomische Politik, zu der sie auch und nicht zuletzt von der politischen Klasse nicht genötigt wurde. Das Kartenhaus dieses Booms beginnt nunmehr nicht nur unter dem Druck einer militanten und aggressiven Arbeiterklasse, sondern auch unter dem der verschärften internationalen Konkurrenz zusammenzubrechen. Italien mag als — wie es sich rühmt — achtgrößter Industriestaat der Welt noch für eine Weile existieren, ist aber langfristig, rebus sic stantibus, zur Rolle einer halb- bis unterentwickelten drittklassigen Macht degradiert, ein lateinamerikanisierter Appendix von Bundesrepublik, Frankreich und nicht zuletzt den USA.

Die Zunahme von politischer Militanz der revolutionären Linken ist darum in gewisser Weise umgekehrt proportional zu ihrer Wirkung: sie wird konterkariert und frustriert von der Entwicklung der Unterentwicklung selbst.

Die Wahlniederlage Fanfanis nun geht in nicht geringem Maße auf das Konto der revolutionären Linken, ist das Verdienst vor allem der intensiven Kampagne von „Il Manifesto", die den geplanten Kuhhandel zwischen Democrazia Cristiana und Kommunistischer Partei durch provozierendes auf-den-Busch-klopfen durchkreuzte und die PCI zwang, an einer verlierenden linken Einheitsfront festzuhalten, sofern sie nicht das Vertrauen breiter mißtrauisch gemachter Wähler- und Mitgliederschichten verlieren wollte. Das Ergebnis, d. h. die verhinderte autoritäre, etatistische Lösung der italienischen Krise(n) ist langfristig der Status quo, d. h. die weitere Verschlechterung der italienischen Lage, von der Sozialgesetzgebung bis hin zur internationalen Konkurrenzunfähigkeit. Die gesellschaftlichen, die Klassenkonflikte werden zunehmen, sich verschärfen, gleichwohl aber von einer diffusen, unstrukturierten und gleichwohl penetrant miteinander verfilzten politischen Klasse absorbiert werden, sie finden — außer punktuell auf der Ebene des Betriebskonfliktes — keinen politisch organisierten und artikulierten Gegner. Dazu hat eben der „Sieg" der revolutionären Linken über Fanfani nicht unwesentlich beigetragen: die nunmehr wiederum vertagte Möglichkeit der Konzilrepublik, d. h. der Großen Koalition zwischen PCI und DC, hat die Kommunistische Partei intern und in den Augen von Wählern und Mitgliedern gestärkt (auch wenn der rechten Führung diese Politik von außen aufgezwungen worden war) und umgekehrt für die Linke, einschließlich des sich an Wahlbeteiligung, also an Wählern taktisch orientierenden „Manifesto", auf absehbare Zeit die Möglichkeit zerstört, den revisionistischen Charakter der PCI massenwirksam zu enthüllen.

EKKEHART KRIPPENDORFF

Zweikampf der Ultras

Wer sich heute in Spanien über Politik unterhält, muß wieder lernen erst über beide Schultern zu sehen, ob einer zuhört. Niemals in den letzten 15 Jahren waren die Terrorakte des Regimes so zahlreich und so brutal wie im vergangenen Jahr; der Ausnahmezustand ist zum Regelzustand geworden. Von der früher geübten stillschweigenden Duldung gewisser oppositioneller Gruppen ist kaum noch etwas zu spüren: in den Comisiones Obreras organisierte Arbeiter werden auf offener Straße erschossen (so geschehen in Madrid, Granada und Barcelona), Professoren und Journalisten, die dagegen zu protestieren wagen, erhalten Geldstrafen, die der Konfiskation eines Jahresgehalts gleichkommen.

Nicht nur die Aktivität der Opposition ist der Grund für die verschärfte Repression: es ist ein offenes Geheimnis, daß die Machthaber in naher Zukunft mit dem Ableben ihrer Gallionsfigur, des jetzt 79jährigen Staatschefs Franco, rechnen. Auch ihnen ist klar, daß zwei Bedingungen erfüllt sein müssen, wenn der Francismus seinen Schöpfer überleben soll:

1. die demokratische Opposition muß um jeden Preis niedergehalten werden und
2. die Machtverteilung im Lager des Regimes muß geregelt sein.

Während über den ersten Punkt bei allen tragenden Kräften des Regimes Übereinstimmung besteht, ist der zweite noch völlig offen. Schon seit Monaten liefern sich die beiden Hauptkräfte des Systems einen erbitterten Machtkampf: auf der einen Seite steht die falangistische „Nationale Bewegung" als Gralshüter der faschistischen Tradition und Träger der totalitär-ständestaatlichen, antimonarchistischen Konzeption, auf der anderen Seite der fast allmächtig gewordene Geheimbund Opus Dei als Repräsentant der autoritär-technokratischen Kräfte. Beide buhlen um die Gunst der Armee, die sich ihrerseits zum Eingreifen rüstet, falls in der Stunde X Opus und Falange sich mit Messern und Pistolen um das faule Erbe balgen sollten.

Für die Epigonen José Antonios' geht es darum, den großen Vorsprung des Opus bei der Besetzung von Machtpositionen wenigstens teilweise wieder aufzuholen: seit 1959 sind die Kabinette von Mitgliedern des Opus beherrscht, zahlreiche maßgebende Positionen in Wirtschaft und Hochfinanz sind nacheinander von ihnen eingenom-

men worden. Politische Hauptziele des Opus sind die Neustrukturierung der spanischen Wirtschaft mit modernen neokapitalistischen Methoden und die Öffnung des spanischen Marktes gegenüber der EWG, was sich bisher in der relativ erfolgreichen Durchführung der beiden ersten Vierjahrespläne und der Assoziation mit der Gemeinschaft niederschlug. Da den Opus-Anhängern klar ist, daß sie für den Eintritt in die EWG etwas mehr demokratische Schminke auflegen müssen als bisher, sind sie die Protagonisten einer konstitutionellen Monarchie unter Juan Carlos. Der Zulassung politischer Parteien dürften sie sich widersetzen, da jede echte Demokratisierung zwangsläufig die auf Usurpation beruhende Machtstellung des Opus zerstören muß.

Die qualitative Überlegenheit dieser zahlenmäßig unbedeutenden Sekte versucht die Falange durch Mobilisierung ihrer immer noch beachtlichen Zahl von Schwarzhemden zu treffen, die sich wieder in markigem Auftreten im Stil der 40er Jahre üben. So gelang es ihr, im „Tal der Gefallenen" bei Madrid Anfang Dezember mehrere hunderttausend Schreier in einer gewaltigen Heerschau aufzubieten; ein Bild, das Spanien seit Jahrzehnten nicht mehr kannte. Gleichzeitig wird die Aufstellung faschistischer Schlägerbanden forciert, die sich „Guerrilleros de Cristo Rey" oder „Antimarxistische Stoßtrupps" nennen. Sie terrorisieren jeden, der im Verdacht steht, Demokrat zu sein. Dabei beschränken sie sich nicht nur auf Arbeiter und Intellektuelle, sondern beschäftigen sich vorzugsweise auch mit der Mißhandlung oppositioneller Priester — ein Hinweis für das Opus. Ihr Auftraggeber und ideologischer Ziehvater ist der jüngst zum Nationalrat beförderte Prokurator Blas Piñar. Bei der Untersuchung des „Stoßtrupp"-Attentats auf eine Picasso-Ausstellung in Madrid traten auch Querverbindungen der Attentäter zur politischen Polizei (Brigada-Politico-Social) zutage.

Besonders heftig ist das Ringen um Einfluß in der Presse, das einen vorläufigen Höhepunkt im Verbot der als liberal geltenden Abendzeitung „Madrid" fand. Dieses Blatt befand sich im Besitz einer nicht mit der Regierung kollaborierenden Minderheitsfraktion des Opus um den Gelehrten Calvo Serer und sollte nach der Suspension mit neuer Redaktion und im Besitz der staatlichen Journalistengewerkschaft wiedererscheinen. Da sowohl Opus als auch Falange „Madrid" in ihre Gewalt zu bringen suchten, aber keine Entscheidung herbeiführen konnten, ist mit dem Wiedererscheinen des Blattes kaum noch zu rechnen. Unterdessen erwartet man in Madrid einen weiteren Anschlag des Opus (Regierungsfraktion) auf das letzte noch übriggebliebene Blatt mit liberaler Tendenz, die Abendzeitung „Informaciones". Damit wären auch der letzte Rest von unabhängiger Presse beseitigt und die Pfründen verteilt. Insgesamt hat sich das Opus auch auf dem Gebiet der überregionalen Presse einen erheblichen Vorsprung vor der Falange sichern können.

Angesichts solcher Bedingungen kann es den Altfalangisten nicht mehr darum gehen, die totale Macht wiederzugewinnen, sondern nur noch darum, sich so teuer als möglich an das Opus zu verkaufen. Daß rechtzeitig Einigkeit über den Preis erzielt wird, gewährleistet die beiderseitige Furcht vor der Armee, die unter dem Kommando des von Washington protegierten Generals Diez Alegría, dem parlamentaristische Neigungen nachgesagt werden, ein höchst unerwünschtes letztes Wort sprechen könnte.

LOTHAR MAIER

Todesstrafen in der Türkei bestätigt

Am 9. Oktober 1971 hatte das militärische Sondergericht 18 junge türkische Patrioten zum Tode verurteilt. Gegen diese Entscheidung legten die Rechtsanwälte der zum Tode Verurteilten beim Obersten Militärgerichtshof Revision ein. Für drei von ihnen wurde die Todesstrafe bestätigt. 5 erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen und 10 Zuchthausstrafen zwischen 5 und 10 Jahren.

Warum sollen nun 3 Patrioten, Deniz Gezmis, Yusuf Aslan und Hüseyin Inan, aufgehängt werden, obwohl alle 18 mit der gleichen Begründung zum Tode verurteilt worden waren? Nicht etwa deshalb, weil eine gerechte Nachprüfung der Urteile durchgeführt worden wäre, sondern weil der Druck gegen die verkündeten Urteile der militärischen Sondergerichte sowohl im Inland als auch im Ausland zu groß wurde. Trotz des Terrors haben in der Türkei fast 2 000 namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eine Resolution unterschrieben, in der sie gegen die Todesurteile aus politischen Gründen protestieren.

Auch im Ausland, vor allem aber in Schweden, in Frankreich und in der BRD wird eine Kampagne gegen die Urteile der militärischen Sondergerichte in der Türkei geführt. Zehntausende Unterschriften wurden bis jetzt allein durch die von „links" verbreiteten Protestkarten an den türkischen Staatspräsidenten gesandt. Auch Amnesty International führte eine von mehreren tausend Bürgern unterstützte Protestaktion in West-Berlin durch. Unter denjenigen, die gegen die Todesurteile und gegen die Abschaffung der demokratischen Grundrechte in der Türkei protestieren, befinden sich viele namhafte Persönlichkeiten vor allem auch aus dem Kreis der Hochschullehrer.

Gerade an den Universitäten hat die Verurteilung von Prof. Dr. Mümtaz Soysal, der an der Fakultät für Politische Wissenschaft an der Universität Ankara als Verfassungsrechtler tätig ist, großes Aufsehen erregt. Den Hauptbeweis für seine „Schuld" sah das 3. Militärgericht in Ankara darin, daß er sein eigenes Buch über die türkische Verfassung, das von der Fakultät herausgegeben worden war, zur Grundlage für seine Lehrveranstaltungen gemacht hatte und als ergänzende Lektüre zu den einzelnen Kapiteln auch Werke von Marx, Lenin, Plechanow, Giap und Debray angegeben hatte. Seine Verurteilung zu 6 Jahren und 8 Monaten Kerker, 2 Jahren Verbannung und lebenslänglichem Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst hat exemplarischen Charakter. Sie soll der Einschüchterung aller Intellektuellen in der Türkei dienen.

Doch der Protest gegen diese Terrorjustiz reißt nicht ab. In den Gefängnissen der Türkei sind Gefangene bereits in den Hungerstreik getreten. In Schweden führen seit mehreren Tagen türkische Studenten gegen die bestätigten Todesurteile einen Hungerstreik durch, über den die schwedische Presse und das Fernsehen ausführlich berichten. Die progressiven türkischen Arbeiter- und Studentenorganisationen in der BRD und in West-Berlin planen bereits mehrere Aktionen gegen die Todesurteile. Hauptziel der Aktionen ist es, durch den Druck der Weltöffentlichkeit die Vollstreckung der Todesurteile zu verhindern und das faschistische Vorgehen der Machthaber in der Türkei der Weltöffentlichkeit aufzudecken.

HAKKI KESKIN

Zum Prozeß gegen Angela Davis

Der Prozeß gegen Angela Davis, der Ende Januar beginnen sollte, wurde erneut um mindestens vier Wochen verschoben, weil die Richter erst noch über eine Reihe von Anträgen beraten müssen. Worum geht es dabei im Wesentlichen?

1. Die Verteidigung ließ in sämtlichen Distrikten Nordkaliforniens eine Meinungsumfrage durchführen. Dabei erwies sich der vorgesehene Gerichtsort, Santa Clara, als der für Angela Davis bei weitem ungünstigste. Die Bewohner gehören fast ausnahmslos zur weißen Mittelklasse und leben von den großen Betrieben der Rüstungsindustrie. Nur 1,7 % der Bevölkerung sind Schwarze. 67 % aller Bewohner lehnen „Kommunisten als Lehrer" ab und 64 % gaben einen „ungünstigen Eindruck von Angela Davis" zu. Geschworene mit dieser Einstellung müßten als derart voreingenommen angesehen werden, daß ihre Entscheidung nur „schuldig" lauten kann. Deshalb bestehen Angela und ihre Verteidiger auf einer Verlegung nach San Francisco, der nächstgelegenen Großstadt, was bisher jedoch von allen Richtern abgelehnt wurde.

2. Die kalifornische Justiz verweigert politischen Angeklagten in der Regel das Recht, bei ihrer Verteidigung mitzuwirken. Das heißt, daß sie vor Gericht praktisch kein Wort sagen dürfen. Angela Davis dagegen besteht auf einer politischen Verteidigung: „Ich stehe vor Gericht als Zielscheibe einer politischen Manipulation, die keinerlei Hinweis auf meine Schuld erbringt, sondern demonstriert, daß der Staat Kalifornien ein Werkzeug der politischen Unterdrückung ist. Um sicherzustellen, daß diese politischen Fragen nicht verschleiert werden, sehe ich mich gezwungen, bei meiner eigenen Verteidigung eine aktive Rolle zu spielen. Meinen politischen Standpunkt und meine Aktivitäten kann niemand besser vertreten als ich selbst. Ein Justizsystem, das demjenigen, der am meisten zu verlieren hat, zum Schweigen verurteilt, richtet sich selbst."

Neben dem Prozeß gegen Angela Davis eröffnete die amerikanische Justiz in diesen Wochen zwei weitere Prozesse gegen führende Vertreter der revolutionären Bewegung in den USA: in Kalifornien begann das Verfahren gegen die Soledad Brothers, Fleeta Drumgo und John Cluchette, die ohne stichhaltigen Beweis angeklagt sind, einen Gefängnisaufseher getötet zu haben (der dritte Angeklagte, George Jackson, wurde im August von Wärtern des Zuchthauses San Quentin ermordet); in Harrisburg muß sich eine Gruppe radikaler Katholiken verantworten, weil sie angeblich geplant hatten, Nixons Berater Kissinger zu entführen. In diesen Prozessen werden die politischen Inhalte der schwarzen Befreiungsbewegung eine zentrale Rolle spielen. Um diese Inhalte auch in der Bundesrepublik bekanntzumachen und die linke Bewegung für die Unterstützung der amerikanischen Genossen zu mobilisieren, veranstaltet das Angela-Davis-Solidaritätskomitee im Mai einen zentralen Kongreß in Frankfurt (Näheres darüber in der März-Ausgabe „links").

Polarisierung in Uruguay

Uruguay schenkte die bürgerliche Presse seit der Erfindung der Stadtguerilla besondere Beachtung; die Taktik der Tupamaros wird mit kitzelnder Bewunderung verfolgt — solange sie dort bleibt, wo sie hingehört, in Südamerika (vgl. Spiegel-Interview mit dem Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe Hohmann). Aufgrund der Ende November anstehenden Wahlen verstärkte die bürgerliche Presse ihre Berichterstattung über Uruguay, wenn diese auch nicht auf besonders großer Sachkenntnis beruhte. Durch besonders dümmliche Artikel taten sich FAZ und Bayernkurier hervor. „Möglicherweise wird Uruguay bei den Novemberwahlen dieses Jahres nach Kuba und Chile der dritte kommunistische Staat Südamerikas werden" (FAZ, 7. 7. 71), Arme FAZ. Kuba liegt nicht in Südamerika, und Chile ein kommunistischer Staat? Wie hart die FAZ doch urteilt. Auch der KP-Verdacht der FAZ gegenüber der „Breiten Front" entspringt eher antikommunistischen Klischeevorstellungen als den Fakten. Die uruguayische „Breite Front" — Frente Amplio — ist von den Christdemokraten initiiert worden, und die DC setzte auch den Präsidentschaftskandidaten durch, einen General, der 1968 aus Protest gegen die Besetzung der Uni durch Militär retirierte. Der Bayernkurier schreibt dazu: „Castro hat für den prokommunistischen uruguayischen Politiker Frente Amplio bereits tüchtig Propaganda gemacht. Amplio führt eine Koalition von Kommunisten und Sozialisten an" (BK, 20. 11. 71). Dieser „Frente Amplio" ist ein

Phantom. Frente Amplio ist einfach der Name der Koalition aus Christdemokraten, Kommunisten und Sozialisten.

Uruguay, ehemals die „lateinamerikanische Schweiz" und der erste Wohlfahrtsstaat der südlichen Hemisphäre, befindet sich seit Jahren in einer tiefen Strukturkrise. Da die Kapitalbildung der Wirtschaft als Produzent von Rohstoffen völlig vom Weltmarkt abhängig ist, wurde die wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch den Preisverfall der Agrarprodukte auf dem Weltmarkt entscheidend behindert. Die landwirtschaftliche Erzeugung sinkt von Jahr zu Jahr. Die Exportleistungen des uruguayischen Agrarsektors aus den 20er Jahren konnten seitdem nicht wieder erreicht werden. Pro Kopf der Bevölkerung ist die Agrarproduktion 1970 um 10 % niedriger als 1966 und um 15 % geringer als 1955. Parallel zum Niedergang der Landwirtschaft und zur Stagnation der Industrie blähte sich die öffentliche Verwaltung immer mehr auf. Knapp ein Viertel der Erwerbsbevölkerung sitzt in staatlichen Behörden auf unkündbaren Posten. Allerdings verschlechterte sich der Lebensstandard der meisten staatlichen Beamten und Angestellten: über die Hälfte der 300 000 Funktionäre beziehen nur noch ein Realeinkommen, das 30–40 % des Wertes von 1957 entspricht. Das Bruttosozialprodukt schrumpft seit Beginn der sechziger Jahre permanent.

Der schleichende Zusammenbruch der ökonomischen Basis labilisiert zunehmend die Macht der Bourgeoisie, die sich als unfähig erwiesen hat, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, sie vielmehr behindert und verhindert. Dem Sinken der Reallöhne leisteten die Gewerkschaften in Lohnkämpfen und Mobilisierungskampagnen Widerstand. Der harte Kern der Arbeiterbewegung begriff zunehmend den Zusammenhang zwischen der politischen Herrschaft und dem wirtschaftlichen Elend der Beherrschten. Konsequenz war die Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen ein unfähiges, korruptes Regime. Die Tupamaros sind eben nicht auf studentische Spinner zurückzuführen, sondern auf die verzweifelte Lage der Lohnabhängigen.

Das uruguayische Wahlsystem ist bei Konzedierung zahlreicher parlamentarischer Freiheiten gegen unliebsame Wahlergebnisse gefeit. Die beiden traditionellen Parteien lassen zwar all ihre Fraktionen getrennt kandidieren, wodurch den Wählern eine breite Entscheidungsskala vorgegaukelt wird. Bei der Auszählung der Präsidentenwahl werden dann aber die Stimmen der Listen aufaddiert; der Kandidat einer Fraktion der danach siegreichen Partei erhält den Zuschlag; welcher Fraktion bestimmt sich nach relativen Mehrheiten. Mit gut 10 % der gültigen Stimmen kann ein Kandidat Präsident werden, der letzte Präsident Uruguays errang sogar 21 %. Als Liste dürfen

Angela Davis
Materialien zur Rassenjustiz
Sammlung Luchterhand

Band 61 Februar 1972

If They Come in the Morning.
Stimmen des Widerstands
DM 9,80

Neuerscheinungen
Februar

Ausführliche Prospekte der
Sammlung Luchterhand
erhalten Sie in Ihrer
Buchhandlung

Taschenbücher

Band 60 Februar 1972
Georg Fülberth
Proletarische Partei und bürgerliche Literatur
Auseinandersetzung in der deutschen Sozialdemokratie der II. Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Literaturpolitik.
DM 7,80

Band 62 Februar 1972
Jürgen Baumann (Hrsg.)
Das Abtreibungsverbot des § 218
Eine Vorschrift, die mehr schadet als nützt. DM 9,80

Band 63 Februar 1972
Georg Lukács
Ästhetik
In vier Teilen.
Erster Teil. DM 9,80

Sammlung
Luchterhand

Parteien nur dann auftreten, wenn sie bei der letzten Wahl Parlamentssitze gewannen, sonst müssen sie sich einer anderen Liste anschließen. Das Wahlsystem diskriminiert also kleine oder neue Parteien oder versucht wenigstens, sie ins traditionelle Zweiparteiensystem zu integrieren.

Einer parlamentarischen Volksfront à la Chile werden aufgrund des Wahlsystems viele Steine in den Weg gelegt. Dennoch bildete sich eine Volksfront auf Initiative der Christdemokraten unter Beteiligung aller linken Parteien. Das Programm war durchaus nicht marxistisch, sondern eher reformerisch: Agrarreform, Nationalisierung der Banken und des Außenhandels, Beendigung des Ausnahmezustandes und Amnestie für die politischen Gefangenen. Die Volksfront forderte also weniger neue Rechte als eine Wiederherstellung der alten Freiheiten.

Der Wahlkampf wurde durch den aufgrund der Aktionen der Tupas ausgerufenen Notstand stark behindert. Die Regierung verbot fast die gesamte linke Presse. Inmitten der antikommunistischen Hysterie wurde ein Attentat auf den Präsidentschaftkandidaten der Volksfront verübt. Schließlich verfügte die Regierung eine Wahlpflicht, um auch den letzten unpolitischen Wähler an die Urne zu karren.

Nicht zuletzt hat ausländischer Druck den Wahlausgang beeinflußt; Uruguay ist als Pufferstaat von den Militärdiktaturen Argentiniens und Brasiliens bedroht. Schon lange vor der Wahl waren brasilianische Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Uruguay gemeldet worden, offiziöse Stimmen in Rio kündigten eine Invasion im Fall eines linken Wahlsieges an, wodurch sicherlich zahlreiche potentielle Frente-Amplio-Wähler eingeschüchtert wurden.

Die Volksfront errang dennoch knapp 30 % der Stimmen, kein vom Wahlsieg Allendes signifikant verschiedenes Ergebnis; aber die Linken haben die Wahl verloren. Gewinner ist ein Kandidat der Regierungspartei; der amtierende Präsident scheiterte dagegen. Der Sieger Juan Maria Bordaberry ist als einer der reichsten Großgrundbesitzer des Landes Vertreter einer harten Linie gegenüber den Linken.

Das Wahlergebnis ist dubios: mehr als 100 000 Stimmen (etwa 10 %) wurden für ungültig erklärt, wobei zu bedenken ist, daß der Wahlsieg der Regierungspartei nur auf einem Vorsprung von 15 000 Stimmen beruht. Abgesehen davon wurden rund 100 Wahlurnen im eher links wählenden Montevideo gestohlen. Ein geklauter Sieg?

Rund 30 % der Wähler haben trotz Wahlbeeinflussung und trotz äußeren Drucks der Volksfront ihre Stimme gegeben, das ist mehr als ein Achtungserfolg. (Bei den letzten Wahlen blieben alle fortschrittlichen Parteien zusammen unter 10 %.) An der ersten Massendemonstration der Volksfront in Montevideo nahmen über 100 000 Menschen teil, keine der traditionellen Parteien „wäre gegenwärtig in der Lage, eine solche Massendemonstration zustande zu bringen" (FAZ).

Auch auf der parlamentarischen Ebene sind die politischen Verhältnisse in Bewegung geraten, während die nationale Befreiungsfront MLN-Tupamaros der Oligarchie und ihrem Staat immer vernichtendere Schläge versetzt.

Gegen die erstarkende parlamentarische und außerparlamentarische Opposition wendet der Machtapparat der Bourgeoisie immer härtere Unterdrückungsmaßnahmen an. Daß mit Bordaberry ein typischer Vertreter der Oligarchie ans Ruder kam, ist symptomatisch dafür. Da die Oligarchie zu keinen Zugeständnissen bereit ist, werden die klassenkämpferischen Auseinandersetzungen an Schärfe zunehmen.

An der Repression gegen Universitäten, Schulen und Gewerkschaften ist seit kurzem auch das Militär beteiligt. Die Politisierung der Streitkräfte impliziert eine Militarisierung der Politik, die langfristig einem Staatsstreich auf kaltem Wege gleichkommen kann. Ob dies die Oligarchie zu retten vermag ist zweifelhaft, denn eine von der Regierung provozierte Zuspitzung der Lage könnte die Massen zum Aufstand gegen die Ausbeuter zwingen.

BRIGITTE HEINRICH

Zum Streik der Ovambos in Namibia

„Wir sind Namibier und keine Südafrikaner. Wir werden jetzt und in Zukunft euch nicht das Recht zuerkennen, über uns zu herrschen, Gesetze zu verabschieden, zu denen wir uns nicht äußern dürfen, unser Land so zu behandeln, als wäre es euer Besitz, und uns, als wärt ihr unsere Herren. Wir haben Südafrika immer als Eindringling in unser Land betrachtet." (Ein Führer der SWAPO, zit. nach: A Principle in Torment, Teil III. The United Nations and Namibia, New York, 1971, S. 1.)

Am 13. Dezember 1971 legten afrikanische Arbeiter in Windhoek, der Hauptstadt Namibias (Südwestafrika), die gesamte Wirtschaftstätigkeit lahm, als 6.000 von ihnen aus Protest gegen das System der Vertragsarbeit streikten. Inzwischen befinden sich 13.000 Afrikaner in insgesamt 17 Wirtschaftszentren im Ausstand.

Das System der Vertragsarbeit wird in Namibia von der SWANLA, der staatlichen Arbeitsorganisation für Einheimische praktiziert, die in „homelands", den Reservoiren für billige Arbeitskräfte, die afrikanischen Arbeiter anwirbt. Sie bedient sich dabei der Hilfe afrikanischer „Häuptlinge", die von den europäischen Behörden eingesetzt wurden und sich nun für jeden angeworbenen Arbeiter ein Kopfgeld verdienen. Die SWANLA allein trifft dann die Entscheidung, auf welchem Sektor und in welchem Unternehmen der afrikanische Arbeiter tätig werden kann. Außerdem schließt sie mit dem Arbeiter einen „Vertrag" über 12 bis 18 Monate ab, in dem der Grundlohn (ca. 20 bis 45 DM monatlich (!), je nach körperlichem Zustand des Arbeiters) festgesetzt wird.

Die Streikenden fordern „gleiche Löhne für gleiche Arbeit", d. h. Gleichstellung mit den europäischen Arbeitern, sowie das Recht, auch in „weißen" Zonen arbeiten zu dürfen, d. h. Freizügigkeit in der Wahl des Arbeitsplatzes.

Dieser größte Streik im südlichen Afrika seit dem Generalstreik nach dem Massaker von Sharpeville 1960 ist aus verschiedenen Gründen äußerst bedeutsam: Er fällt in einen Zeitraum, zu dem die südafrikanische weiße Herrenklasse größte Anstrengungen unternimmt, Namibia gegen den Willen der UNO und des Haager Gerichtshofs wirtschaftlich zu integrieren.

dpa

Besondere Bedeutung haben dabei das Kuneneprojekt an der Grenze des Ovambo-„homelands" und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund, beides Projekte, die ähnlich wie der Cabora Bassa-Staudamm in Mozambique internationales und insbesondere deutsches Kapital an die Erhaltung der weißen Herrschaft im südlichen Afrika binden sollen.

Der Streik bringt die in Namibia und Südafrika tätigen internationalen Monopole in Konflikt mit der durch Vorster und National Party vertretenen burischen Herrenklasse. Denn das Schicksal dieser Klasse ist eng mit der Fortdauer der Apartheid verknüpft, deren Hauptstandbein aber gerade die de-facto-Zwangsarbeit sowie die Unterbezahlung der afrikanischen Arbeitskraft darstellt. Die internationalen Monopole ziehen dagegen die Angleichung der „schwarzen" Löhne an die der Weißen einer generellen Verunsicherung dieses Investitionsgebietes durch Unruhen der Afrikaner natürlich vor, und die in Namibia besonders starken Monopole wie CDM (eine Tochter der Anglo-American), Tsumeb (US-amerikanisch) oder Rio Tinto Zinc (englisch mit deutscher Beteiligung) werden sich in diesem Konflikt möglicherweise durchsetzen, worauf bereits Äußerungen der südafrikanischen Administration hinweisen. Eine Revision des Zwangsarbeitssystems würde weitreichende Konsequenzen für das gesamte Apartheidsystem und insbesondere für die Kräfteverteilung zwischen der burischen National-Party und der „anglo-amerikanischen" United Party haben.

Die weit über diese Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen Südafrikas hinausgehende wesentlichste Bedeutung dieses Streikes liegt aber in seinen Auswirkungen auf das politische Bewußtsein der afrikanischen Arbeiter in Namibia und Südafrika: Entgegen allen pessimistischen Vermutungen der Theoretiker, die wie z. B. Heribert Adam zur Charakterisierung des südafrikanischen Herrschaftssystems Adornos Begriff der „total verwalteten Gesellschaft" beschworen und das Potential für systemverändernde Alternativen als äußerst gering ansahen, hat sich hier eine angesichts der Repressionsmöglichkeiten der südafrikanischen Administration überraschend starke Spontaneität derjenigen gezeigt, die als einzige in der Lage sind, das südafrikanische Herrschaftssystem aufzuheben.

Wenn auch die politische Organisation der unterdrückten Afrikaner in Namibia, die Befreiungsfront SWAPO, sicher noch nicht stark genug entwickelt ist, um quasi schon im ersten Anlauf die südafrikanischen Statthalter der internationalen Monopole aus dem Land zu werfen, so hat doch die Arbeiterklasse Namibias in dieser ersten gemeinsamen Aktion kollektive Lernprozesse erfahren, die in ihrem „homeland" weiterwirken werden.

GEORG STINGL

Aspekte einer Frauenpolitik

Ursula Schmiederer

Die Aktionen der Frauen gegen den § 218 — und wie weiter?

Die Aktionen gegen den § 218 scheinen in ein Dilemma zu geraten, wie es aus anderen außerparlamentarischen Aktionen bekannt ist. Die Konzentration auf das Ziel, ein Gesetz zu verhindern, wurde der Bewegung gegen die Notstandsgesetze zum Verhängnis. Der Fehler damals war, daß trotz des verbreiteten Bewußtseins, daß die Gesetze nicht zu verhindern waren, die Aktivitäten praktisch ausschließlich auf die Verhinderung gerichtet waren. Als — wie erwartet — das Parlament die Gesetze verabschiedete, fiel die Kampagne in sich zusammen; es gab keine Ansätze, sie auch nach der Gesetzesannahme weiterzuführen. Der Rest war Enttäuschung und Resignation.

Dieses Dilemma wird jetzt auch bei den Aktionen gegen den § 218 als Unsicherheit über das „danach" sichtbar; über die Frage, wie die Ansätze zur Mobilisierung von Frauen so stabilisiert werden können, daß eine politische Arbeit auch nach der Verabschiedung eines Gesetzes noch möglich ist. Dabei ist es sekundär, ob die Indikations- oder die Fristenregelung ins Gesetz kommt. Wichtiger ist die Frage, wo und wie man ansetzen muß, will man nicht riskieren, daß die aktivierten Frauen und die Sympathisanten und Interessenten sich passiv zurückziehen.

Diese Unsicherheit zeigt sich auch in den Vorstellungen engagierter und sozialistischer Frauen über die politischen Möglichkeiten. Einerseits wird auf den bedingten Wert einer Gesetzesänderung für die Veränderung der Situation der Frau verwiesen, auch wenn die Fristenlösung die Erleichterung eines akuten Notstands bringen kann. Andererseits wird den auf die Gesetzgebung gerichteten Initiativen die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution gegenübergestellt. Da diese sich nicht besonders konkret am gesellschaftlichen Horizont abzeichnet, verbreitet sich Ratlosigkeit, die auf verschiedene Weise kompensiert wird. Da klingen kulturpessimistische Töne über den „Fortschritt" an, der im Kapitalismus immer ambivalent sei; da erscheinen wieder die Aggressionen gegen den „Klassenfeind Mann"; da wird abstrakt die Revolutionierung der Frauen oder gar des Proletariats postuliert; da zeigt sich auch wieder jener elitäre Altruismus, der anderen (den Dummen vermutlich) etwas beibringen will, der etwas „in die Arbeiterklasse tragen" will, „die Arbeiterfrauen bewegen" will.

So entsteht eine Spanne zwischen

dpa

minimalen Zielen (der Gesetzesänderung) und maximalen Ansprüchen (der Revolution), die nicht ausgefüllt werden kann. Dazwischen siedeln sich allerlei Vorstellungen an, die als Durchgang zur politischen Selbstverständigung nützlich sind, aber keine Basis für politische Arbeit abgeben. Praktisch geht es jedoch darum, Ansätze für die politische Arbeit zu finden, die vom Erreichten ausgehen und es weitertreiben, und nicht auf ein unrealisierbares Ganzes zu zielen und damit unwirksam zu werden.

Der Verlauf der Aktionen, wie er sich bislang mit der Selbstbezichtigungskampagne, mit Unterschriftensammlunngen usw. in der Öffentlichkeit gezeigt hat, hat jedenfalls dies erwiesen: 1. Es ist möglich, für spezifisch „weibliche" Fragen Aufmerksamkeit, Interesse und Unterstützung zu finden, sobald begriffen wird, daß die vermeintlich geschlechtsspezifischen Probleme soziale und politische Probleme sind. 2. Die öffentliche Darstellung und Diskussion von Problemen, die bislang zu allererst als individuelle und private begriffen wurden, hat aufklärenden Charakter in der „Sozialisierung" solcher Fragen. 3. Damit jedoch werden überhaupt erst Ansätze zur kollektiven und solidarischen Aktion geschaffen, die ihrerseits Voraussetzung für jede reale Veränderung der Situation der Frau sind. 4. Die in den Kampagnen und Aktionen engagierten Frauen haben erstmals erlebt, daß sie imstande und fähig sind, selbst für ihre Interessen zu arbeiten; sie haben Vertrauen in ihre eigenen politischen Fähigkeiten gewonnen, politisches Selbstbewußtsein artikuliert und begriffen, daß solidarisches Vorgehen möglich ist — ein gerade für Frauen besonders bedeutsames Element des politischen Lernprozesses.

Von diesen Erfahrungen sollte man ausgehen, sie gründlich reflektieren und aufarbeiten. Gleichzeitig sollte man nicht ignorieren, daß es sich um erste Ansätze handelt, daß die positiven Ansätze nicht überbewertet werden dürfen. So ist es eine Sache, einen Aufruf zu unterschreiben, und eine andere, Vorurteile zu überwinden, politisch aktiv zu werden und sich über den begrenzten Anlaß hinaus längerfristig politisch zu engagieren. Es zeigt sich immer wieder, daß bei vielen Frauen (auch den vergleichsweise „emanzipierten") ein ungeheurer Radikalismus in Einzelfragen (wie der Abtreibung) ungebrochen koexistieren kann mit erschreckenden Vorurteilen in anderen Bereichen der Frauenfrage (z. B. Berufstätigkeit, „alleinstehende" Frauen, „ledige" Mütter usw.). Weiter zeigt sich häufig, daß die emotionale Unterstützung der Aktionen gegen den Abtreibungsparagraphen beileibe nicht identisch sein muß mit sexueller Aufklärung oder mit sozialem und politischem Bewußtsein der eigenen Situation.

Einige aktuelle und grundsätzliche Punkte sollten bei den Überlegungen um die weitere politische Arbeit bedacht werden: 1. In letzter Zeit hat die Emanzipationsliteratur einen neuen Boom erreicht. Dabei kam nur wenig Neues im Vergleich zu dem, was Frauen der Arbeiterbewegung wie Clara Zetkin oder Alexandra Kollontai oder — unter anderen Gesichtspunkten — Simone de Beauvoir an Analysen und Einsichten geliefert haben. Das ist nicht verwunderlich und die Erklärung liegt zum Teil darin, daß ein großer Teil der jetzt aktivierten Frauen kein Bewußtsein der historischen Tradition der Frauenfrage hat; daß der Selbstverständigungsprozeß je neu betrieben wird und damit auch die Fragestellungen als neue und andersartige empfunden werden; daß schließlich die Probleme immer noch vorwiegend individuell erlebt werden. Neues kann erst kommen, wenn die politische Arbeit als kollektive und kontinuierliche neue Einsichten verschafft. Daher ist es auch nicht zufällig, daß die interessanteren und lebendigeren Anstöße der letzten Zeit aus politisch aktiven Frauengruppen (besonders aus den USA und den Niederlanden) kamen.

2. Das vorwiegend individualisierte Erlebnis von Unterdrückung und Diskriminierung bei Frauen hat reale Ursachen in der atomisierten sozialen Situation der Frauen im allgemeinen. Hier hat dann auch die beliebte Analogie zwischen dem Proletariat und den Frauen als zwei gleichermaßen unterdrückten Gruppen dieser Gesellschaft ihr Ende. Die Situation der Frauen enthält nicht — wie die der Arbeiter — die Möglichkeiten und Zwänge kollek-

tiver Erfahrungen; sie behindert eher die Entstehung solidarischen Verhaltens. Die Einheit der „Geschlechtsgenossinnen" existiert nicht, schichten- und klassenspezifische Schranken überlagern die Gemeinsamkeit des Geschlechts.

3. Diese besondere Situation der Frauen schafft spezifische Probleme für jeden Kampf um die Emanzipation. Hier liegt vermutlich auch einer der Gründe, warum ein Teil der politisch aktiven Frauen in der letzten Zeit nun lieber auf „die Arbeiterfrauen" setzt, also die Flucht nach vorn ergreift und sich damit den praktischen Problemen entzieht. Diese Zielsetzung ist verkehrt und illusionär. Ihre Verwirklichung muß zur Zeit scheitern. Richtig ist, daß nicht eine Handvoll privilegierter Frauen die Emanzipationsfrage lösen kann. Richtig ist auch, daß erst der Kampf um die sozialen, ökonomischen und politischen Rechte der Frau die geschlechtsspezifischen Probleme lösen können. Richtig ist schließlich, daß die Einheit des Geschlechts keine zureichende Voraussetzung für die Emanzipation ist, daß sie gegenüber Schicht- und Klassenstrukturen eine abstrakte Größe bleibt. Falsch hingegen ist die Vorstellung, eine Handvoll privilegierter Frauen könne den Arbeiterfrauen aufgrund „besserer" Einsicht und „besseren" Wissens das Heil bringen, sie revolutionieren. Falsch ist diese Vorstellung, weil sie unter den aktuellen Bedingungen unrealisierbar ist und von den realen politischen Möglichkeiten ablenkt. Zum einen wird hier unterstellt, die vergleichsweise privilegierten Frauen seien schon aufgeklärt und revolutionär (wie viele sind es eigentlich?). Zum anderen wird unterstellt, das revolutionierte Bewußtsein einer Lehrerin oder Ärztin sei weniger wichtig als das einer Textilarbeiterin oder Stenotypistin. Im übrigen gibt es weder Anzeichen noch Gründe für die Annahme, daß der Prozeß der Aufhebung der Entfremdung bei proletarischen Frauen anders verlaufen könne als bei proletarischen Männern, als beim gesamten Proletariat: im Prozeß des organisierten politischen Kampfes und der sozialen Revolution nämlich.
Unabhängig vom direkten Ausgang der Initiativen gegen den § 218 muß jede Frauenpolitik (als Politik von Frauen oder/und für Frauen) vorweg von dem Widerspruch ausgehen, der in der Situation der Frau angelegt ist: daß sie in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft real oder ideologisch auf sich selbst als Individuum, bzw. als Anhängsel des individuellen Mannes, zurückgeworfen war und es noch ist, ihr Erfahrungshorizont also ein primär unpolitischer ist; daß andererseits der politische Kampf um die Emanzipation der Frau nur als kollektiver Erfolg haben kann. Wird dieser Kampf aber wirklich kollektiv und wirksam, dann verliert er die überbetonten geschlechtsspezifischen Merkmale und wird integriert in den allgemeinen Kampf für die Emanzipation des Menschen, in den Klassenkampf des Proletariats. Solange der Klassenkampf nur partiell und politisch nicht organisiert stattfindet, solange wird Frauenpolitik die individuell-atomisierten Strukturen zu berücksichtigen haben, wird Frauenpolitik also wesentlich als Aufklärung stattfinden müssen.

Die Beschränktheit solcher aufklärerischer Politik muß kein Anlaß zur Resignation sein. Wolfgang F. Haug hat (in: Neue Kritik, Nr. 51/52) im Zusammenhang der Sexualfrage darauf hingewiesen, daß an sich rein integrativ gerichtete Elemente sexueller Liberalisierung (zu denen also eine Fristenlösung im § 218 ebenso gehören würde wie die umfassendere Schwangerschaftsverhütung) auch gegenteilige Momente entfalten können: was vorerst „Schein"-Befriedigung ist, kann neue Horizonte sichtbar machen, neue Dimensionen erahnen lassen – der „Schein" kann auch zur Verwirklichung drängen. Auch wenn die scheinbare Liberalisierung des Sexuellen, die mutmaßliche Bestimmung über den eigenen Körper, die systemimmanente Mitbestimmung über das eigene Leben der Frau einerseits der Manipulation offen sind, so enthalten sie doch auch Momente neuer Befriedigungsmöglichkeiten und setzen neue Ansprüche. So folgert Haug: „Je weniger Mangel und Verzicht zur zweiten Natur geworden sind, desto ungeduldiger werden die Massen sich in kommenden Entbehrungssituationen verhalten. Was sie erst einmal richtig haben, kann ihnen nicht wieder weggenommen werden, ohne ihren Aufstand auszulösen."

Unter diesem Aspekt könnte sich auch der Wert der Kampagne gegen den § 218 und anderer Aktionen erweisen. Auch wenn sich mit Gesetzesänderung, Abtreibungsliberalisierung und umfassender Verbreitung von Verhütungsmitteln an dieser Gesellschaft nichts „grundsätzlich" ändert: die Erweiterung der Möglichkeiten für die Frauen, sich sexuell und im Gefolge auch sozial selbstbewußter zu bestimmen und zu behaupten, schafft auch bessere Bedingungen für den politischen Kampf.

Diese eher „technischen" Verbesserungen können dazu beitragen, daß die Frauen ein neues Selbstbewußtsein im sozialen Bereich, in Familie und Beruf, entwickeln. Wenn so neue Möglichkeiten oder gar gewisse Selbstverständlichkeiten geschaffen werden, wird es es schwer sein, den Frauen wegzunehmen, was sie haben. Die mögliche Befreiung von den typisch „weiblichen" Ängsten (Sexual-, Schwangerschafts-, Gebär-, Männer- und Mutterängsten) wäre schon ein Schritt vorwärts; sie ist durch Aufklärung zu schaffen. Ein allzu dumpfes, vorurteilsvolles Bewußtsein bremst auch jeden sozialen und politischen Kampf. Ein zwangsläufig noch aufklärerisch gerichteter Ansatz der Frauenpolitik kann hier immerhin Ballast wegräumen und Vorurteile abbauen – und zwar bei Frauen aller sozialer Schichten.

Beim Übergang zum allgemeinen politischen Kampf um die Rechte der Frau wird man ohnehin die vermeintlich geschlechterspezifischen Probleme neu durchdenken müssen und sie auf neue Art in den Klassenkampf einbringen müssen. Bis dahin sollte man nicht Möglichkeiten vergeben durch die Fixierung an ein abstraktes und diffuses Endziel, sondern die vorhandenen Aktionsräume erst einmal ausnutzen.

Bitte an Leser

Unterstützen und fördern Sie das Sozialistische Büro, die sozialistische Zeitung „links" und die weiteren Projekte des Büros durch Spenden! Wandeln Sie Ihr Abonnement in eine Förderer-Mitgliedschaft um! Interessieren Sie auch Ihnen bekannte Buchhändler und Zeitschriftenverkäufer für den Weiterverkauf von „links"; schicken Sie uns solche Adressen! Spenden bitte überweisen an Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt 295680 oder Girokonto bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Nr. 17413263

Neu im Bücher- & Papervertrieb: Fritz Behrens: Ware, Wert & Wertgesetz, kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus, DM 4.50 ● Karl Korsch: Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, eine quellenmäßige Darstellung, DM 2.– ● Internationale Marxistische Diskussion Heft 13: Martin Nicolaus: Die Objektivität des Imperialismus, Anti-Mandel; Ernest Mandel: Die Widersprüche des Imperialismus, DM 8.– ● IMD-Arbeitspapier 4: Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? Eine Kontroverse zwischen Manifesto und Lotta Continua, DM 2.30 ● Leo Trotzki: Kommunismus oder Stalinismus? Drei Aufsätze, DM 1.20 ● Johannes Ernst Seiffert: Unterdrückte Bildungsinhalte aus Geschichte und Kultur, ihre Bedeutung im Neuaufbau des Curriculum und der Lehrerbildung, DM 2.90 ● Volkhard Brandes: Goodbye Onkel Sam, Amerika zwischen Cola und Revolte (Jugendbuch), DM 8.80 ● Martin Speer: Jagd auf Außenseiter, Jagdszenen aus Niederbayern (Jugendbuch), DM 9.80 ● Berni Kelb: Betriebsfibel, DM 3.50 ● Bezug und Bücher- & Paperliste mit über 300 Titeln durch Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Doppelstrategie und Kongresstaktik

Die neoreformistische Linke in Bad Godesberg

Hansgeorg Conert

Auf dem Parteitag der SPD 1970 in Saarbrücken setzte der linke Flügel gegen Widerstreben des Vorstandes den Beschluß durch, 1971 einen Sonderparteitag über aktuelle gesellschaftspolitische Probleme zu veranstalten. Offensichtlich resultierte der Widerstand sozialdemokratischer Regierungs- und Vorstandsmitglieder aus Befürchtungen, hier könnten Beschlüsse zustandekommen, die angesichts der sozioökonomischen Herrschaftsverhältnisse nicht realisierbar sind, die der die SPD als „sozialistisch" verketzernden Agitation der CDU/CSU Auftrieb geben könnten und die die gesellschaftlichen Defizite aus ihren systembedingten Ursachen verständlich machen würden.

Die in Mode gekommene Betonung der Notwendigkeit sozioökonomischer und politischer Reformen entspringt dem Umstand, daß sich der kapitalistische Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und Verfügung über das Mehrprodukt in ökonomischen Disproportionen und gesellschaftlichen Defiziten äußert, die die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems zunehmend aushöhlen. Innerhalb der SPD lassen sich in verkürzter Schematisierung drei Reaktionsweisen auf diese Entwicklungstendenz feststellen:
1. der konservative, saturierte Parteiflügel begreift die Brisanz dieses Krisen- und Konfliktpotentials ebenso wenig wie die Mehrheit der CDU/CSU; allenfalls keimt eine vage Verunsicherung auf, man sieht sich Anpassungszwängen ausgesetzt, neigt jedoch nur zu nachvollziehenden Reaktionen.
2. Die heute wohl dominierende parteiinterne Richtung läßt sich als technokratisch charakterisieren. Die sich manifestierenden Widersprüche werden zwar kaum nach ihren Ursachen, wohl aber in ihrer Bedrohlichkeit erkannt, woraus das Bemühen um systemkonforme und -stabilisierende Problemlösungen resultiert. Reformkonzeptionen und -maßnahmen, die auf eine Steigerung der ökonomischen und sozialen Funktionsfähigkeit des Kapitalismus gerichtet sind, gelten hier als Ausdruck genuin demokratisch-sozialistischer Politik. Die Wirksamkeit der Propagierung solcher Sozialismus-Konzeptionen wird verstärkt durch die Intransigenz der CDU-Opposition, die, teils taktisch beabsichtigt, teils wohl tatsächlich diesem Mißverständnis unterliegend, eine den Problemlagen angemessene systemadäquate Politik als „linkssozialistisch" oder „marxistisch" abzuqualifizieren sucht. Den Schein klassenneutraler oder gar unternehmerfeindlicher Wirkungen dieser Politik bestärkt ferner der Umstand, daß sie, das objektive, allgemeine und langfristige kapitalistische Systeminteresse ausdrückend und fördernd, in der Tat immer wieder mit kurzfristigen und partiellen kapitalistischen Interessen kollidieren muß.
3. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre formierte sich innerhalb der SPD eine Richtung, die man in einem nichtwertenden Sinne als neoreformistisch bezeichnen kann. Ihre Herausbildung bzw. Reaktivierung steht im Zusammenhang mit der sich in verschiedenen Formen spontan und außerinstitutionell äußernden Systemkritik, die nach mehr als einem Jahrzehnt scheinbar wachsender sozialer Harmonie und eines bornierten Fortschrittsglaubens etwa Mitte der sechziger Jahre wirksam wurde als Reaktion auf die Wirtschaftskrise von 1966/67, auf die Hochschulmisere, auf die desolaten Nahverkehrsverhältnisse, die Meinungsmanipulationen der Springerpresse etc. Die nach der aktionistischen Phase von 1967 bis 1969 eintretende Tendenz der Reflexion und Aufarbeitung sozialistischer Theorie, nicht zuletzt marxistischer Politischer Ökonomie, führte auch zu einer Renaissance des Marxismus bei den Jungsozialisten in der SPD. Gemeinsam mit den reformistischen Restkräften der Partei beabsichtigen sie, die oben bezeichneten Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus zur Aufklärung und Aktivierung der jeweils unmittelbar betroffenen Gruppen für eine Politik antikapitalistischer Reformen zu nutzen. Eine Doppelstrategie soll die Mobilisierung latent oder manifest konfliktbetroffener Gruppen und Schichten in außerinstitutionellen Formen der Interessenartikulation und -durchsetzung verbinden mit gleichgerichteten Initiativen in der SPD, in den Gewerkschaften sowie in Vertretungsorganen der verschiedenen staatlichen Ebenen.

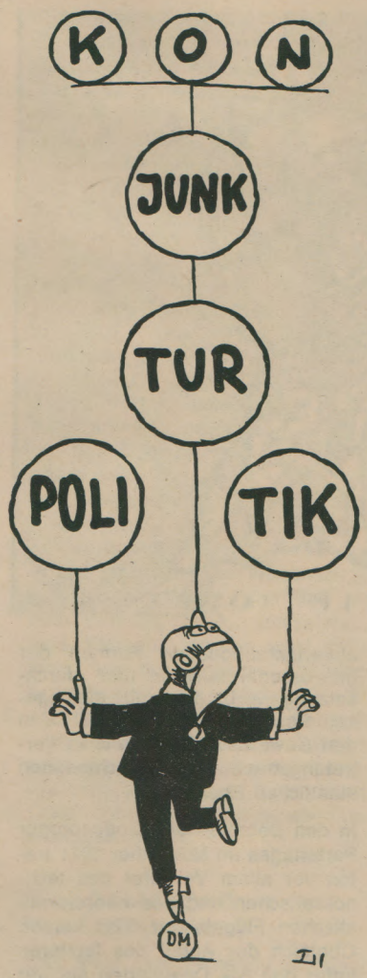
In den Debatten des Godesberger Parteitages im November 1971 traten vor allem Vertreter des technokratischen und des neoreformistischen Flügels der SPD hervor. Obgleich der Anteil des letzteren unter den 344 Delegierten auf nur ca. ein Fünftel geschätzt wurde, gelang es ihnen, in einigen Fragen Mehrheiten für ihre Anträge zu gewinnen. So konnten die „Linken" gegen den Willen der Mehrheit des Parteivorstandes durchsetzen: eine Solidaritätserklärung des Parteitages mit den Streikenden in Württemberg-Baden; die Erweiterung der Tagesordnung um die Frage der Reform des § 218 sowie bei der entsprechenden Debatte einen die grundsätzliche Straffreiheit von Schwangerschaftsunterbrechungen bis zum Ende des dritten Schwangerschaftsmonats befürwortenden Beschluß; die Ablehnung des Entschließungsentwurfs der vom Hamburger Innensenator Ruhnau geleiteten „Medien-Kommission" zugunsten eines Alternativentwurfs aus Hessen-Süd als Diskussionsgrundlage (wobei in den entsprechenden Einzelabstimmungen Ruhnau allerdings erhebliche Teile seiner Konzeption durchbringen konnte); einige Revisionen der Steuerreform-Konzeption der Eppler-Kommission.

Der Verlauf des Parteitages scheint also dafür zu sprechen, daß der linke Flügel der Delegierten, mit Vertretern der Jungsozialisten als „hartem Kern", die konzipierte Doppelstrategie – hier im Sinne der innerinstitutionellen Aktivitäten – in Bad Godesberg erfolgreich erprobte. Allerdings wäre die realpolitische Bedeutung der genannten Resolutionen und Beschlüsse zu prüfen, und das Auftreten der Jungsozialisten wäre an den von ihnen selbst gestellten Ansprüchen zu messen. Hier soll diesen Fragen nur für den gesellschaftspolitisch wesentlichsten Problemkreis, dem der Steuerreform, nachgegangen werden.

Der zunehmend gesellschaftliche Charakter der Produktion drückt sich im Kapitalismus heute u. a. darin aus, daß ihre Kosten (vor allem Vor -und Folgekosten; sog. „externe Effekte") nicht mehr einzelunternehmerisch, sondern nur noch gesamtwirtschaftlich bestimmt werden können. Die Zielsetzung privater Kapitalverwertung schließt konsequenterweise das Bestreben ein, diese wie auch Teile jener Kosten, die durchaus noch einzelunternehmerisch fixierbar sind, auf die „Öffentlichkeit" abzuwälzen. Das gilt nicht nur für die bereits heute anfallenden Kosten (z. B. für Standorterschliessungen, Berufsverkehr, Ausbildung, Umweltschutz etc.), sondern erst recht für jene, die entstünden, würde man von dem gegenwärtig dürftigen Ausbau jener Bereiche zu einem jeweils funktionsgerechten und sozialadäquaten Standard übergehen wollen. Hierbei ist in unserem Zusammenhang entscheidend, daß der sich in diesen gesellschaftlichen Defiziten und wirtschaftlichen Disproportionen ausdrückende Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung auf dem Wege einer wie immer gearteten Steuerreform überhaupt nicht lösbar ist. Das gilt allein schon im Hinblick auf die Höhe der erforderlichen Mittel, die, der Unternehmerseite steuerlich überantwortet, das tabuisierte „konfiskatorische" Ausmaß erheblich übersteigen müßten (und die an den Profiterwartungen orientierte Investitionsneigung tatsächlich beeinträchtigen würden; ganz abgesehen von den Möglichkeiten der Überwälzung); andererseits aber, der Masse der Lohnabhängigen und Verbraucher aufgebürdet, die Grenze ihrer Loyalitätsbereitschaft gegenüber der amtierenden Regierung überschritte. Eine Beschneidung der Massenkaufkraft verstieße zudem zumindest gegen die Interessen der für die Endnachfrage produzierenden Industrien.

Kurz: steuerliche Maßnahmen können hier nur Korrekturen bescheidenen Ausmaßes bewirken. Ver-

änderungen qualitativen Grades würden eine unmittelbare Beschneidung privatwirtschaftlicher Investitionen zugunsten öffentlicher bzw. gemeinwirtschaftlicher verlangen. Eine solche Weichenstellung von den dem Kapitalismus inhärenten Entwicklungstendenzen hinweg würde aber eine Dynamik auslösen, die das System privater Kapitalverwertung sehr bald selbst infragestellen müßte. Angesichts dieser eigentlichen Alternative stellen die Godesberger Kontroversen z. B. um die Höchstsätze der Einkommenssteuer (wo sich der linke Flügel durchsetzte) und der Körperschaftssteuer (wo er unterlag) eine Verschleierung der tatsächlichen Problemlage dar. Daß bei den gegenwärtigen sozioökonomischen Herrschaftsverhältnissen, die nicht zuletzt gekennzeichnet sind durch die noch nicht überwundene Destruktion des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins der Mehrheit der Lohnabhängigen, eine grundlegende Verlagerung der Investitionen, die letztlich eine weitgehende Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraussetzen würde, nicht erzwungen werden kann, ist offensichtlich. Mithin kann den Vertretern der neoreformistischen Linken auf dem Godesberger Parteitag nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht entsprechende Anträge einzubringen versuchten. Verstehen sie jedoch Aufklärung der Mitglieder und Sympathisanten der SPD über sozioökonomische Grundverhältnisse und Zusammenhänge als wesentlichen Bestandteil der Doppelstrategie, so hätten sie in ihren Diskussionsbeiträgen immer wieder verdeutlichen müssen, wo die eigentlichen Ursachen der viel beschworenen „öffentlichen Defizite" liegen und weshalb diese letztlich nicht durch steuerpolitische Handwerkeleien ausgleichbar sind. In diesem Sinne argumentierte auch das JUSO-Vorstandsmitglied Wolfgang Roth vor dem Parteitag im „express international" (Nr. 1130 vom 1. 10. 1971): „In dieser Situation sollten die linken Sozialdemokraten die Fiktion aufgeben, daß auf dem außerordentlichen Parteitag unmittelbar über Reformen entschieden wird ... (Die) Dikussion über den Zusammenhang zwischen dem ökonomischen System und der Verhinderung von Reformen läßt sich auf dem außerordentlichen Parteitag führen. Gerade die Auseinandersetzung über Steuerreform, die im engen Zusammenhang mit der Realisierung der übrigen ‚Strukturreformen vom Bildungswesen bis zum Wohnungsbau' steht, verknüpft die Diskussion über Probleme der staatlichen Einzelreform als Teile gesamtgesellschaftlicher Veränderungen mit der Diskussion über die Zwänge des privatkapitalistischen Systems... Dabei muß in der Diskussion die Diskrepanz zwischen privatkapitalistischem Wachstum und einer humanen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, deren Teil ein kontrolliertes wirtschaftliches Wachstum ist, herausgestellt werden." Dieser Aufforderung sind die Delegierten der neoreformistischen Linken in Godesberg nicht konsequent gefolgt. Zu oft ließen sie sich die Diskussionsweise der technokratisch und pragmatisch argumentierenden Delegierten aufzwingen, was in der Öffentlichkeit den Eindruck bestärken mußte, die Differenz zwischen der offiziellen Politik der SPD und



den Zielen der Sozialisten in dieser Partei finde angemessenen Ausdruck in Meinungsverschiedenheiten über Details des Steuersystems. Allerdings gehörte es wohl zu der von den linken Delegierten kurz vor Parteitagsbeginn beschlossenen Taktik, „sachlich" zu argumentieren und offene Kontroversen zu vermeiden. Die Entscheidung für eine solche Taktik muß als Resultat jenes Anpassungsdrucks verstanden werden, dem die „Linken" permanent in einer Partei, die institionalisierte Verantwortung für Systemerhaltung und -stabilisierung übernommen hat, ausgesetzt sind und auf den wir in „links" wiederholt verwiesen haben. Den selbstformulierten Ansprüchen der „Doppelstrategie" wird so jedoch kaum Rechnung getragen.

Im übrigen wäre es interessant, der Frage nachzugehen, wieweit das Übergewicht pragmatischer Argumentation, insbesondere in der ausgedehnten Steuerdebatte, auf Beruf und Funktion der Mehrzahl der Delegierten zurückgeht. Während die Mandatsprüfungskommission jedoch die Altersstruktur der Delegierten bekanntgab, schwieg sie sich über soziale Herkunft, Beruf und politische Funktion aus. Ins Auge fällt jedenfalls die offensichtliche Überrepräsentation von Bundes- und Landtagsabgeordneten, Kommunalpolitikern und Verwaltungsbeamten. Neben diesen Gruppen waren wohl nur noch Lehrer und Studenten von zahlenmäßigem Gewicht. Eine solche Zusammensetzung der Delegierten eines sozialdemokratischen Parteitags sollte gerade den Vertretern der neoreformistischen Linken zu denken geben, die häufig mit Nachdruck auf die elitäre und oligarchische Struktur von Parteitagen in staatssozialistischen Ländern hinweisen.

Eine weitere Gelegenheit, die eigentlichen Ursachen der akuten Erscheinungsformen ökonomischer Disproportionen und gesellschaftlicher Defizite zu verdeutlichen und die Begrenztheit systemimmanenter Lösungen aufzuzeigen, bot die Diskussion über die Kurzberichte der Langzeitprogramm-Kommission, die auf dem Saarbrückener Parteitag unter der Leitung von Helmut Schmidt eingesetzt worden war. Sieht man von dem Beitrag Steffens ab – der schon terminologisch so im Kontrast zu den übrigen Kurzreferaten stand, daß er fast deplaziert wirkte – so kamen hier technokratische Positionen in charakteristischer Weise zum Ausdruck Es wird deutlich, daß die Kommission ihren Auftrag nicht so versteht, langfristig gesellschaftliche Änderungen in der Richtung von mehr Gleichheit, realer Demokratie, sozialer Selbstbestimmung und personaler Autonomie zu konzipieren, sondern lineare Programmierung im Sinne technokratischer Futurologie zu betreiben. So z. B. wenn Holger Börner in seinem Beitrag über Planungen in Bereichen der Infrastruktur die Lösung des Widerspruchs zwischen Bedarf und öffentlichen Finanzmitteln auf die Alternative „Steuererhöhungen oder Zunahme der Unterversorgung" beschränkt (unkorrigiertes Protokoll vom 18. 11. 1971 S. 72); wenn Rudi Arndt zum Thema „Vorbedingungen des ökonomischen Wachstums" einem schlichten Wachstumsfetischismus unterliegt und die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Konsequenzen von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß im Kapitalismus heillos durcheinanderbringt (aaO. S. 78) oder wenn Klaus-Dieter Arndt, der im übrigen in gleicher Weise wie Rudi Arndt in der Wachstumsideologie befangen ist, die Möglichkeiten der Entwicklung des öffentlichen Sektors allein von der – auf ihren Gebrauchswert unbefragten – Zunahme der privaten Produktion abhängig macht und dabei zu dem beruhigenden Ergebnis gelangt, daß in Anbetracht des überproportional ansteigenden Anteils der öffentlichen Budgets am Sozialprodukt bei dessen Verdoppelung bis 1985 (im Vergleich zu 1970) in diesem Jahr (nämlich 1985) ausreichend staatliche Mittel vorhanden sind, um den öffentlichen Bedarf von heute (!) zu befriedigen (aaO. S. 84).

Im Gegensatz zu der konkreteren, aber auch die gesellschaftlichen Grundfragen im Ergebnis verschleiernden Steuerdebatte, wurde die Diskussion über die Referate zum Langzeitprogramm in Godesberg nur kurz geführt. In ihrem Verlauf traten zwar JUSO-Delegierte mit kritischen Einwänden gegen die Berichterstatter auf (Voigt, Wieczorek, Bentele, Eichel, Gansel – dieser übrigens konsequenter als Voigt); aber die Kritik blieb überwiegend an Detailfragen fixiert und berührte nur selten den Kern der gesellschaftlichen Antagonismen oder kennzeichnete ihn jedenfalls nicht als solchen. Auf alle Fälle blieben diese Beiträge hinter manchen Erkenntnissen aus den Analysen zurück, die die Jungsozialisten für ihren Strategiekongreß in Hannover vorbereiteten. Im Bericht der Arbeitsgruppe Hessen-Süd findet sich z. B. folgende Einsicht: „Von einem genuin öffentlichen Sektor kann im Kapitalismus nicht die Rede sein: vielmehr tritt das gesamtkapitalistische Interesse scheinbar verselbständigt gegenüber den divergierenden kapitalistischen Einzelinteressen auf und gibt sich als öffentliches Interesse, das gegenüber dem privaten Sektor einen öffentlichen Sektor konstituiert, aus ... Es kann also von einem prinzipiellen Widerspruch zwischen ‚öffentlichen' und privatkapitalistischen Interessen nicht gesprochen werden." Dagegen gelang es den JUSO-Delegierten in Godesberg im Grunde nicht, die von ihnen behauptete fundamentale Differenz herauszustellen zwischen einer Strategie systemverändernder Reformen und einer Konzeption von „demokratischem Sozialismus", die sich faktisch erschöpft in der Absicht einer schrittweisen Ausweitung des Anteils der „öffentlichen Hände" am Sozialprodukt.

Auch der „Reformparteitag" der SPD in Godesberg belegte den Widerspruch zwischen Funktion, Selbstverständnis und objektiven Möglichkeiten einer Partei, die bewußt die Verantwortung für Bestand und Stabilität eines ökonomischen Systems und der entsprechenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse übernommen hat, und den subjektiven Intentionen einer Gruppierung, die diese Partei zu einem Instrument qualitativer Gesellschaftsveränderung umfunktionieren will. Die Analysen und Thesen, die die Jungsozialisten für ihren Strategiekongreß im Dezember 1971 in Hannover ausgearbeitet haben, beweisen, daß die neoreformistische Linke ein charakteristisches Merkmal mit der traditionellen revisionistischen Orthodoxie der deutschen Sozialdemokratie teilt: man rezipierte zwar die Grundzüge der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus, jedoch theoretisch nur unzulänglich und praktisch überhaupt nicht die marxistische Analyse des Wesens des bürgerlichen Staates.

Moralische Rigidität und Anarchieverdacht

Zum Problem von Sozialismus und Psychoanalyse

Peter Brückner

Die moralische Rigidität, die den Sozialismus vieler Länder charakterisiert, hat ihre Geschichte. So wäre daran zu erinnern, daß die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts (bis weit in das unsere hinein) den Arbeiter sehr intendiert auf einen „höheren moralischen Boden" stellen, ein Stück Erziehungsarbeit auf die kulturellen Normen der bürgerlichen Gesellschaft hin leisten wollte. Im „Bericht über die Verhandlungen des ersten Vereinstages der Deutschen Arbeitervereine" (Frankfurt, 1863) heißt es beispielsweise, der Arbeiter „unserer Tage" sei nicht nur unbeweglich, unwissend, ungeschickt – dazu trete noch der Mangel an „größerer Strebsamkeit", der Mangel an Sinn „für die höheren Werte des Lebens, für Sitteneinfachheit und Sittenreinheit, für Benehmen und Charakter". A. Bebel sah als jüngerer Mann, in seiner Tätigkeit für den Gewerblichen Bildungsverein (1861), streng darauf, daß Bildungsabende in ihrem ersten Teil „ernsten Vorträgen", der zweite den „humoristischen" gewidmet waren; Obszönitäten und Zweideutigkeiten galten als streng verpönt. Am 11. 2. 1869 berichtet der „Social-Demokrat" (Berlin, 5. Jg., Nr. 20) über eine Abend-Unterhaltung des Allg. Deutschen Gewerkschaftsverbands – mit Schillers „Schwur auf dem Rütli" als Kulturkern – und lobt insbesondere, „daß trotz der enormen Menschenmengen nicht die leiseste Störung vorkam und die Ordnung stets aufrechterhalten blieb". Ich will hinzufügen, daß die Kultur des Bürgertums auch im engeren Sinne von Kunst, „höhere Bildung schlechthin, gemäß der „Dialektik des Erbes" von der Arbeiterklasse in oberlehrerhafter Reinheit zu übernehmen war. Selbst bei R. Luxemburg, K. Liebknecht wird die Kultur der Bourgeoisie im Sinne einer konservativen Überholung von links affirmiert, eine fast perverse Formel. Ich erwähne diese sozialisierenden und pädagogischen Bemühungen der Arbeiterbewegung, weil sich darin hinter dem Rücken anerkennenswerter Absichten eine partielle Assimilation an die tendenzielle Anomie der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht – eine Einsicht, die heftig abgewehrt wird – weil diese „Erziehung" zwar Tendenzen zur sozialen Desintegration (als dem eigentlichen Produkt der tendenziellen Anomie bürgerlicher Gesellschaften) blockiert, aber zugleich auch Ansätze zur Emanzipation, die wir so gerne als Produkt der geschichtlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung

aus ihren Händen entgegen genommen hätten.

Nicht nur das Interesse der Produktion, d. h. der Steigerung der Arbeitsproduktivität als dem vorrangigen Ziel sozialistischer Moral, auch die pädagogische Tradition, die Partei als Erziehungsinstitut, begründet mithin eine Schranke gegenüber der Psychoanalyse. Die „Dialektik des Erbes" zeigt sich darin, daß bürgerliche Kultur und Sitte rein, d. h. befreit von der bürgerlichen Kritik an ihr, übernommen werden sollen. Da hilft es der Psychoanalyse wenig, daß Freud sich der allgemeinen Schätzung anschloß, wonach sozial nützlichen Strebungen gegenüber den auf Lustgewinn bedachten egoistischen ein höherer Wert einzuräumen sei, noch, daß er – wie der hochgebildete Karl Liebknecht – moderner Kunst (wie dem Expressionismus, anfänglich auch dem Surrealismus) ablehnend gegenüber stand. Es hilft der Psychoanalyse schon deshalb sehr wenig, weil weder sie ihren anarchischen, noch der reale Sozialismus seinen kleinbürgerlich-moralischen Gehalt als solche offen artikulieren.

Dem Makel des Anarchieverdachts setzt sich die Psychoanalyse in ihrer implizierten Kritik an wichtigen bürgerlichen Institutionen aus. Freud erschien die „viktorianische Sexualmoral" verächtlich: „ich vertrete ein ungleich freieres Sexualleben, wenngleich ich selbst sehr wenig von dieser Freiheit geübt habe", schrieb er 1915 an J. J. Puntnam; ja, er erklärt, daß, wer im Liebesleben wirklich frei und damit auch glücklich werden solle, „den Respekt vor dem Weibe überwunden, sich mit der Vorstellung des Inzests mit Mutter oder Schwester befreundet" haben müsse, was, als „Woge der Dekadenz", die Sexualpädagogen sozialistischer (und einige auch der europäisch-kapitalistischen) Länder nicht weniger als Angriff auf das „Heiligste" ansehen müssen wie deutsche Ärzte vor dem 1. Weltkrieg. Die Ehe als bürgerliche Institution bleibt von theoretischer Kritik nicht verschont. Der Pfarrer O. Pfister schrieb 1909 an S. Freud, der „schauerliche Zusammenhang" zwischen Monogamie, Lüge und Prostitution sei völlig klar und unerträglich, allein es fehle uns (d. h. der Psychoanalyse) „die Klarheit über die Möglichkeit, eine wirklich freie Liebe mit der Umgehung der Ehe" zu finden. Obgleich nun Fr. Engels gelegentlich sehr kräftige Worte gegen die Ehe fand: „Was für eine Verschwendung von Energie doch die bürgerliche Ehe ist – erst bis man so weit ist, dann solange der Kram dauert, und dann bis man sie wieder los ist" (in einem Briefe an A. Bebel) und es „erfreulich" fand, zu hören, „daß eine Frau, die man kennt, sich zur Selbständigkeit (d. h. Scheidung, Ref.) aufrafft", gibt es doch ein Leitbild der proletarischen Ehe, an dem möglicherweise nur zu tadeln wäre, daß man es in den sozialistischen Übergangs-Gesellschaften der Gegenwart bereits für einlösbar (oder gar für eingelöst) hält. Die in mehreren Briefen aufbewahrte Debatte über „freie Liebe" zwischen Lenin und Ines F. Armand ist für diesen Aspekt sozialistischer Moral aufschlußreich, wie auch die Erinnerungen Klara Zetkins an Gespräche mit Lenin. Außerehelicher Geschlechtsverkehr, Verfügung über „den eigenen Bauch", d. h. aktive Geburtenregelung bis zum Verzicht auf Schwangerschaft und die Tolerierung „flüchtiger Sexualbetätigung" sollen aus der Emanzipation von Frau und Familie ausgeschlossen bleiben.

K. Marx sah in der entfalteten kapitalistischen Produktionsweise schon die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter zueinander: Die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts, „jenseits der Sphäre des Hauswesens", müsse zur „Quelle humaner Entwicklung umschlagen", und es ist unmöglich, zu verkennen, welche Fortschritte für die Frau die Familiengesetzgebung und anderes etwa in der DDR bringt. Dennoch bleiben konservative Haltungen und Moralen von starkem Einfluß (und damit bleibt auch der Anarchieverdacht gegenüber der Psychoanalyse). (In der Tat ist die Marxsche Forderung [s. o.] in der industriellen Praxis auch längst nicht erfüllt.) Die Familie, d. h. die restabilisierte private Kleinfamilie, ist eben der Ort, an dem sich Normen und Werte auch der Eltern verfestigen – im gleichen konstitutiven Akt, dem der Sozialisation, der Erziehung der Kinder, verfestigt sich zugleich ihre Affirmation an jenes System von Geboten und Verboten, das als „sozialistische Moral" zwischenmenschliche Beziehungen regeln soll. Insofern muß der Reich'sche Satz: die Familie sei eine Strukturfabrik zur Erzeugung der gesellschaftlich erwünschten psychischen Strukturen, auch auf die Eltern angewendet werden. Nicht einmal die „freie Zeit" der Menschen bleibt vom Interesse der Produktion unbeschlagnahmt. „Die freie Zeit", so K. Marx in einer seiner seltenen Zukunfts-Projektionen, „die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dieses andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß"; so in den „Grundrissen". Solange aber W. Ulbricht noch das Fitmachen des Körpers für die Produktion durch Sport- und Leibesübungen mit dem „geistigen Fitmachen" für die Produktion durch Lesen und Teilnahme an der Kultur vergleicht, und andere, geringere Autoren in Kulturzeitschriften der DDR empfehlen, der Produktion von Schlagern mehr Interesse zuzuwenden, weil die arbeitende Bevölkerung darauf, im Interesse der Reproduktion ihrer Arbeitskraft, Anspruch hätte, solange setzt sich auch die tendenzielle Assimilation an „bürgerliche" Anomien fort. Wo die Entwicklung der Produktivkräfte unter der Cartesianischen Formel von „Besitzer unnd Beherrscher der Natur" steht, wo die Emanzipation (der Gattung, des Menschenwesens) unablösbar erscheint von industrieller Arbeitsorganisation, technologischem Fortschritt, sich mit der Bürokratisierung immer neuer Lebensbereiche, der Effektuierung des gesamten Lebensbetriebs technisch, ingenieursmäßig verknüpft, werden die psychosozialen Implikate nicht fehlen: Die Tendenz zur Minimisierung von Lust, die Stabilisierung der Kleinfamilie als eine der Organisationen für die Disziplinierung von Sexualität. Was das

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Aus dem Inhalt von Heft 6/71:

- Antikommunismus und KPD-Verbot
- Zur Funktion und Qualifikation von Verfassungshütern
- Anwälte des SPK von der Verteidigung ausgeschlossen
- Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Schmidt probt den Aufstand
- Mord an Georg v. Rauch

Probeheft und Abonnement (6 Hefte DM 6,– plus Porto) bei:

ROTE ROBE-Verlag
69 Heidelberg
Werrgasse 7

AM BEISPIEL ANGELA DAVIS

Vorwort von **Ernst Bloch**

Oskar Negt:
Freiheit für Angela Davis!

Lothar Menne:
Die Schule der schwarzen Nation
Der Prozeß gegen Angela Davis ist ein Prozeß gegen das Justizsystem in den USA

Detlev Claussen:
Die Irrationalität des US-Kapitalismus
Zu einigen Problemen der Linken in den USA

Herbert Marcuse:
Freiheit beginnt mit der Befreiung

Angela Davis:
Schwarzer Befreiungskampf und politische Gefangene
Ein Interview

Angela Davis:
Die Realität der Untergrückung
Einige Beispiele für die politische Repression

George Jackson:
Einheitsfront

Mit der Broschüre AM BEISPIEL ANGELA DAVIS will das Solidaritätskomitee aufklären und unmittelbar vor Beginn des Prozesses gegen Angela Davis Solidaritätsaktionen und jede Form der Unterstützung einleiten.
64 Seiten, broschiert, DM 2,50
Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Gerede noch der Psychoanalyse an Zersetzendem vorwirft, mag dann als der Verrat eigener pathogener Phantasien zu verstehen sein, wie sie unter dem Druck der Repression nicht ausbleiben können.

Zum Anarchieverdacht gegen die Psychoanalyse (und ihre möglichen Auswirkungen) trägt gewiß nicht nur ihre freiere Haltung zur Sexualität bei – Freud zählt in den frühen „Studien zur Hysterie" als von diesem Leiden Betroffene „Nonnen", „enthaltsame Frauen" und „wohlerzogene Knaben" auf, sondern möglicherweise eben auch ihr antiautoritärer Impuls, der bereits einmal erwähnt worden ist. Die Psychoanalyse habe kein Interesse daran, die exakte Autorität der Wissenschaft zu verteidigen, schreibt Freud, sie selbst sei in der Opposition gegen alles konventionell Eingeschränkte, an anderer Stelle: als Jude sei er darauf vorbereitet gewesen, in die Opposition zu gehen und auf das Einvernehmen mit der kompakten Majorität zu verzichten; bedeutsame Kurwiderstände schienen ihm vom „Vaterkomplex" auszugehen: Furcht vor dem Vater, Trotz gegen den Vater, Unglauben gegen den Vater, u. a. m.

Es wäre schließlich daran zu erinnern, daß es zwischen der Psychoanalyse einerseits, dem historischen Materialismus andererseits eine weitere anthropologische Differenz geben mag, die in der Einschätzung der Rationalität des geschichtlich gewordenen (Einzel-)Menschen, ja der Leistungen der „Gattung" liegen würde, und sie zu unterschiedlichen Haltungen auch in der Pädagogik, in der Technik der Herausbildung homogener Populationen anleiten könnte. Freud glaubte bekanntlich, es werde noch sehr lange dauern, bis die leise Stimme des Intellekts die Verhältnisse der Menschen regeln würde und ehe aus manchem „Es" endlich Ich geworden sei. In der Generallinie besteht zu vielen Auffassungen des historischen Materialismus wenig Differenz, das „Irrationale" wird als modus deficiens gefaßt, sein Lebensanspruch infrage gestellt. Aber im Lager des Sozialismus scheint sich damit eine anthropologische Überschätzung von Rationalität zu verknüpfen, oder, anders, richtiger gewendet: eine tendenzielle Abwertung des Nichtvernünftigen Homo sapiens, daher auch seiner Bedürfnisse. Es ist mir jedenfalls aufgefallen, daß Lenin in seinen Randnotizen zu Hegels Geschichte der Philosophie einen Satz nicht nur dreifach anstreicht, sondern ein „très bien dit!!" (wirklich: zwei Ausrufezeichen) dazusetzt:

„. . . ist das, was mir gelten soll als Wahrheit, als Recht, Geist von meinem Geiste. Was der Geist so aus sich selbst schöpft, was ihm so gilt, muß aus ihm, als dem Allgemeinen, als dem als Allgemeines tätigen Geistes sein, nicht aus seinen Leidenschaften, Interessen, Belieben, Willküren, Zwecken, Neigungen usf. Dies ist zwar auch ein Inneres, „von der Natur in uns gepflanzt, aber nur auf natürliche Weise unser Eigenes . . ." Ich will daran keine Psychologisierung Lenins anschließen, könnte sogar bei Freud ähnliche Notizen der Überwindung dessen, was „nur" auf natürliche Weise unser Eigenes ist, durch Anstrengungen der Vernunft und des Willens auffinden, sondern gebe nur zu bedenken, was aus solcher Einschätzung von Homo sapiens werden kann, wenn sie praktisch wird: Von den zwei Faktoren, welche die „Umbildung der Triebe", ihre Disziplinierung, ihre Subsumtion unter Rationalität bewirken, nämlich einer „erotischen Komponente" („die Gefühlsbindungen . . . der Mitglieder" einer Sozietät) und einem äußeren Faktor, „der Zwang der Erziehung, welche die Ansprüche der kulturellen Umgebung vertritt" (Freud), überwiegt dann leicht die Disziplinierung über die Solidarisierung. Wer als Bürger eines Staatswesens genötigt wird, dauernd im Sinne von Vorschriften zu reagieren, die nicht der Ausdruck seiner Triebneigungen sind, der lebt . . . über seine Mittel und darf objektiv als Heuchler bezeichnet werden". Es ist unleugbar, daß unsere gegenwärtige Kultur die Ausbildung dieser Art von Heuchelei in außerordentlichem Umfange begünstigt" (Freud). Nicht auf die „Gefühlsbindungen der Mitglieder", auf Solidarisierung, sondern auf Unterdrückung ist dann Ordnung begründet. Der Terminus Repression würde deutlicher machen, welche Form von Unterdrückung hier gemeint ist. R. Reiche, der nicht umsonst von „realen Sozialisten" in äußerst unsolidarischer Weise angegriffen worden ist, hat dazu in „Sexualität und Klassenkampf" Wichtiges mitgeteilt. In dem beschriebenen Bezugsrahmen von Affirmation an das Bildungs- und Kulturerbe des Bürgertums, von Fixierung volkspädagogischer Tendenzen an Steigerungen der Arbeitsproduktivität und der „Disziplinierung des Organismus" als Arbeitsinstrument bestehen nicht nur gegenüber der Psychoanalyse schwer aufhebbare Schranken der einholenden Verständigung. Die neue Linke, in der, namentlich während der Jahre der „Studentenbewegung", ein Stück praktischer Vereinigung von historischem Materialismus und Psychoanalyse schon – flüchtig – zu gelingen schien, ist von den Redogmatisierungen der letzten Jahre gleichfalls durch den Anarchiemakel, der ihr anhaftet, unterschieden.

Ein wesentliches Hindernis, das sich für den historischen Materialismus bei seiner Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse als fast unüberwindbar darstellt und zum unbefriedigenden gegenwärtigen Stand des in den Vorbemerkungen skizzierten Problems beiträgt, läge mithin in einem Geflecht mehrerer Faktoren: Die verborgene Überschätzung der Rationalität, des „Geistes", d. h. der relativen Geringschätzung dessen, was uns „nur auf natürliche Weise zu eigen" ist, verflicht sich mit einem ganz anderen Typus von Rationalität, einer verdinglichten Form der ersteren, einer ingenieursmäßigen, die dazu neigt, (fast) alles für machbar zu halten und sich an Aspekte von Nützlichkeit und Effektivität zu fixieren. Möglicherweise hat sich im Zuge der Industrialisierung bzw. der Steigerung der Arbeitsproduktivität – und auf der Basis sehr realer ökonomischer Ausgangsprobleme – innerhalb dieses Geflechts eine Fetischisierung der Produktivkräfte vollzogen, die an's 19. Jahrhundert gesinnungsmäßig anknüpft, in dessen letzten Jahrzehnten Dampfschiffe Namen wie „Energie" und „Industrie" trugen. Fr. Engels sah ja auch mit Recht in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur schon einen Kampf um Entwicklungsmittel, nicht nur um Existenzmittel, und wir dürfen einräumen, daß der Sozialismus nie jene konkrete Utopie aus dem Kopf verliert, die Marx in den „Grundrissen" skizziert hat: „In fact aber, wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? . . . das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ohne andere Voraussetzung als die vorhergegangene historische Entwicklung?" . . .

Ein weiterer Faden zieht sich durch das beschriebene Geflecht: die – geschichtlich keineswegs unbegründete – Sorge vor der Spontaneität des Menschen überhaupt und insbesondere der Arbeiterschaft; überlagert von und verfilzt mit einem dem Prinzip nach nicht bestreitbaren Erziehungsauftrag der Organisationen (namentlich der sozialistischen Partei), der, in der Tradition der Arbeiterbewegung, seinen Formen und Inhalten nach disziplinierend, in Affirmation an die tendenzielle Anomie, bürgerlich-kleinbürgerliche Sitte, Kultur, „Bildung" wirksam wird und damit zugleich zur relativen Beständigkeit „kapitalistischer" Verhaltensmuster beiträgt. Es ist einsichtig, daß Psychologie nicht aus dieser Situation herausführen kann, aber es geht nicht ohne Psychologie. Man muß freilich damit rechnen, daß die moralisch-ideologische Rigidität innerhalb des sozialistischen Lagers nicht so rasch der Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse günstigeren Einstellungen weichen wird. Theoretiker des historischen Materialismus sollten sich davon nicht abhalten lassen, die dem Prinzip nach doch schon gestellte Frage zu artikulieren und psychoanalytische Forschung einzuholen – aber wie man ein Netz, nicht wie man einen Läufer einholt.

(Vorabdruck aus P. Brückner: Marx, Freud, in: Marxismus und Psychoanalyse. Hrsg. von H. P. Gente, Fischer Bücherei 1972)

Industriesystem und sozialistische Revolution

Aus dem Richta-Report

„links" druckt im folgenden einige Auszüge aus dem jetzt in deutscher Ausgabe vorliegenden Richta-Report (deutscher Titel: Zivilisation am Scheideweg, erschienen im Verlag an der Basis, Freiburg; Bezug über Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591; Preis DM 7,50).

Bei dem Richta-Report handelt es sich um eine Kollektivarbeit einer interdisziplinären Gruppe tschechoslowakischer Wissenschaftler unter Anleitung von Radovan Richta, in Prag zuerst erschienen im Frühjahr 1968 und damals eines der wichtigsten theoretischen Zeugnisse des „Prager Frühlings".

Richta war damals — und ist heute noch — Direktor des Philosophischen Instituts der Akademie der Wissenschaften in Prag; der Richta-Report wurde nach der Intervention in der CSSR nicht mehr weiter verbreitet, Richta widerrief seine eigenen Thesen.

Für die Diskussion über die Problematik sozialistischer Übergangsgesellschaften und andererseits für die Weiterentwicklung der Theorien über die Arbeiterklasse, wie wir sie in den letzten Jahren vor allem in Frankreich verzeichnen können, hatte der (in Frankreich schon frühzeitig publizierte) Richta-Report erhebliche Anregerfunktionen. Der empfehlende Hinweis auf die deutsche Ausgabe des Textes ist nicht als kritiklose Annahme der darin enthaltenen Thesen zu verstehen. In vielem spiegelt der Text die theoretische Hilflosigkeit einer „undogmatischen" sozialistischen Gesellschaftsanalyse, deren Entstehungszusammenhang freilich wiederum auf den (inzwischen auch in der CSSR wieder etablierten) theoretischen Dogmatismus zurückzuführen ist.

Vorbehaltlos zuzustimmen ist dem Autorenkollektiv darin, daß die Marx'sche Kritik des Kapitalismus niemals auf bloße Veränderungen in den Produktionsverhältnissen, sondern auf die Umwälzung des kapitalistischen Typs der Industriezivilisation abzielte und damit auch die Dimension einer Befreiung der „Produktivkräfte des menschlichen Lebens" unverzichtbar enthält.

Die speziellen Zusammenhänge des technischen Fortschritts

Jede Struktur der Produktivkräfte — und somit auch jede spezifische Form der Produktion und Technik — trägt in sich implicite eine bestimmte gesellschaftliche Bestimmung und erzwingt umgekehrt wieder eine adäquate Struktur des gesellschaftlichen Lebens. Die Produktionsverhältnisse sind nichts anderes als eine Bewegungsform der Produktivkräfte, und die Produktivkräfte sind stets solche eines bestimmten menschlichen Lebens, Quelle der Produktion bestimmter Verhältnisse zwischen den Menschen. Jede Veränderung im Bereich der Produktivkräfte ist mit gesellschaftlichen Bedeutungen geladen, und ein Produktionsverhältnis, das auf diese oder jene Weise nicht auf die Veränderungen in der Welt der Produktivkräfte einwirken würde, gibt es nicht.

Der Umkreis der von der Gesellschaft genutzten Produktivkräfte ist durch nichts fixiert, das ein für allemal gegeben wäre; im Gegenteil, er verändert sich dem Umfang wie dem Inhalt nach. Die verschiedenen Gesellschaftsformen stützten sich auf einen unterschiedlichen spezifischen Fundus der Produktivkräfte im Zusammenhang mit ihrem unterschiedlichen sozialen Wesen. War beispielsweise die Gemeinschaft selbst (elementare Arbeitsteilung und Kooperation) die erste große Produktivkraft der Naturalgesellschaft, und verwandelte die antike Gesellschaft, auf der Naturalgesellschaft fußend, Massen von Sklaven in ein bloßes Produktionsmittel, so nahm später unter den Produktionskräften eine zentrale Stellung die Bodenbestellung ein, der — als ihr Bestandteil — der Leibeigene oder unfreie Bauer zugeordnet wurde; in der Manufaktur und Industrie rückte die freie menschliche Arbeitskraft in den Mittelpunkt der Produktivkräfte, aber ihre Wirksamkeit wurde früh von der Maschinenkraft unterminiert, so daß die einfache Arbeitskraft des Menschen mit den Umwälzungen der modernen Produktion wieder mehr zu einem „subalternen Moment" der Produktivkräfte absinkt — in eben jenem Maß, wie in die Produktion die Kräfte der Wissenschaft als bisher wirksamste Produktivkräfte der Gemeinschaft eingeschaltet werden.

Es waren kapitalistische Produktionsverhältnisse, die der Industrierevolution freie Bahn öffneten. Das hatte seine tiefen Gründe: die Verselbständigung des Arbeitsmittels gegenüber dem Arbeiter, die Loslösung der intellektuellen Produktivkräfte der Arbeit und ihre Konzentration in der immer mächtigeren Maschine gegen den Arbeiter, der Zwiespalt zwischen leitender und ausübender menschlicher Tätigkeit, Entwicklung im Bereich der materiellen Arbeitsmittel um den Preis des Verlustes der Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der menschlichen Arbeitskraft — in dieser ganzen Industrialisierungsepoche durchlief die Zivilisation einen Zeitabschnitt, in dem Fortschritt in der Produktion nicht vom Arbeiter, sondern von den Arbeitsmitteln ausging, die in der Form des Kapitals existierten, in dem sich die Entfaltung der Produktionskräfte durch die ständig erweiterte Anwendung der einfachen menschlichen Arbeitskraft im Maschinensystem realisierte. Deshalb konnte auch unter diesen Bedingungen ein widersprüchliches Produktionsverhältnis als äußerer Sporn die Produktivkräfte vorwärts treiben — sofern ihre Vermehrung eine allgemeine Entfaltung der menschlichen Kräfte innerlich nicht erfordert, aber zugleich auch nicht ermöglicht. Daraus folgt die unzweifelhafte relative Bedeutung des Kapitals für die Zivilisation als eines Produktionsverhältnisses, das in seinem gegensätzlichen gesellschaftlichen Charakter in nuce die grundlegende Logik der Industrialisierungsprozesse birgt.

In der mechanisierten Serienproduktion, wo das System der Maschinen selbst eine Produktionseinheit konstituiert, die sich als Subjekt das Kollektiv der Arbeiter unterordnet und die vorwiegend einfache Arbeit des gesamten Arbeiterkollektivs dirigiert, wird dieses Produktionsverhältnis in adäquater Form auch technologisch realisiert, vergegenständlicht: Der Prozeß der Vermehrung des Kapitals durch die Arbeit, die Herrschaft der Arbeitsbedingungen über die Arbeit selbst findet hier die ihm entsprechende stoffliche technologische Formulierung.

Aus dem Gesichtspunkt der Struktur der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bindungen unterscheidet sich die industrielle Maschinentechnik wesentlich von der handwerklichen Produktion. Das Arbeitswerkzeug war einst tatsächlich eine Art verlängerter Arm des Produzenten, ein seiner Absicht und Fertigkeit untergeordnetes Mittel. Das Wesen der Maschine hingegen — ihr gesellschaftlicher und anthropologischer Charakter, ihre Subjekt-Objekt-Struktur usw. — ist bereits von ganz anderer Art, von umgekehrter Bedeutung: Das Maschinensystem ist kein Organ des einzelnen Arbeiters; es stellt im Gegenteil eine gesellschaftliche Produktivkraft dar, die sich den Einzelnen unterordnet und die ganze Gruppen von Arbeitern zu ihrer Bedienung benutzt.

So sind in die technischen Größenwerte der industriellen Maschinenproduktion gesellschaftliche Bedeutungen eingetragen, die der für das Kapital als Produktionsverhältnis charakteristischen Umkehrung von Subjekt und Objekt entsprechen: „Erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit" und zwar sowohl im eigentlichen Produktionsprozeß (es ist nicht der einzelne Arbeiter, der sich der Produktionsmittel bedient, sondern vielmehr sind es die gesellschaftlichen Produktionsmittel, die sich des Arbeiters bedienen), als auch in der Art der industriellen Entwicklung (in dieser Hinsicht ist die in den Maschinen verstofflichte Masse des Kapitals eigentlich ein untrügliches Zeichen dafür, bis zu welchem Grad sich der gegen den Arbeiter stehende materielle Reichtum entwickelt hat und bis zu welchem Grad die gesellschaftliche Entwicklung monopolisiert worden ist). Sofern der Produktionsfortschritt nur den Charakter der Mechanisierung und extensiven Industrialisierung aufweist, ist das Kapital daher seine adäquate, effektive Bewegungsform. In historischen Dimensionen liegt hierin eine gewisse Existenzberechtigung des Kapitals als äußerer gesellschaftlicher Übergangsform der Zivilisationsentwicklung — aber zugleich sind hier auch seine tatsächlichen inneren Grenzen gezogen.

In der Industrialisierung handelte es sich ursprünglich um die erweiterte Reproduktion des Kapitals, dessen soziales Wesen eben in der Trennung und im Gegensatz der industriellen Produktionsmittel und der menschlichen Arbeitskraft besteht. Das Kapital kann nicht selbständig auf einer Produktionsbasis wirksam sein, die nicht beide charakteristischen Komponenten der industriellen Produktivkräfte enthielte; es kann nicht ohne Arbeiter existieren. Wo es zum Ersatz menschlicher Arbeit durch die Technik kommt, schuf das Kapital bis vor kurzem stets einen Ausgleich durch Verwendung der Arbeitskraft in anderen Industriezweigen, so daß die klassische zwiespältige industrielle Struktur der Produktivkräfte (Maschinen und Arbeitskräfte) auch bei steiler Entwicklung der Maschinentechnik im Grunde genommen dieselbe blieb. Hier entsprang die Zivilisationsdynamik der Industrierevolution, und in diese Grenzen kehrte sie immer wieder zurück.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse können unmittelbar beseitigt, die Industrieproduktion für die Ziele der sozialistischen Ge-

sellschaft übernommen werden – was man als das tatsächliche Werk der sozialistischen Revolution betrachten darf. Doch die erreichte Harmonie zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte (des Maschinensystems als im wesentlichen gesellschaftlichen Produktionsapparats und des Arbeiterkollektivs) und dem gesellschaftlichen Charakter der neu eingesetzten Produktionsverhältnisse, öffnet sogleich einen Gegensatz auf anderer Ebene: die auf diese Weise geschaffenen allgemeinen gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisse befinden sich im Gegensatz zur zwiespältigen Struktur der Produktivkräfte, die in der Maschinenindustrie und zugleich in ihren begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten fixiert ist. Einerseits wegen des abstrakten Charakters der zugrundeliegenden Masse Arbeit, die in der übernommenen industriellen Maschinenproduktion notwendig ist – einfacher, ausübender Arbeit, die mit Hinblick auf ihre Länge wesentliche Lebenskräfte der großen Mehrzahl der in der unmittelbaren Produktion tätigen Menschen konsumiert. Andererseits wegen der Beschränktheit der Quellen, die die traditionelle Industrieproduktion einer Gemeinschaft bietet, in der sich der Anspruch auf Erweiterung des Lebensprozesses aller geltend macht, in der die reale gesellschaftliche Entwicklung jedoch ständig eine empfindliche Einschränkung der Mehrzahl der Werktätigen innerhalb der Grenzen der einfachen Reproduktion der Arbeitskraft verlangt – denn einen Großteil der zusätzlich geschaffenen Quellen schöpft im Verlauf der Industrialisierung die Akkumulation der Produktionsmittel ab, die Verbreitung der Industrieproduktion in neue Bereiche; also eigentlich Produktion um der Produktion willen (Produktion zwecks Erweiterung der Produktion). Das ist jedoch ein Fortschritt, der der neuen Gesellschaft für die Dauer nicht genügen könnte. Er würde sie sogar – künstlich reproduziert und immer weiter gefördert – grundsätzlichen Schwierigkeiten entgegenführen; denn es sind dies Verhältnisse, unter denen eine Produktionserweiterung im wesentlichen nur durch Stagnation im Wachstum des Verbrauchs der Werktätigen und umgekehrt möglich wäre.

Begreiflicherweise haben sich dort, wo der Kapitalismus seine historische Sendung nicht zur Gänze erfüllt hat und die sozialistische Gesellschaft sich vor die Aufgabe gestellt sah, die Industrierevolution zu vollenden oder eine Industriebasis überhaupt in Gang zu setzen, die Geschicke der Industrialisierung mit denen des Sozialismus vereint; in der Vorstellung der Menschen nahmen manchmal sogar Gesetzmäßigkeiten, Gewohnheiten und Proportionen aus der Industrialisierungsepoche die Gestalt der einzig möglichen und dauerhaften Form der sozialistischen Entwicklung an. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß der Sozialismus im revolutionären Ansturm die Industrialisierung beschleunigen und bis zu einem gewissen Grad auch die traditionellen Begleiterscheinungen der Industrierevolution mildern und manchmal auch paralysieren kann: die Verelendung der Massen, die Vertreibung der Menschen von der Scholle, die Bildung industrieller Reservearmeen Arbeitsloser u. ä. Auch der Sozialismus konnte jedoch eine Reihe tiefgreifender und bedrohlicher Konsequenzen der industriellen Fortschritte nicht beseitigen, konnte nicht die inneren Tendenzen der Industrialisierung umkehren, z. B. die Zergliederung der Arbeit, die Trennung von leitender und ausübender Tätigkeit, die Notwendigkeit, beträchtliche soziale Differenzen beizubehalten, die Einschränkung des Wachstums des Massenverbrauchs in den Grenzen der einfachen Reproduktion der Arbeitskraft, eine gewisse Devastation des Naturmilieus usw. Diese Tendenzen gründen sich auf das eigentliche Wesen der Industriezivilisation, und es ist eben diese Tatsache, die bewirkt, daß ein neues Leben und neue Beziehungen zwischen den Menschen nicht für die Dauer auf dieser ererbten Zivilisationsbasis fußen können. Im wesentlichen gehört die Industrialisierung eher zu den Voraussetzungen und Ausgangspunkten als zu den eigentlichen Zielen der sozialistischen Entwicklung. Darum mußten in der Vergangenheit und müssen auch in Zukunft alle Bestrebungen, die neue Gesellschaft auf der Einführung des Industriesystems aufzubauen, Schiffbruch erleiden.

Die Geschichte hat in hohem Maß bewiesen, daß die traditionelle Industriestruktur der Produktivkräfte und die Zivilisationsgrundlage der Industrialisierung allein noch zu schwach sind, um eine auf der vollen und freien Entfaltung des Menschen und seiner Beziehungen fußende Lebensgemeinschaft zu ermöglichen; daß die sozialistische Gesellschaft sich somit einen eigenen Zivilisationsfundus herausbilden muß, der die Schranken des Industriesystems zu durchbrechen hat, wenn er die Quellen des kommunistischen Lebens öffnen will.

Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Entwicklung des Sozialismus

Die Marxsche Kritik des Kapitalismus zielte unmittelbar auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse ab, auf die Beseitigung des kapitalistischen Besitzes und der Ausbeutung des Menschen; aber niemals beschränkte sie sich auf die so begrenzten Probleme; sie stellte im Gegenteil eine Kritik der gesamten Industriezivilisation dar, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, sie drang bis zu den tiefsten Schichten des Zivilisationsprozesses vor, sie bezog sich auf die ganze bisherige Art und Weise, sich die Natur und die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu eigen zu machen, auf die bisherige Selbstrealisierung des Menschen, auf der der kapitalistische Besitz fußt; sie faßte die Überwindung dieser Epoche als revolutionäre Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte auf; sie sah die Bildung einer neuen Zivilisationsbasis des menschlichen Lebens voraus – und somit auch jene Prozesse, die wir heute wissenschaftlich-technische Revolution nennen –, und zwar als wesentlichen Bestandteil in der Zukunftsperspektive zu erwartender kommunistischer Veränderungen.

Die Lösung der Industriezivilisation und die Beseitigung der von ihr hervorgerufenen Gegensätze ist keine Errungenschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die durch Umwälzungen im Bereich der Macht und des Besitzes zustande kamen, und kann es auch nicht sein. Als wirklich entscheidend kann allein die Tatsache gelten, daß die großen Probleme der industriellen Zivilisationsbasis auf dem Boden des Sozialismus lösbar werden, allerdings auf dem Weg (und unter der Voraussetzung) einer völligen Umwandlung der gesamten Struktur der Produktivkräfte, der gesamten Zivilisationsgrundlage des menschlichen Lebens.

Es war die zivilisatorische Sendung des Kapitals als Produktionsverhältnis, die Produktivkräfte der geteilten gesellschaftlichen Arbeit zu nutzen und zu entfalten, den der menschlichen Arbeitskraft gegenüberstehenden gewaltigen technischen Maschinenapparat zu erweitern. Die zwiespältigen und durch den Umlauf des Kapitals von außen gegeneinander in Bewegung gesetzten Produktivkräfte der Industrie erhalten auf dem Boden der sozialistischen Produktionswandlungen die gemeinsame Basis für eine tiefere und breitere Einheit. Eben dadurch unterscheidet sich der Sozialismus von allem Anfang an vom Kapitalismus, daß er eine neue Produktivkraft, nämlich die der gesamten von Klassenantagonismen befreiten (d. h. durch widersprüchliche Einheit der Interessen Werktätiger gekennzeichneten) Gesellschaft einschaltet, die die potentielle Grundlage eines neuen, wesentlich breiteren und bedeutsameren Vorstoßes der Wissenschaft als „allgemeiner gesellschaftlicher Arbeit", als kollektiver Vernunft der Gesellschaft, als vor allem gesellschaftlicher Produktivkraft, in den Produktionsprozeß ist. Die wissenschaftliche Reproduktion des Gesamtvorgangs der unmittelbaren Produktion gestattet die Technisierung der unmittelbaren Produktionsfunktionen des Menschen in einem zuvor nicht gekannten gesamtgesellschaftlichen Ausmaß; sie ermöglicht eine schrittweise Überführung aller Glieder der Produktion zu innerer Einheit auf neuer, technischer Basis, in Gestalt der Vollrealisierung des automatischen Prinzips. Andererseits setzt die Anwendung der Wissenschaft auf der Grundlage einer Einheit der gesamten Gesellschaft die Kraft der Entfaltung des Menschen frei und legt sie auf die Waagschale der Zivilisationsprozesse.

Die praktische Geltendmachung dieser spezifischen Produktivkräfte der sozialen Revolution kann selbstverständlich unter verschiedenen Bedingungen einen verschiedenen Raum gewähren und ein verschiedenes Gewicht haben – und unter einem gewissen Zivilisationsniveau überhaupt schwer einen Boden finden.

Aus dem Gesichtspunkt des ganzen Modells hat jedoch eine Zivilisationswandlung, die darin besteht, daß die einfache Arbeit einer Masse von Menschen in der unmittelbaren Produktion durch die technische Anwendung der Wissenschaft als Produktivkraft ersetzt wird, deren sozialer Charakter viel tiefer wurzelt als derjenige der bloßen Kooperation der Arbeitskräfte in der einfachen Arbeit, ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen und Korrelate in der weitgehenden revolutionären Umwandlung der Gesellschaft. In diesem Sinn öffnen die sozialistischen Umwandlungen einen breiteren, prinzipiell unbegrenzten Raum für einen viel bedeutsameren Zivilisationsprozeß, als ihn die Industrialisierung und die Erweiterung der gegebenen Struktur der Produktivkräfte darstellt: nämlich für eine universelle Entwicklung sämtlicher Produktivkräfte, für Veränderungen ihrer ganzen Struktur und Dynamik – somit für die wissenschaftlich-technische Revolution. Andererseits sind nur solche gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, die der Wissenschaft und ihren technischen Applikationen und dadurch sodann der Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen einen wirklich unbegrenzten Raum bieten, imstande, die wissenschaftlich-technische Revolution voll und ganz in Bewegung zu setzen. In diesem Licht erscheint die Entfaltung der sozialistischen Gesellschaft als Konstituierung einer ganz neuen Zivilisation, einer neuen Produktionsweise, die „nicht auf die Entwicklung der Produktivkräfte (gegründet ist), um einen bestimmten Zustand zu reproduzieren und höchstens auszuweiten, sondern wo die freie, ungehemmte, progressive, und universelle Entwicklung der Produktivkräfte selbst Voraussetzung der Gesellschaft (bildet)", wo die „volle Entwicklung der Produktivkräfte Produktionsbedingung geworden; nicht bestimmte Produktionsbedingungen als Grenze für die Entwicklung der Produktivkräfte gesetzt sind".

Zum Unterschied von der Industrialisierung, die ursprünglich die produktionstechnische Basis des Sozialismus innerhalb von Grenzen formt, die ziemlich beschränkte Entfaltung der menschlichen Kräfte gestatten, stellt die wissenschaftlich-technische Revolution jenen Zivilisationsprozeß dar, der eine unaufhörliche und allgemeine Entfaltung der Fähigkeiten und

Kräfte jedes Menschen nicht nur ermöglicht, sondern geradezu erfordert – und entspricht somit den Ansprüchen des kommunistischen Lebens. Der Logik der Dinge entsprechend erhält (vom Gesichtspunkt tieferer Modell-Zusammenhänge aus) also gerade die sozialistische und zum Kommunismus übergehende Gesellschaft die Chance, die wissenschaftlich-technische Revolution bis in die letzten Konsequenzen zu verwirklichen. Ja mehr noch: für eine Gesellschaft, die zum Kommunismus hinzielt und „deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums" ist, muß die schrittweise Überwindung des traditionellen Industriesystems und des ihm entsprechenden Wachstumsmodells sowie der Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution verbindlich sein.

Auf Grund ihrer allgemeinen Zusammenhänge und ihrer inneren Logik ist die wissenschaftlich-technische Revolution ein sozialer Prozeß, so wie auch die industrielle Revolution ein sozialer Prozeß war. Das Kapital operierte ursprünglich auf der ererbten nicht-eigenen Basis der heimischen Kleinerzeugung und beschaffte sich in der Industrierevolution die ihm eigene und entsprechende materielle Basis. Etwas ähnliches, wenn auch in Umkehrung, gilt offenbar für die neu entstehende Gesellschaft des Sozialismus und Kommunismus. In der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution bildet die neue, entstehende Gesellschaft, die sich zunächst noch im wesentlichen der ererbten Produktionsbasis bedient, allmählich ihren eigenen adäquaten Produktionsfonds heraus.

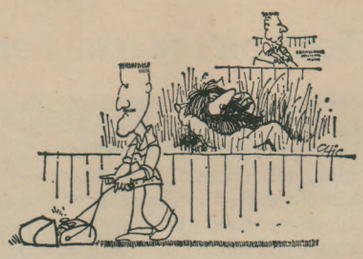
Die wissenschaftlich-technische Revolution ist jedoch in ihrer Gesamtheit noch in einem anderen und tieferen Sinn ein sozialer Prozeß; in der Zeit der Industrialisierung gründete sich die Zivilisationsbewegung praktisch primär auf die Entwicklung der Arbeitsmittel – auf die Selbstverwertung und Akkumulation des Kapitals und auf die Reduktion der Masse unmittelbarer Produzenten zu abstrakten Arbeitskräften. Eine grundlegende Begrenzung stellte bei dieser Zivilisation die Unmöglichkeit oder Unfähigkeit dar, den „subjektiven Aspekt" der Produktion – die menschlichen Kräfte – und damit auch die Technik in vollem Maß zu revolutionieren. Die wissenschaftlich-technische Revolution hingegen gründet, wie wir aus verschiedenen Anzeichen und ihrer Zusammenfassung zu einem theoretischen Modell schließen können, den Lauf der Zivilisation auf die Bewegung auf beiden Seiten: wenn sie radikale Eingriffe in die technischen Komponenten erfordert, so erfordert sie eben radikale Veränderungen, eine ebenso aktive und aktivere Entwicklung auch der Gesellschaft und des Menschen – und dies in sämtlichen Dimensionen des Lebens:

a) sie ist unzweifelhaft mit der Perspektive einer Umwandlung der grundlegenden Masse Arbeit verbunden, dieser tiefsten Schicht des menschlichen Lebens in der bisherigen Zivilisation, die die Bedingungen und die Art und Weise der Umwandlung der Welt und der Selbstverwirklichung des Menschen bestimmt – was zugleich einer wesentlichen Strukturveränderung des „Gesamtarbeiters" und einer Lageveränderung der verschiedenen Bereiche menschlicher Tätigkeit entspricht.

b) Dasselbe hat von der Arbeitsteilung zu gelten: Die immer breitere Anwendung der Wissenschaft und die fortschreitende Restriktion der einfachen Arbeit weist auf neue technische Möglichkeiten einer Überwindung der fixierten Arbeitsteilung hin, vor allem des Gegensatzes zwischen der ausübenden und leitenden, der physischen und geistigen Arbeit – was einerseits die Beseitigung der Intelligenz als besonderer, exklusiver Schicht, andererseits eine entscheidende Veränderung des Charakters der Arbeiterklasse und einen tiefen Eingriff in die Beziehung zwischen dem Menschen und der Arbeit überhaupt bedeuten würde.

c) Die Industrierevolution hat die Mehrzahl der europäischen Völker einst in Arbeiter verwandelt, um sie einander abhängig zu machen und ihre zwiespältige, klassenmäßige soziale Struktur über die Welt zu verbreiten. Die von den ihrer Zeit entsprechenden gesellschaftlichen Bremsklötzen befreite wissenschaftlich-technische Revolution strebt in ihren Gesamtperspektiven offensichtlich der Realisierung einer neuen, klassenlosen und voll beweglichen Sozialstruktur zu, deren Wesensgrundlage die gegenseitige Entfaltung des Menschen durch den Menschen ist. Die beginnenden technischen Umwälzungen deuten eine fühlbare Wandlung in der Position der Wissenschaft, Bildung und Kultur überhaupt an: Während in den vergangenen Jahrhunderten die Kultur ihre Sendung eigentlich nur am Rand des menschlichen Lebens in der Gesellschaft erfüllte, außerhalb der Hauptströmung des Zivilisationsprozesses, rückt sie nunmehr im Gegenteil als entscheidender Faktor in den Mittelpunkt des Geschehens. Die wissenschaftlich-technische Revolution korrespondiert so mit einer Kulturrevolution von bisher ungekannter Bedeutung und Ausdehnung.

d) Die wissenschaftlich-technische Revolution ist offenbar nicht zu verwirklichen, wenn die gegenwärtige Grenze des menschlichen Lebens nicht in ständige Bewegung versetzt wird, und zwar in bezug auf das Niveau des Lebens selbst. Ihr Bewegungszyklus könnte nicht zum Abschluß gelangen, ohne auf einer bestimmten Stufe in eine allgemeine Kultivierung der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen zu münden – in Technik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Sorge um den Menschen. Angesichts dieser Tendenzen stellt sich die unabweisliche Frage ein: Welche Gesellschaftsordnung wird unter welchen Bedingungen imstande sein, diese Zivilisationsprozesse zu verwirklichen?



Der Kapitalismus kann offensichtlich ähnliche Veränderungen akzeptieren, sich ihrer bedienen und sie relativ schnell in einem gewissen Umfang, in einer bestimmten Zone vorantreiben: in einzelnen Werkstätten, Werksabteilungen Betrieben und möglicherweise auch Branchen und Sektoren – solange der Prozeß nicht einen kritischen Punkt überschritten hat bzw. von anderen Umständen überdeckt oder kompensiert wird; solange die neuen Elemente in die alte Struktur eingegliedert oder in die alten Grenzen eingeschlossen, in die alten Geleise gelenkt werden können; solange sie zum Teil in deformierter Gestalt entwickelt werden usw. Aber wird es in der Macht dieses konfliktreichen Systems gesellschaftlicher Verhältnisse sein, die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution jenseits dieser Grenze zu meistern?

Je mehr sich die wissenschaftlichen, technischen und sozialen Wandlungen zu einem einheitlichen Strom zusammenschließen, je mehr sie in strukturelle Produktionsumwälzungen überzugehen beginnen, sie die bisherige Stellung des Menschen betreffen, um so unverhüllter tritt die Diskrepanz zwischen der traditionellen kapitalistischen Gesellschaftsform der industriellen Entwicklung und den neuen Dimensionen der Entwicklung der Produktivkräfte zutage – die Tatsache, daß die gegenwärtigen Wandlungen in der Technologie weit über alles hinausreichen, woran die westliche Welt gewöhnt ist. Zweifel melden nicht nur die Kritiker, sondern auch die Verteidiger des kapitalistischen Systems an.

Es darf vorausgesetzt werden, daß die kapitalistische Basis, auf der sich die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrem Anfangsstadium zu einem gewissen Grad geltend macht, sich in entscheidenden Punkten, sobald der Prozeß großen Umfang hat, als zu eng erweist: eine Reihe von Kollisionen, die bis an den Rand einer Katastrophe führen, kann vom historischen Gesichtspunkt aus in dieser Hinsicht als unausweichlich gelten. Grundsätzlich stellt den Boden, auf dem sich die wissenschaftlich-technische Revolution in voller Breite entfalten kann, der Sozialismus und Kommunismus dar. Die Richtigkeit dieser These – und zugleich die Reife der sozialistischen Gesellschaft – muß die Praxis erweisen; zweifellos handelt es sich auf diesem Boden um eine äußerst schwierige Aufgabe.

Das Niveau der Zivilisationsbasis setzt strikt die Grenzen fest, in denen es möglich ist, die unterschiedliche Wesensgrundlage der Produktionsverhältnisse zur Geltung zu bringen. Die prinzipielle Überlegenheit sozialistischer und kommunistischer Verhältnisse kann erst dort und insofern plastisch hervortreten, wo und soweit sie auf einem adäquaten Niveau und einer entsprechenden Bewegung der Produktivkräfte fußt, d. h. wo und soweit die Scheidelinie der Industrialisierung überschritten wird, wo und soweit somit neue Produktionsverhältnisse als praktisch bewegende Formen realisiert werden, die die Entwicklung der Produktivkräfte in neue Dimensionen vorantreiben. In den potentiellen menschlichen Ansprüchen und Konsequenzen der einsetzenden Umwälzungen in der Struktur und Dynamik der Produktivkräfte spiegelt sich jedoch deutlich erkennbar das innere Gefüge der wissenschaftlich-technischen Revolution: in den Gesamtumrissen handelt es sich nicht nur um einen sozialen Prozeß, sondern auch um eine soziale Revolution – nämlich eine organische Notwendigkeit der kommunistischen Revolution, um ihre gesetzmäßige Stufe und Form.

Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse entspricht jedoch nicht immer dem augenblicklichen Niveau und der Bewegung der Produktivkräfte. Es kann sich zeigen, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft, in der die sozialistische Revolution gesiegt hat – einschließlich spezifisch neuer Faktoren, die die soziale Umwälzung mit sich gebracht hat –, vorläufig noch viel schwächer sind als in den gegenwärtigen industriell hochentwickelten Ländern; und sogar, daß der Sozialismus noch eine lange Reihe rudimentärer Industrialisierungsaufgaben zu gewärtigen hat. Unter diesen Umständen kommt innerhalb der Gesellschaft jedoch unausweichlich eine gewisse Spannung und die Gefahr von Disparitäten zwischen dem Zivilisationsniveau und den sozialen Wandlungen zustande. Wenn diese Bedingungen länger andauern, können sie zu einer gewissen Unterentwicklung oder Deformation der entsprechenden Produktionsverhältnisse führen – mit Hinblick auf die Möglichkeit einer Fetischisierung – und zu einem Weiterwirken der bloß vorübergehend angewandten Formen.

Zum Klassencharakter der israelischen Gesellschaft

Haim Hanegbi
Mosche Machover
Akiva Orr

Teil I

Über den arabisch-israelischen Konflikt ist aus aktuellem Anlaß in den vergangenen Jahren viel publiziert worden. Häufig wurden dabei jedoch die innenpolitischen Dimensionen dieses Konfliktes und die Verbindung zwischen der sozialen Struktur der betreffenden Gesellschaften und ihren außenpolitischen Verhaltensweisen vernachlässigt. Dies trifft ganz besonders auch für die Gesellschaft Israels zu. „links" beginnt deshalb in dieser Nummer mit dem Abdruck des Aufsatzes von Hanegbi, Machover und Orr, der zuerst in der „new left review" 1971, Nr. 65, veröffentlicht wurde, und sich um eine umfassende Analyse der israelischen Gesellschaft bemüht. Die drei Autoren sind Mitglieder der militanten antizionistischen Partei, der Israelischen Sozialistischen Organisation. Ihr Aufsatz erscheint in „links" in drei Teilen und ist nur geringfügig gekürzt.

In der israelischen Gesellschaft, wie in allen andern Klassengesellschaften, gibt es gegensätzliche gesellschaftliche Interessen – Klasseninteressen, die die Ursache für innenpolitische Klassenkämpfe sind. Die israelische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit war indessen während der letzten 50 Jahre in einen andauernden außenpolitischen Konflikt verwickelt: der Konflikt zwischen dem Zionismus und der arabischen Welt, insbesondere den Palästinensern. Welcher dieser beiden Konflikte ist bedeutsamer, und welcher ist von untergeordneter Bedeutung? Was hat es mit dieser untergeordneten Bedeutung auf sich, und wodurch wird sie verursacht? Diese Fragen muß jeder beantworten, der sich mit der israelischen Gesellschaft und Politik befaßt.

Für die Revolutionäre in Israel selbst sind diese Fragen keineswegs akademisch. Ihre Beantwortung entscheidet über die Strategie des revolutionären Kampfes. Diejenigen, die den innenpolitischen Klassenkampf für wichtiger halten, richten ihr Streben einzig auf die israelische Arbeiterklasse und messen dem Kampf gegen die kolonisatorischen, nationalistischen und nachteiligen Wesenszüge des zionistischen Staates nur wenig Bedeutung zu. Dieser Standpunkt betrachtet den außenpolitischen Konflikt als Ausläufer des innenpolitischen Konflikts. Ferner werden nach dieser Auffassung die treibenden Kräfte im Innern der israelischen Gesellschaft zu einer Revolution in Israel führen, ohne daß dies unbedingt von einer sozialen Revolution in der arabischen Welt abhängt. Die Erfahrung in den klassisch-kapitalistischen Ländern hat vielfach gezeigt, daß innenpolitische Klassenkämpfe und -interessen in engem Zusammenhang mit außenpolitischen Kämpfen und Interessen stehen. Jedoch wird diese Theorie in bestimmten Fällen unhaltbar. Zum Beispiel kann in einem kolonisierten Land, das unter der unmittelbaren Herrschaft einer ausländischen Macht steht, das Geschehen in der unter Kolonialherrschaft stehenden Gesellschaft nicht einfach von den inneren Konflikten dieser Gesellschaft abgeleitet werden, da ja der Konflikt mit der Kolonialmacht im Vordergrund steht. Israel ist weder ein Land des klassischen Kapitalismus noch eine klassische Kolonie. Seine wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wesenszüge sind so einzigartig, daß aus jedem Versuch, sie zu analysieren, eine Karikatur werden wird, falls man bei der Analyse Theorien oder Analogien anwendet, die für andere Gesellschaftsformen entwickelt worden sind. Eine Analyse muß daher auf der besonderen Wesensart und der besonderen Geschichte der israelischen Gesellschaft fußen.

Eine Gesellschaft von Einwanderern

Das erste entscheidende Merkmal der israelischen Gesellschaft ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung aus Einwanderern oder Kindern von Einwanderern besteht. 1968 hatte Israel 1 689 286 erwachsene (d. h. älter als 15 Jahre) jüdische Einwohner, von denen nur 24 % in Israel geboren waren und nur 4 % von in Israel geborenen Eltern abstammten[1]. Die israelische Gesellschaft von heute ist immer noch eine Gemeinschaft von Einwanderern und hat viele für solch eine Gemeinschaft typische Merkmale. In einer solchen Gesellschaft sind zunächst einmal die Klassen, ganz zu schweigen vom Klassenbewußtsein, noch im Werden. Einwandern bringt Erfahrung mit sich und das Gefühl, als habe man „ein neues Leben angefangen". In der Regel hat der Einwanderer seinen Beruf sowie seine gesellschaftliche Rolle und Klasse gewechselt. Im Falle Israels stammt die Mehrheit der Einwanderer aus dem Kleinbürgertum, ob sie nun aus den städtischen Gebieten in Mittel- und Osteuropa stammen oder aus kleineren und größeren Städten der arabischen Welt. Der Einwanderer freut sich darauf, seine Stellung in der Gesellschaft zu verändern. Daneben sieht er, daß alle vorteilhaften Positionen in der neuen Gesellschaft schon von Einwanderern besetzt sind, die früher da waren, und das erhöht seinen Ehrgeiz, gesellschaftlich höherzukommen, notfalls durch lange, harte Arbeit. Der Einwanderer betrachtet seine augenblickliche gesellschaftliche Rolle als Übergangsstadium. Dies trifft auch bei den israelischen Arbeitern zu. Sein Vater war selten Arbeiter, und er selbst lebt in der Hoffnung, daß auch er eines Tages unabhängig sein wird oder daß wenigstens sein Sohn es sein wird. Klassenbewußtsein und Klassenstolz, die im englischen und französischen Proletariat existieren, existieren nicht in Israel und kommen vielen israelischen Arbeitern merkwürdig vor. Wenn ein englischer Arbeiter nach seiner Herkunft gefragt würde, würde er fast automatisch in der Klassenterminologie antworten („Ich gehöre zur Arbeiterklasse"), und er würde seine Haltung gegenüber anderen in Form von derartigen Klassen-Begriffen formulieren; ein israelischer Arbeiter hingegen würde zu ethnischen Kategorien greifen und würde sich selbst und andere als „Polen", „Orientalen" etc. betrachten. In Israel betrachten die meisten ihre gesellschaftliche Stellung immer noch im Zusammenhang mit ihrer ethnischen und geographischen Herkunft, und natürlich hindert ein solches gesellschaftliches Bewußtsein die Arbeiter daran, eine unabhängige Rolle zu spielen, ganz zu schweigen von einer revolutionären Rolle, die auf völlige Umformung der Gesellschaft hinzielt.

Keine Arbeiterklasse kann eine revolutionäre Rolle in der Gesellschaft spielen, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder ihre Lage im individuellen Bereich verbessern will, und zwar im Rahmen der bestehenden Gesellschaft, indem sie aus den Reihen ihrer Klasse austritt. Dies bewahrheitet sich umso mehr, als das Proletariat sich nicht als eine feste gesellschaftliche Klasse begreift, deren eigene Gruppeninteressen und Systemwerte sich im Widerstreit mit der bestehenden Ordnung befinden. Der Drang zur völligen Umformung der Gesellschaft entwickelt sich nicht leicht in einer Gesellschaft von Einwanderern, die soeben ihren gesellschaftlichen und politischen Status gewechselt haben und die immer noch im Zustand hoher sozialer Mobilität leben. Das heißt nicht, daß die israelische Arbeiterklasse nicht in Zukunft eine revolutionäre Kraft werden kann; es bedeutet lediglich, daß heute eine politische Aktivität in dieser Klasse nicht von denselben Voraussetzungen und Erwartungen ausgehen kann, die man auf ein Land des klassischen Kapitalismus anwenden kann.

Eine Gesellschaft von Siedlern

Wenn die Einzigartigkeit der israelischen Arbeiterklasse nur in der Tatsache bestünde, daß sie sich hauptsächlich aus Einwanderern zusammensetzt, dann könnte man immer noch annehmen, daß sie durch geduldige soziale Propaganda mit der Zeit allmählich eine unabhängige, ja sogar revolutionäre Rolle spielen würde. In solch einer Situation wäre geduldige erzieherische Arbeit nicht viel anders als derartige Arbeit anderswo. Die israelische Gesellschaft jedoch ist nicht allein eine Gesellschaft von Einwanderern; sie

Integriert an der Wahlurne dpa

ist eine Gesellschaft von Siedlern. Diese Gesellschaft, ihre Arbeiterklasse eingeschlossen, wurde durch einen Prozeß der Kolonisierung geformt. Dieser Prozeß, der seit 80 Jahren andauert, verlief nicht in einem unbewohnten Land, sondern in einem Land, das von einem andern Volk bewohnt war. Der ständige Konflikt zwischen der Siedlergesellschaft und den einheimischen, heimatlos gewordenen palästinensischen Arabern hat nie aufgehört; er hat die Struktur der israelischen Soziologie, Staatswissenschaft und Ökonomie geformt. Die zweite Generation der israelischen Führer ist sich darüber völlig im klaren. In einer berühmten Rede zum Begräbnis von Roy Rutzberg, eines Kibbutz-Mitglieds, das 1956 von palästinensischen Guerillas getötet wurde, erklärte General Dayan: „Wir sind eine Siedler-Generation, und ohne Stahlhelm und Gewehr können wir keinen Baum pflanzen und kein Haus bauen. Wir wollen nicht erschrekken vor dem Haß, der in hunderttausenden Arabern um uns herum brennt. Wir wollen unser Haupt nicht abwenden, damit unsere Hand nicht zittert. Das Schicksal unserer Generation ist dies, „die Alternative unseres Lebens: gerüstet und gewappnet zu sein, stark und unnachgiebig, damit uns nicht das Schwert aus der Faust gleitet und unser Leben endet." [2] Diese eindeutige Wertbestimmung steht in scharfem Gegensatz zur offiziellen zionistischen Mythologie („auf daß die Wüste blühend werde"), und Dayan hat dies deutlich herausgestellt, als er weiterhin sagte, daß die Palästinenser einen guten Stand hätten, da „sie zusehen konnten, wie wir ihre Felder bebaut haben".

Als Marx die berühmte Feststellung traf, daß „ein Volk, welches ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann", wollte er damit nicht nur ein moralisches Urteil aussprechen. Er wollte damit auch sagen, daß in einer Gesellschaft, deren Führer ein anderes Volk unterdrücken, die ausgebeutete Klasse, die sich dem nicht tatkräftig widersetzt, zwangsläufig mitschuldig daran wird. Auch wenn diese Klasse keinen direkten Nutzen aus der Unterdrückung zieht, neigt sie leicht zu der Illusion, daß sie ein gemeinsames Interesse mit ihren Führern teilt, wenn sie die Unterdrückung zum Dauerzustand macht. Eine solche Klasse tendiert dahin, ihren Herrschern zu folgen, anstatt sie herauszufordern. Dies bewahrheitet sich umso mehr, als die Unterdrückung nicht in einem weit entfernten Land geschieht, sondern „zu Hause", während die nationale Unterdrückung und Ausbeutung eben die Voraussetzung für das Ent- und Bestehen der Unterdrükkergesellschaft ausmachen. Seit den zwanziger Jahren haben revolutionäre Organisationen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zusammengearbeitet und bei dieser praktischen Tätigkeit beachtliche Erfahrungen gesammelt; diese Erfahrungen liefern den Beweis dafür, daß „ein Volk, welches ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann." Bezogen auf die israelische Gesellschaft heißt dies, daß es für die israelische Arbeiterklasse, solange der Zionismus in dieser Gesellschaft auf politischer und ideologischer Ebene vorherrscht und als Rahmenprogramm der Politik gilt, überhaupt keine Chance gibt, eine revolutionäre Klasse zu werden. In den Erfahrungen der letzten 50 Jahre findet sich kein Beispiel dafür, daß israelische Arbeiter aus materiellen oder gewerkschaftlichen Gründen dazu bewegt worden sind, das israelische Herrschaftssystem selbst infrage zu stellen. Es ist unmöglich, auch nur eine Minderheit des Proletariats auf diese Weise zu mobilisieren. Im Gegenteil, der israelische Arbeiter steht fast immer seiner Nation näher als seiner Klasse. Obwohl sich dies vieleicht in Zukunft ändern wird, enthebt es uns nicht der Notwendigkeit zu analysieren, warum es während der letzten 50 Jahre so war.

Verschiedenheit der Völker

Ein dritter entscheidender Faktor ist die ethnische Färbung des israelischen Proletariats. Die Mehrheit der am meisten ausgebeuteten Schichten in der israelischen Arbeiterklasse besteht aus Einwanderern aus Asien und Afrika [3]. Auf den ersten Blick könnte es den Anschein haben, als ob die doppelte Teilung der Klassen durch die ethnische Teilung der Klassen den Klassenkampf innerhalb der israelischen Gesellschaft verstärken könnte. Es bestand eine Tendenz in diese Richtung. Aber während der letzten 20 Jahre hat der ethnische Faktor in die entgegengesetzte Richtung gewirkt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zunächst verbesserten viele der Einwanderer aus Asien und Afrika ihren Lebensstandard, indem sie Proletarier in einer modernen kapitalistischen Gesellschaft wurden. Ihre Unzufriedenheit richtete sich nicht gegen ihre Stellung als Proletarier, sondern gegen ihre Stellung als „Orientalen", d. h. dagegen, daß die Leute europäischer Herkunft auf sie herabsahen und sie manchmal diskriminierten.

Die zionistischen Führer haben Maßnahmen getroffen, um die beiden Gruppen zu verschmelzen. Dennoch blieben die Unterschiede deutlich: Mitte der sechziger Jahre waren zwei Drittel der ungelernten Arbeiter Orientalen; 38 % der Orientalen lebten mit drei oder mehr Personen in einem Zimmer, während dies nur bei 7 % der aus Europa Stammenden der Fall war; in der Knesseth waren nur 16 der 120 Mitglieder Orientalen vor 1965 und nachher nur 21. Solche sozialen Unterschiede jedoch wurden von den Orientalen in bezug auf ihre völkische Zugehörigkeit gedeutet, sie sagen nicht „Ich werde ausgebeutet und diskriminiert, weil ich Arbeiter bin", sondern „Ich werde ausgebeutet und diskriminiert, weil ich Orientale bin." Zweitens sind die Arbeiter im augenblicklichen System der kolonialen israelischen Gesellschaft eine Gruppe, die man mit den „armen Weißen" in den U. S. A. oder mit den algerischen „pieds noirs" vergleichen könnte. Solche Gruppen hassen es, wenn man sie mit Arabern, Schwarzen oder irgendwelchen Eingeborenen gleichsetzt, die von diesen Siedlern als „minderwertig" betrachtet werden. Ihre Antwort: sie ergreifen Partei für die am meisten chauvinistisch und rassistisch geprägten Elemente im establishment; die meisten Anhänger der halb-faschistischen Partei „Herut" sind jüdische Einwanderer aus Afrika und Asien, und das müssen sich diejenigen vor Augen halten, deren revolutionäre Strategie für die israelische Gesellschaft von einer zukünftigen Allianz zwischen arabischen Palästinensern und orientalischen Juden ausgeht, sei es nun auf der Basis ihrer gemeinsamen Ausbeutung oder einer vermeintlichen kulturellen Verwandtschaft, die die Palästinenser vielleicht mit den aus arabischen Ländern stammenden orientalischen Juden verbindet. Das heißt nicht, daß diese Schicht des israelischen Proletariats „von Natur aus" reaktionär ist; ihr augenblicklicher reaktionärer Charakter ist lediglich ein Ergebnis der Herrschaft des politischen Zionismus. Diese Schicht könnte die Triebkraft einer sozialrevolutionären Bewegung in der israelischen Gesellschaft werden, wenn das zionistische Establishment zerstört worden ist. Es ist jedoch zweifelhaft, ob sie sich einmal daran machen wird, sie zu zerstören.

Integriert in der Armee dpa

Zufluß von Kapital

Die israelische Gesellschaft ist nicht nur eine Gesellschaft von Siedlern, die sich durch den Prozeß der Kolonisation zu einem bereits bevölkerten Land verwandelt hat; diese Gesellschaft genießt auch eine Anzahl einzigartiger Privilegien. Sie erhält bzw. profitiert auch von einem ständig fließenden Strom materieller Quellen aus dem Ausland, der quantitativ und qualitativ ohnegleichen ist. Man hat errechnet, daß Israel im Jahre 1968 10 % aller Hilfsgelder für unterentwickelte Länder erhalten hat [4]. Israel ist ein einzigartiger Fall im mittleren Osten; es wird vom Imperialismus finanziert, ohne jedoch wirtschaftlich von ihm ausgebeutet zu werden. So ist es immer in der Vergangenheit gewesen: der Imperialismus benutzte Israel für seine politischen Zwekke und gab ihm dafür finanzielle Unterstützung. Oscar Gass, ein amerikanischer Wirtschaftler, der auch einmal als Berater für Wirtschaftsfragen für die israelische Regierung tätig war, schrieb neulich: [5] "Was an dieser Entwicklung so einzigartig ist, ist der Faktor des Kapitalstroms ... In den 17 Jahren von 1949 bis 1965 erhielt Israel 6 Mrd. Dollar mehr an Importen und Dienstleistungen, als es Gegenleistungen ausführte. In den 21 Jahren von 1948 – 1968 betrug der Importüberschuß 7,5 Mrd. Dollar. Dies bedeutet einen Überschuß von etwa 2.650 Dollar pro Person in Israel in den 21 Jahren bis Ende 1968 (diese Statistik bezieht sich auf das Israel in den Grenzen vor dem Junikrieg von 1967). Nur 30 % dieser Auslandsgelder wurde mit der Auflage des Rückflusses von Dividenden, Zinsen oder des Kapitals nach Israel transferiert. Dieser Umstand ist beispiellos in der ganzen Welt; er schränkt aber auch die Bedeutung von Israels wirtschaftlicher Entwicklung als Beispiel für andere Länder stark ein."

70 % dieses Defizits von 6 Mrd. Dollar wurde von sogenannten „rein einseitigen Kapitalüberweisungen" gedeckt. Diese bestanden aus Stiftungen, die vom United Jewish Appeal aufgebracht worden waren, aus Reparationsleistungen von der deutschen Regierung und aus US-Beihilfen. 30 % bestanden aus „langfristigen Kapitalüberweisungen" – israelischen Regierungs-

Karl Korsch

Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung

Eine quellenmäßige Darstellung

Inhalt: Der Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung – Kernsätze aus den Quellen (Marx, Engels u. a.) – Der soziale, politische und geistige Lebensprozeß – Die materialistische Dialektik – Entwicklung als Werden und als Tat (Klassenkampf, Revolution). **Im Anhang:** K. Marx über seine dialektische Methode und über eine mißverständliche Auffassung seiner Methode.

60 Seiten. **Preis: 2,– DM**

L. Sedow

Rotbuch über den Moskauer Prozeß

Trotzkis Sohn berichtet. Mit einem Vorwort der deutschen Sektion der IV. Internationale, Hamburg.

117 Seiten. **Preis: 3,50 DM**

N. Bucharin

Vom Sturze des Zarismus bis zum Sturze der Bourgeoisie

Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland. Von der Diktatur des Imperialismus zur Diktatur des Proletariats. Erstausgabe: 1919.

Preis: 3,50 DM

Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung.
Weitere Auswahl an sozialistischer Literatur: **Buchliste anfordern!**

★spartakus

Verlag, Vertrieb und Versand
2 Hamburg 13, Postfach 117
Telefon: 04 11/41 74 84

Diese Texte sind in allen politischen Buchhandlungen erhältlich. In Hamburg: MANIFEST, Schlüterstraße 79

Politischer Buchladen,
2 Hamburg 13, Schlüsterstr. 79,
Telefon: 04 11/44 40 03

obligationen, Anleihen aus dem Ausland und kapitalbringenden Investitionen. Diese Investitionen haben Vorteile wie z. B. Steuerfreiheit und garantierte Profite durch das „Gesetz zur Förderung von Kapitalinvestitionen“ [6]. Trotzdem rangierte diese quasi-kapitalistische Quelle weit hinter den einseitigen Schenkungen und langfristigen Anleihen. In der gesamten Zeit von 1949 bis 1965 kamen diese Formen der Kapitalüberweisung aus folgenden Quellen: 60 % vom Weltjudentum, 28 % von der deutschen Regierung, 12 % von der US-Regierung. Von den „einseitigen Kapitalüberweisungen“ kamen 51,5 % vom Weltjudentum, 41 % von der deutschen Regierung und 7,4 % von der US-Regierung. Von den „langfristigen Kapitalüberweisungen“ kamen 68,7 % vom Weltjudentum, 20,5 % von der US-Regierung und 11 % aus anderen Quellen. In der Zeit von 1949 bis 1965 betrug der Netto-Sparertrag der israelischen Wirtschaft im Durchschnitt gleich Null, manchmal + 1 %, manchmal – 1 %. Jedoch betrug in dieser Zeit die Investitionsrate 20 % des Bruttosozialproduktes. Dieses Ergebnis konnte nicht von innen heraus kommen, weil es keine internen Einsparungen in der israelischen Wirtschaft gab; es konnte nur aus dem Ausland, und zwar in Form von einseitigen und langfristigen Kapitalinvestitionen kommen. Mit anderen Worten: es beruhte ganz und gar auf dem Kapitalstrom von außen [7].

Seit 1967 ist diese Abhängigkeit vom ausländischen Kapital gewachsen. Da sich die Lage im mittleren Osten geändert hat, sind die militärischen Ausgaben gestiegen. Wie der israelische Schatzminister angab, wurden die militärischen Ausgaben im Januar auf 24 % des Bruttosozialprodukts des Jahres 1970 geschätzt; das war das Doppelte des US-Verhältnisses, das dreifache des britischen und das vierfache des französischen Verhältnisses [8]. Dadurch wurden sowohl die internen Quellen der Investitionen als auch die Zahlungsbilanz stark belastet. Als Gegengewicht mußte ein entsprechender Strom von Kapital nach Israel erfolgen. In der Zeit von 1967 und 1968 wurden in Israel drei „Militärkonferenzen“ abgehalten. Ausländische Kapitalisten wurden hierbei aufgefordert, sich an dem Kapitalstrom zu beteiligen, ebenso bei industriellen und landwirtschaftlichen Projekten. Im September 1970 kehrte der israelische Schatzminister Pinhas Sapir von einer US-Reise, die den Zweck hatte, Geld aufzubringen, zurück. Er faßte die damalige Situation folgendermaßen zusammen: „Wir setzen uns das Ziel, im nächsten Jahr 1 Milliarde Dollar mit Hilfe des Weltjudentums aufzubringen. Dabei werden wir die Hilfe des United Jewish Appeal und der Kampagne der Israel Development Bonds, die von der Jewish Agency gefördert werden, in Anspruch nehmen. Diese Summe ist um 400 Millionen Dollar höher als die des Rekordjahres 1967... Als das amerikanische Forschungsteam für Finanzfragen kürzlich bei uns zu Besuch war, erklärten wir den Herren, daß selbst für den Fall, daß wir die gesamte Summe aufbringen können, wir immer noch einige Millionen Dollar benötigen, um unsere Erfordernisse zu decken. Unsere gesamten Waffenerfordernisse belaufen sich – was wir den USA auch erklärten – auf 400 bis 500 Millionen Dollar pro Jahr.“ [9]

Es sieht so aus, als ob sich das Abhängigkeitsverhältnis zu den USA seit 1967 entscheidend verändert hätte. Das von den Juden in aller Welt aufgebrachte Geld (wobei deren Gefühle und Ängste auch eine Rolle spielen) genügt nicht mehr zur Deckung des enorm in die Höhe geschossenen Militärbudgets. Der Durchschnitt von 500 Millionen Dollar muß jetzt verdoppelt werden. Als erste wurde die US-Regierung um die direkte Bereitstellung von zusätzlich 500 Millionen Dollar gebeten. Es ist ganz klar, daß die entsprechende Bereitschaft der US-Regierung von der Gegenleistung abhängt. Im besonderen Falle Israels besteht die Gegenleistung nicht aus wirtschaftlichem Profit [10].

Auch das britische Kapital hat enge Bande mit Israel geknüpft [11]. 20 % der israelischen Importe kommen aus Großbritannien, und der Handel zwischen beiden Ländern hat sich seit dem Junikrieg fast verdoppelt. Die Firma British Leyland hat sich bei der Histadrut in der Produktion von Bussen mit 34 % eingekauft; ebenfalls bei israelischem Privatkapital in der Auto- und Jeepproduktion. Marks and Spencers kaufen pro Jahr israelische Artikel im Werte von 2–3 Millionen Pfund, davon 1/4 Textilien und 3/4 Orangen, Gemüse und Fruchtsäfte. Finanzielle Interessen, wobei Sir Isaac Wolfson und Charles Clore an der Spitze rangieren, spielen auch eine wichtige Rolle. Wolfson ist der Präsident der Great Universal Stores (Kaufhauskonzerne) in GB, die einen Aktienanteil von 30 % bei den Gus Industries (Israel) haben. Wolfson und Clore arbeiten auch mit Israels größter Kapitalgruppe, den Gebr. Mayer zusammen. Dabei ging es um Landbesitz in Israel und Afrika und um den Bau des einzigen Wolkenkratzers des Landes, des Shalom tower in Tel-Aviv. Wolfson hat auch die Kontrolle von 30 % der Erdölgesellschaft Paz, die Shell unter dem Druck der Araber 1959 verkaufte. Wolfson stützt neben anderen Firmen auch die Israel Korporation, eine Firma mit 30 Millionen Dollar Kapital und einer gezeichneten Mindestsumme von 100.000 Dollar. Diese Firma wurde nach dem Junikrieg aufgebaut und dient der industriellen Entwicklung in Israel. Die steigende Summe des in Israel arbeitenden ausländischen Kapitals hat in der Wirtschaft zu gewissen Veränderungen geführt. Diese traten auch unter dem Druck auf,

Deutsche Erstausgabe

Staatlichkeit und Anarchie

Michael Bakunin

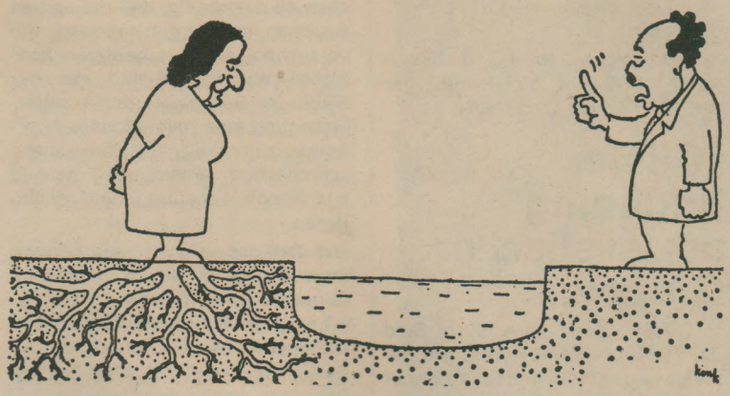
ca. 300 Seiten, Preis 12,- DM

Subskription bis Ende Februar 1972

„Darüber hinaus scheint mir eine vollständige englische und deutsche Ausgabe von Bakunins Buch nicht nur für die Marxologie im engeren Sinne interessant, sondern auch politisch höchst aktuell. Je mehr ich mich damit beschäftige desto mehr scheint es mir, daß Bakunin die meisten Entwicklungen, die bei den heutigen Revolutionen auftreten, viel klarer vorausgesehen hat als Marx. Sein Buch gehört insofern direkt zu den Voraussetzungen einer Theorie der modernen Revolution.“ (Karl Korsch an R .Rosdolsky, 1. 6. 1951).
Das Buch Bakunins, von dem Korsch so begeistert schreibt, ist STAATLICHKEIT UND ANARCHIE. 1873 in Genf auf russisch erschienen, war es das erste größere Werk von Bakunin, das zu seinen Lebzeiten herauskam. Neben einigen russischen Neuauflagen im Verlauf der Revolutionen von 1905 und 1917, die auf die praktische Relevanz des Werkes für den damaligen Klassenkampf verweisen, kam es 1929 noch zu einer spanischen Ausgabe, die vom Bakunin-Biographen Max Nettlau besorgt wurde, und 1965 zu einer französischen Ausgabe v. A. Lehning.
Der Plan von Karl Korsch, STAATLICHKEIT UND ANARCHIE herauszugeben, ließ sich nicht mehr realisieren. So kam es, daß Bakunins Hauptwerk STAATLICHKEIT UND ANARCHIE den deutschen Lesern lediglich in einigen kurzen Auszügen bekannt wurde, die Karl Marx 1874 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der I. Internationale exzerpierte. (Vgl. Karl Marx, Konspekt von Bakunins STAATLICHKEIT UND ANARCHIE, MEW 18, S. 659 ff.) Diese kurzen Auszüge von Marx vermitteln jedoch eher die Berechtigung von Bakunins Kritik am AUTORITÄREN KOMMUNISMUS der Marxisten, als daß sie eine Auskunft über die weitgespannte Problematik und den Diskussionsrahmen des ANTIAUTORITÄREN KOMMUNISMUS d.Anarchisten geben.
So wird die Herausgabe des vollständigen Textes von Bakunin, die sich u. a. an der 1965 erschienenen französischen Ausgabe orientiert, einen umfassenden Überblick darüber geben, wie Bakunin zu den damals und auch heute zentralen Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung Stellung bezieht:
ROLLE DES REVOLUTIONÄREN SUBJEKTS IN DER GESCHICHTE
PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS
VOLKSKRIEG U. VOLKSREVOLUTION
KRITIK AM STAATSKAPITALISMUS UND STAATSSOZIALISMUS
POLITISCHE UND SOZIALE REVOLUTION
DEKLASSIERTE INTELLIGENZ UND LUMPENPROLETARIAT
BAUERNREVOLUTION UND REVOLUTION IN INDUSTRIELÄNDERN
RÄTEBEWEGUNG GEGEN PARTEIDIKTATUR
ABSTERBEN ODER ZERSTÖRUNG DES STAATES
„Das mit dem Rätegedanken bei Bakunin zum Beispiel war mir längst bekannt und ebenso, daß die ganze linke Bewegung in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und zu revolutionären Zeiten auch die Massen immer von Bakunins Schlagworten und Gedanken gelebt haben.“ (Korsch an Rosdolsky, 12. 8. 1951)
In einem ausführlichen Vorwort wird die Marx'sche Rezeption von STAATLICHKEIT UND ANARCHIE analysiert und der historische Bezugsrahmen zum Werk und den Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Anarchisten dargestellt. Außerdem wird der Versuch gemacht, die Aktualität Bakunins für die heutige revolutionäre Bewegung aufzuzeigen.
Als Anhang wird der Marx'sche Konspekt von 1874 und einige Briefauszüge von Bakunin, Herzen, Orgarijow, Engels und Marx abgedruckt.
Aus finanziellen u. drucktechnischen Gründen unternimmt der Verlag eine SUBSKRIPTION des Werkes. Interessierte Buchhandlungen, Bibliotheken, Institute und Arbeitsgruppen etc. bestellen bei

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Postfach 106

den die Höhe der militärischen Ausgaben erzeugten. Gemäß dem kapitalistischen Standard Amerikas wurde die Wirtschaft „wirkungsvoller" gestaltet: eine Steuerreform wurde durchgeführt, Investitionsbedingungen wurden „liberalisiert", Generäle aus der Armee wurden in Wirtschaftsschulen geschickt und arbeiteten dann in der Industrie. In der Zeit von 1968 – 1969 wurde ein Lohnstop angeordnet, wobei einige staatliche Unternehmen an das Privatkapital verkauften, wie z. B. die 26 % staatlichen Anteile der Haifa-Ölraffinerie.



Dieser Kapitalzusammenfluß schließt nicht das „verlassene Eigentum" der palästinensischen Flüchtlinge mit ein, welches sich das zionistische Establishment angeeignet hat. Dabei handelt es sich um bebautes und unbebautes Land; nur 10 % des von Zionisten verwalteten Landes des Israels aus der Zeit vor 1967 wurde vor 1948 gekauft. Eingeschlossen sind viele Häuser, völlig verlassene Städte wie Jaffa, Lydda und Ramleh, in denen vieles nach dem Krieg von 1948 konfisziert wurde.

Die Verteilung der ausländischen Gelder

Der enorme Kapitalstrom geriet nicht in den Besitz des Kleinbürgertums Israels, sondern in den des Staates und des zionistischen Establishment unter der Kontrolle der Bürokratie der Arbeiterparteien. Deshalb ist der Weg bezeichnend, auf dem das einfließende Kapital und das eroberte Land verteilt wurde. Ausländische Gelder gingen zuerst einmal durch die Hände der Jewish Agency, die zusammen mit der Histadrut und der Regierung das Dreigestirn der herrschenden Institutionen bildet. Alle zionistischen Parteien, von der Mapam bis zur Herut, sind in der Jewish Agency vertreten. Die J. A. finanzierte Gebiete der israelischen Wirtschaft, besonders die Gebiete der Landwirtschaft ohne Profit, wie z. B. die Kibbutzim; sie verteilt auch Gelder an die zionistischen Parteien, womit es diesen ermöglicht wird, Zeitungen zu drucken und Unternehmen zu führen. Die Gelder werden im Verhältnis der bei der letzten Wahl von der Partei erhaltenen Stimmen verteilt. Dieses Verteilungssystem ermöglicht es den zionistischen Parteien zu überleben, lange nachdem die sozialen Kräfte, die diese Parteien hervorgebracht hatten, verschwunden sind [13].

In der Vergangenheit lag der Sinn dieses Systems in der Stärkung des Prozesses der Kolonialisierung nach den Vorstellungen der zionistischen Arbeiterparteien; auch sollte die Macht der Bürokratie selbst über die israelische Gesellschaft so gestärkt werden. Dies hat sich als erfolgreich erwiesen, da die Bürokratie nicht nur die Arbeiterklasse organisatorisch und wirtschaftlich im Griff hatte, sondern auch die Bourgeoisie. In der Geschichte hat die Bürokratie die meisten Institutionen, Wertbegriffe und die tägliche Praxis der israelischen Gesellschaft nach ihren Vorstellungen geformt, ohne eine starke Opposition berücksichtigen zu müssen. Sie hatte als einzige Hemmnisse die ihr vom Imperialismus auferlegten Zwänge von außen und den Widerstand der Araber. Der größte Teil des Geldstroms wurde für Einwanderungsprojekte und für Wohnung und Arbeit verwendet, um die steigende Einwanderungsquote (1948: 0,6 Mio; 1968: 2,4 Mio) zu bewältigen.

Dieser Prozeß verlief ohne nennenswerte persönliche Korruption, doch die politische und gesellschaftliche Korruption war immens. Der Kapitalstrom hatte eine entscheidende Wirkung auf die Dynamik der israelischen Wirtschaft, da die Arbeiterklasse direkt und indirekt an dieser Kapitalübertragung Anteil hatte. Israel ist kein Land, in dem die Auslandshilfe gänzlich in private Taschen fließt; er unterstützt vielmehr die gesamte Gesellschaft. Der jüdische Arbeiter bekommt seinen Anteil davon nicht in bar, sondern auf dem Wege neuer und preiswerter Wohnungen. Dieser Anteil hätte mit eigenem Kapital nie zustande gebracht werden können. Er bekommt ihn durch seine Arbeit in der Industrie, die ohne diese Hilfsgelder nie aufgebaut worden wäre, und er bekommt ihn durch den ihm gebotenen Lebensstandard, der in keinem Verhältnis zu dem Ertrag dieser Gesellschaft steht. Dasselbe gilt ganz deutlich für die Profite der israelischen Bourgeoisie, deren wirtschaftliche Aktivität und Gewinnertrag von der Bürokratie durch Subventionen, Importlizenzen und Steuerbefreiung reguliert werden. Auf diese Weise geht es bei dem Kampf zwischen der Arbeiterklasse und ihren Arbeitgebern (den Bürokraten und Kapitalisten) nicht nur um den von dem Arbeiter erbrachten Mehrwert, sondern auch um den Anteil der ausländischen Subventionen, die jede Gruppe bekommt.

Übersetzt von
MONIKA und GEORG LINGES

Anmerkungen

[1] Statistisches Jahrbuch der israelischen Regierung, 1969
[2] Moshe Dayan, „Davar" vom 2. 5. 1956
[3] Die überwiegende Mehrheit der Einwanderer vor 1948 war europäischen Ursprungs; zwischen 1948 und 1951 war das Verhältnis von Europäern und Nicht-Europäern ungefähr gleich; seitdem kommt die Mehrheit der Einwanderer von Gebieten außerhalb Europas. 1966 war nurmehr ungefähr die Hälfte der Israelis europäischen Ursprungs.
[4] Le Monde, 2. Juli 1969
[5] Jounal of Economic Literature, Dez. 1969; S. 1177
[6] Dieses Gesetz wurde 1959 verabschiedet
[7] Diese Zahlen stammen aus „Economic Development of Israel" von N. Halevi und R. Klinov-Malul, 1968 von der Bank of Israel und Frederick A. Praeger herausgegeben
[8] Professor D. Patienkin in Ma'Ariv, 30. Januar 1970
[9] Yediot Ahanarot, 30. Sept. 1970
Von der Gesamtsumme von 1034 Mio. Dollar, die die US-Militärhilfe 1970 ausgab, erhielt Israel 500 Mio. Die Vietnamhilfe wurde nicht mitgerechnet.
[10] Anfang Dez. 1970 legte SAPIR sein Budget für 1970 – 71 vor. 40 % davon waren für militärische Zwecke bestimmt, d. h.: Waffenkäufe (500 Mio. Dollar wurden bereits von Nixon versprochen), Entwicklung der Rüstungsindustrie und militärische Forschung und die täglichen Kosten für die nationale Sicherheit.
[11] siehe Artikel: „Warum dieses Land britische Artikel kauft" (The Times vom 28. 3. 1969)
[12] Der Begriff „zionistisches Establishment" wird im herkömmlichen Sinne in Israel gebraucht, um die Verschmelzung der herrschenden Klasse mit ihren Institutionen zu erklären.
[13] Im Januar 1970 gab es 10 hebräische Tageszeitungen in Israel, von den 7 den Parteien gehörten. Dazu gehören die Labour-Zeitungen DAVAR u. LAMERHAV und die MAPAM-Zeitung AL-HAMISHMAR. Die 3 privaten Zeitungen waren MA'ARIV und YEDIOT AHANAROT (Abendzeitungen mit expansionistischer Politik) und HA'ARETZ die liberale Morgenzeitung von Gershom Shoken. Es herrscht die Zensur des Militärs.

„links" verkaufen!

Verkäufer (Buchhandel, Kioske, Verkäufer in Betrieben, Schulen, Universitäten, Organisationen etc.) erhalten bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren „links" 50 % Rabatt. Leser können zur Weiterverbreitung von „links" beitragen, wenn sie Buchhandlungen, Buchläden und Kioske zum „links"-Verkauf anregen. Wenn Sie die Möglichkeit dazu haben, fordern Sie bitte 10 Freiexemplare bei uns an zur Weitergabe an solche Verkaufsstellen, damit diese „links" auslegen und die Verkaufsmöglichkeiten testen.

Verlag 2000 GmbH,
605 Offenbach, Postfach 591

internationale marxistische diskussion

Merve-Verlag

imd-reihe

1. charles bettelheim: über das fortbestehen von warenverhältnissen in den „sozialistischen ländern" dm 2,–

2. colletti/libertini/maitan/magri: lenins „staat und revolution" – heute dm 5,–

3. martin nicolaus: konkurrenz und mehrwert. zur klassentheorie bei marx dm 4,–

4. edoarda masi: der marxismus von mao und die europäische linke dm 2,–

5. „partei und klasse". eine diskussion zwischen jean-paul sartre und „il manifesto". eingeleitet von rossana rossanda dm 3,–

6. jean laplanche: marcuse und die psychoanalyse dm 2,–

7. l. colletti: zur stalinfrage dm 2,–

8. maurice godelier: system, struktur und widerspruch im „kapital" dm 2,–

9. ernest mandel/martin nicolaus: kontroverse über die möglichkeit einer revolution in den usa dm 4,–

10. louis althusser: freud und lacan dm 2,–

11. die notwendigkeit des kommunismus. die plattform von „il manifesto" dm 5,–

12. mario tronti: extremismus und reformismus. 3 Aufsätze dm 4,–

13. martin nicolaus: die objektivität des imperialismus. anti-mandel /ernest mandel: die widersprüche des imperialismus dm 8,–

15. ralph miliband: marx und der staat dm 2,–

17. rossana rossanda: der marxismus von mao-tse-tung dm 2,–

18. adriano sofri / luciano della mea: zur strategie und organisation von „lotta continua" dm 5,–

19. sohn-rethel: materialistische erkenntniskritik und vergesellschaftung der arbeit dm 4,–

20. „classe e stato": china: die dialektik der revolution dm 2,–

arbeitspapiere

1. serafini/magri/pintor: nationale arbeiterkonferenz „il manifesto": die einheit der klassen-linken herstellen dm 1,80

2. giampiero mughini: die pci und die antireformistischen Gruppen dm 2,80

3. revolutionärer kampf (bpg frankfurt): untersuchung – aktion – organisation. zur politischen einschätzung von lohnkämpfen dm 1,50

4. woher kommen die richtigen ideen der menschen? eine kontroverse zwischen „manifesto" und „lotta continua" dm 2,30

Bezug Bücher- & Papiervertrieb,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Aufruf — Antikapitalistische Strategien in Westeuropa

Die EWG, als Resultat einer über die nationalen Schranken hinausweisenden Kapitalkonzentration mit der Perspektive gegründet, die ökonomischen und politischen Expansionsbedingungen des Kapitals zu sichern und weiterhin zu schaffen, stellt sich bereits heute dar als das „Europa der Trusts und Kartelle".

Die EWG bildet in den Händen des Kapitals ein größeres Machtinstrument zu verschärfter Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnabhängigen — sowohl in Westeuropa als auch in den der EWG assoziierten Staaten.

Freie Kapitalbewegung innerhalb der Mitgliedstaaten und Rohstoffgewinnung in den assoziierten Staaten, Sicherung der Austauschbeziehungen und die Eröffnung neuer Märkte zu garantieren, sind die ökonomische Funktion der EWG. Den freien grenzüberschreitenden Verkehr aller Westeuropäer als politische Freiheit auszuweisen, ist ihre ideologische Funktion.

Trotz aller Widersprüche des Kapitals und gegen alle Widerstände sozialistischer Kräfte in Westeuropa wird die Integrationspolitik voranschreiten.

Zur Analyse der internationalen Kapitalkonzentration ist bereits viel erarbeitet worden; die von allen engagierten Autoren und Gruppen als notwendig erkannte internationale antikapitalistische Strategie ermangelt jedoch nach wie vor der Umsetzung in die Praxis.

Die sozialistischen Kräfte aber können auf die Dauer nur dann erfolgreich gegen die Stabilisierung eines kapitalistischen Westeuropas und damit gegen die einzelnen nationalen kapitalistischen Gesellschaftssysteme kämpfen, wenn sie die internationale Zusammenarbeit vorantreiben.
Einen Beitrag dazu könnte und sollte der für die Zeit vom 13. 5. 72 — 20. 5. 72 in Westberlin geplante Kongreß leisten.

Die Aufrufenden schlagen die Bildung eines INITIATIV-AUSSCHUSSES (IA) „Antikapitalistische Strategien in Westeuropa" vor, dessen Aufgaben wesentlich in der inhaltlichen Vorbereitung und Strukturierung der Thematik beständen, einschließlich der Koordinierung der einzelnen Vorarbeiten und der Erstellung eines Grundsatzpapiers. Darüber hinaus müßte der IA über die Einladung der Kongreßteilnehmer, die möglichst Vertreter arbeitender Gruppen sein sollten, entscheiden.

Genossen, schickt schon jetzt Material, zumindest Literaturvorschläge, meldet Euch für die Mitarbeit im IA und verbreitet diesen Aufruf an andere engagierte Gruppen/Genossen.

Kontaktadresse: Brigitte u. Romin Reich, 1 Berlin 30, Nürnberger Str. 32, Tel. (03 11) 24 56 62.

„Güster Erklärung" sozialistischer Gruppen

In Güster (Kreis Lauenburg) fand am 11./12. September 1971 ein gemeinsames Treffen nonkonformer sozialistischer Gruppen statt. Es nahmen teil: die Föderation Neue Linke (FNL), das Marxistisch-Leninistische Zentrum (MLZ), die Proletarische Front (Gruppe Hamburg) sowie einige Genossen vom „Spartakus"-Vertriebskollektiv. Die Zusammenkunft diente dem Zweck, „die ideologische Auseinandersetzung zwischen diesen Gruppen voranzutreiben und die theoretischen Standpunkte zu klären." Ergebnis der Tagung war die „Güster Erklärung", die kritische und selbstkritische Reflexionen über sozialistische Politik enthält. „links" gibt im folgenden Auszüge aus dieser Erklärung wieder.

Das Erstarken der revisionistischen DKP auf der einen und der Dogmatismus der ML-Aufbauorganisationen auf der anderen Seite, machen es notwendig, daß diejenigen Gruppen und Organisationen, die versuchen, aus der heutigen konkreten Wirklichkeit und aus der Kritik der Geschichte der Arbeiterbewegung eine revolutionäre Alternative zu entwickeln, ihre unterschiedlichen Positionen bewußt zur Kenntnis nehmen und diskutieren.

Die Diskussion zwischen den an dem Treffen in Güster beteiligten Gruppen ist getragen von der Erfahrung gemeinsam durchgeführter Aktionen.

Es war der Zweck des Treffens in Güster, auf der Grundlage dieser praktischen Zusammenarbeit die theoretische Auseinandersetzung zwischen unseren Gruppen voranzutreiben. Im Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen den Revisionisten und ML-Organisationen auf der einen Seite und denjenigen Kräften in der BRD, die den Versuch einer revolutionären Alter-

PERMANENTE REVOLUTION

Nr. 1/2

Friedrich Krabbe — Permanenz der Revolution
Darstellung eines Marx'schen Begriffs

Ernest Mandel — Das chinesische Entwicklungsmodell — eine Alternative zum Stalinismus

Helmut Fleischer — Methodologische Vorüberlegungen zum Begreifen revolutionärer Praxis

Werner Olle / Ulf Wolter — Die „Große proletarische Kulturrevolution" oder: Die Objektivität der Technokratie

Ernest Mandel — Die Diktatur des Proletariats und die Frage der Arbeiterdemokratie

Livio Maitan — Kritik der Manifesto-Thesen

Bernd Rabehl — Das Verhältnis von bürgerlicher Ideologie und der Ideologie des Antiautoritarismus

Tariq Ali u. Richard Nations — Revolutionäre Perspektiven für Pakistan

Nr. 3

Währungskrise, Lohnformen, Kampfformen und -forderungen der Arbeiterklasse, Kritik der IMSF-Tagung (1971)

Nr. 4

Bewaffneter Kampf oder friedlicher Weg — Zur Strategiediskussion der revolutionären Perspektiven in unterentwickelt gehaltenen Ländern (konkretisiert an den Beispielen Bolivien und Chile)

Nr. 5

Analyse des Ausbildungssektors
Bedingungen der Kämpfe der Lehrlinge, Schüler und Studenten

Einzelheft DM 3,50 · Doppelnummer DM 6,— · Die PERMANENTE REVOLUTION erscheint mit 6 Nummern pro Jahr. Abonnement (6 Nummern) DM 18,— (incl. Porto)

Bestellungen an: Dieter Fölster 1 Berlin 10, Postfach 214

Konto: Dieter Fölster Berliner Volksbank (Filiale Kreuzberg) Nr. 12 007 248 Postscheckkonto der Bank Berlin-West 664 71

Gruppe Internationale Marxisten (GIM) in Westberlin
Deutsche Sektion der IV. Internationale

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22
MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN
GILBERT MURY

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf/Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft/Revolutionierung des Alltagslebens/Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken/Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der Industrie/Die neue Stellung der Frau/Leben in den Landkommunen/Revolutionierung der Kultur/Verhältnis von Partei und Massen.

142 Seiten DM 7,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11

TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf

Obwohl Heer aus dem Volk/kein Heer des Volkes/sondern Heer gegen das Volk.

Neuerscheinung Herbst 71 ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 26

USA: FARBIGE REVOLUTION UND KLASSENKAMPF

Herausgeber: D. Peters

Die Organisierung des farbigen Fabrik- und Lumpenproletariats im Verhältnis zur weißen Arbeiterbewegung/Ghetto, Gangs und politische Organisierung/Programmatik der League

Neuerscheinung Herbst 71 ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

native unternehmen, steht immer wieder die Organisationsfrage: Wie kann sich die Arbeiterklasse so organisieren, daß sie im Verlauf ihres Kampfes schließlich alle ihre zunächst uneinheitlichen Kräfte immer geschlossener und bewußter dem Kapital gegenüberstellt und zugleich verhindert, daß selbsternannte „Avantgarden" im entscheidenden Moment die Macht an sich reißen.

„Plakat"

Die „plakat"-Gruppe hat zwei neue Plakat-Wandzeitungen herausgebracht, DIN A 2 Hochformat, Vorderseite Plakat, Rückseite Text.

Einzlpreis 70 Pfennig, 10 Exemplare 5,— DM.

Die Themen: 1. Wehrkunde, Kriegsdienstverweigerung (wichtig für Schulen); 2. Ausländer in der BRD — rechtlos! (Ausländergesetz).

Bezug: Peter Grohmann, 7 Stuttgart 1, Kernerstraße 49

Die FNL, das MLZ, die PF-Gruppe Hamburg und die Genossen vom Spartakus-Vertriebskollektiv finden ihre minimale, aber prinzipielle Übereinstimmung darin, daß sie die dogmatische und unkritische Übernahme bestimmter „Organisationsprinzipien" und Modelle des Aufbaus der Avantgarde ablehnen. Die organisatorischen Ansätze und das ganze Verständnis des Klassenkampfes der diversen ML-Organisationen weist nicht den Weg der Emanzipation des Proletariats durch die revolutionäre Umwälzung der gesamten Gesellschaft, sondern führt die Traditionen der Deformation der revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse, der Bürokratisierung der Partei und der Machtübernahme durch den Apparat in der Sowjetunion fort. Daß diese Organisationen in der Praxis nicht in der Lage sind, eine Alternative zur DKP zu entwickeln, zeigt sich immer deutlicher. Der praktische Reformismus der ML-Organisationen liegt nicht zuletzt darin begründet, daß sie ihre eigene Organisation mit der revolutionären Arbeiterklasse verwechseln.

Stattdessen gehen wir davon aus, daß das wichtigste Element des subjektiven Faktors einer revolutionären Bewegung die Herausbildung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse ist. Dieses kann sich nur in den Klassenkämpfen selbst massenhaft entwickeln und muß in von der Arbeiterklasse selbst geschaffenen entsprechenden Organisationsformen, die die spontane Aktivität und Initiative der Massen garantieren, seinen Ausdruck finden. Es muß alles getan werden, damit Selbständigkeit, Spontaneität und Initiative der Massen gefördert werden.

Die historische Form einer solchen Organisation der Klasse sind die Räte. In allen revolutionären Bewegungen, die wir aus der Geschichte kennen, haben sich solche Arbeiterräte herausgebildet, die als unmittelbarer organisatorischer Ausdruck der gesamten kämpfenden Arbeiterklasse den Sturz und die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeleitet und teilweise durchgeführt haben. Die Arbeiterräte sind die unmittelbarste, bewußteste und zugleich radikalste Organisationsform der Klasse.

Räte existieren jedoch noch nicht. Sie sind immer erst entstanden und können in ihrer eigentlichen Funktion erst entstehen in Zeiten voll entfalteter Klassenkämpfe.

Die Spontaneität der Arbeiterklasse allein reicht nicht aus, um eine Revolution zu machen. Die Organisationsform der Avantgarde, in der sich die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse zusammenschließen, um die Kämpfe zu koordinieren, die politischen Losungen zu vereinheitlichen und voranzutreiben, die praktischen Schritte zum Sturz der Bourgeoisie einheitlich zu organisieren, ist ebenso notwendig. Eine solche Avantgarde, begriffen als Kampfinstrument der Arbeiterklasse, ist das ergänzende Gegenstück zu den Räten.

An diesem Punkt jedoch gehen die Meinungen der verschiedenen Organisationen auseinander. Die FNL lehnt den Begriff Partei für eine solche Avantgarde strikt mit dem Hinweis ab, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung deutlich macht, daß eine Partei notwendig immer neben oder über den Massen stehen muß, daß die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse immer zum guten Teil von den Parteien selbst, sozialdemokratischen sowohl wie bolschewistischen, gebremst und gehindert worden ist. Die PF-Gruppe Hamburg, das MLZ sowie die Genossen aus dem Spartakus-Vertriebskollektiv sind demgegenüber der Meinung, daß aus dieser Tatsache zwar die Ablehnung der überlieferten Parteimodelle erfolgt, jedoch nicht die Ablehnung der Organisation einer Partei als solcher mit den oben beschriebenen Aufgaben. Modelle, wie eine solche Partei oder Avantgarde sich organisatorisch zu strukturieren hat, wie organisatorisch die enge Beziehung

Modelle für den politischen und Sozialwissenschaftlichen Unterricht

Herausgegeben von Ingrid und Rolf Schmiederer

Alle Untersuchungen über die Wirksamkeit des politischen Unterrichts stellen übereinstimmend fest, daß die Hauptschwierigkeit der Sozial- und Gemeinschaftskunde v. a. auch im Fehlen geeigneter Unterrichtsmittel liegt. Die Unterrichtsvorbereitung wird dem Lehrer zudem durch unzureichende fachliche und didaktisch-methodische Vorbildung, durch zeitliche Überlastung, durch die Schwierigkeit im Zugang zu Fachliteratur und Quellenmaterial und die bestehende Unklarheit über Zielsetzungen und Methoden des politischen Unterrichts erschwert.
Alle Titel unserer Reihe „Unterrichtsmodelle", die als Schülern und Lehrern gemeinsame Unterrichtsvorlage gedacht sind, folgen dem kasuistischen Prinzip (der ‚Fallmethode'): ein begrenztes Thema, ein politisch gesellschaftlicher Konflikt wird möglichst vollständig und in seinen für Thema und Unterricht relevanten Dimensionen dargestellt, d. h. unter Berücksichtigung seiner historischen wie ökonomischen, physiologischen und soziologischen Seite. Alle für die Behandlung des Themas notwendigen Materialien (Quellen, Gesetzestexte, Statistiken usw.) werden in den Text eingearbeitet oder sind im Anhang beigefügt. Die Gliederung der einzelnen Unterrichtsprojekte erfolgt nach didaktischen Gesichtspunkten; dabei werden für jeden möglichen Unterrichtsschritt die Teilziele (d. h. Erkenntnisse bzw. Qualifikationen, die mit den einzelnen Stufen angestrebt werden sollen) angegeben, wie auch die methodischen Handreichungen: Einstieg, Motivation, Vorschläge zur Diskussion, Textanalysen, Gruppenarbeit.

Modell 1

Ursula Schmiederer
Wahlen in der Bundesrepublik

Am Beispiel der Bundestagswahl 1969
56 Seiten, kartoniert 5,— DM

Modell 2

Ingrid Schmiederer
Wirtschaftliche Mitbestimmung

56 Seiten, kartoniert 5,— DM

Modell 3 / 4

Hans Rühl · Lutz Krauß
Werbung in Wirtschaft und Politik

112 Seiten mit zahlreichen Tabellen und Abbildungen kartoniert 10,— DM

Modell 5

Anneliese K. Schuon-Wiehl
Faschismus und Gesellschaftsstruktur

Am Bespiel des Aufstiegs des Nationalsozialismus
104 Seiten, kartoniert 5,— DM

Modell 6

Harald Horn
Die Berlinkrise 1958/61

Zur Funktion der Krise in der internationalen Politik
80 Seiten, kartoniert 5,— DM

Modell 7

Wulf D. Hund
Kommunikation in der Gesellschaft

Demokratische Willensbildung oder manipulierte Meinung
80 Seiten, kartoniert 5,— DM

Modell 8

Erika Dingeldey
Unpolitische Justiz ?

Ein Unterrichtsmodell für die Oberstufe (Sekundarstufe II)
128 Seiten, kartoniert 5,— DM

Modell 9

Henrike und Karl-Ernst Selbmann
Arbeitsschutz für Jugendliche — Gesetz und Wirklichkeit

64 Seiten, kartoniert 5,— DM

Modell 10 / 11

Hansgeorg Conert
Der Kommunismus in der Sowjetunion

Historische Voraussetzungen, Wandlungen, gegenwärtige Strukturen und Probleme
112 Seiten, kartoniert 10,— DM

Europäische Verlagsanstalt

zu den Massen garantiert und Verselbständigung und Verbürokratisierung verhindert werden können, können diese Gruppen konkret zur Zeit nicht angeben. Diese Fragen sind in der Geschichte der Arbeiterbewegung weder theoretisch noch praktisch zufriedenstellend und dauerhaft gelöst. Sie stehen als Aufgabe der zukünftigen politischen Praxis vor uns.

Viele historische Fragen, die zur Klärung und besseren Definition des Problems helfen könnten, bleiben in der Diskussion noch offen: Inwieweit ist die Deformation der KPdSU im Lenin'schen Parteimodell selbst schon angelegt? Bieten die chinesische Revolution und die Mao-tse-tung-Ideen in dieser Frage eine Alternative? Wie sind die Erfahrungen der spanischen Revolution einzuschätzen? Wenn die theoretische Diskussion heute immer wieder auf ungelöste Fragen stößt, so ist das nicht ein Zeichen der Schwäche derjenigen Organisationen, die aus der historischen Wirklichkeit und den praktischen Fragen der Arbeiterbewegung einen revolutionären Weg aufzuzeigen versuchen. Im Gegenteil: nur dort, wo diese Fragen noch als solche gestellt werden, wo ihre Beantwortung ganz klar als die Aufgabe einer politischen Praxis, die zum allergrößten Teil noch vor uns liegt, definiert wird, nur dort ist es möglich, den Dogmatismus, die Verbürokratisierung zu überwinden und zu einer wirklich revolutionären Alternative zu finden.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Differenzen zwischen unseren Organisationen noch lange nicht geklärt und aufgehoben sind. Wir wissen, daß es — auf nationaler Ebene — andere Organisationen und Gruppen gibt, deren theoretische und praktische Arbeit in dieselbe Richtung weist wie unsere. Die offene Diskussion zwischen den Organisationen mit einem prinzipiell gemeinsamen Verständnis des Klassenkampfes voranzutreiben, ist genauso wichtig, wie die öffentliche Diskussion zwischen Organisationen verschiedener politischer Richtungen wiederherzustellen.

Kontaktadresse: Spartakus-Kollektiv, 2 Hamburg 13, Postfach 117.

Sozialistische Lehrer

Sozialistische und kritische Lehrer stehen vor zwei spezifischen Schwierigkeiten:

1. dem Zwang, tagtäglich unterrichten zu müssen, vorhandene Unterrichtshilfen wegen ihres überwiegend apologetischen Inhalts jedoch nur selten verwenden zu können;

2. der Unsicherheit darüber, wie unter diesen Bedingungen ein Unterricht gestaltet werden kann, der dem eigenen Anspruch auf emanzipatorische Wirksamkeit genügt. Mit einer neuen Reihe (die im Sozialistischen Büro erscheint) will der Sozialistische Lehrerbund diese Schwierigkeiten angehen, indem Materialien aus der Unterrichtspraxis dargestellt werden: einerseits als Arbeitshilfe bei der Unterrichtsvorbereitung, andererseits als Gegenstand kritischer Reflexion und Diskussion. Der erste Titel dieser Reihe (erschienen im Sommer 1971) enthält — unter vollständiger Wiedergabe der verwendeten Arbeitsblätter usw. — die ausführliche Darstellung einer Unterrichtseinheit, in der am Thema „Verhaltenssteuerung — Abweichendes Verhalten" einige Widersprüche der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in der BRD deutlich gemacht werden. (Preis DM 5,—).

Als zweites Heft wurden jetzt die Materialien einer Unterrichtseinheit „Arbeit" herausgebracht, die im Unterricht „Gesellschaft/Politik" an der Gesamtschule Fröndenberg praktiziert wurden. Helmut Böttcher, Wulfgar von Koerber und Jutta Kühn legen in dieser Ausgabe die ausführliche Darstellung ihrer Unterrichtseinheit „Arbeit" vor, die im Herbst 1971 die Fröndenberger Schule, die Kapitalinteressen heimischer Firmen und die Düsseldorfer Schulpolitiker ungewöhnlich heftig aufregte. Glaubte man doch, durch diese Unterrichtseinheit, in der die Realität entfremdeter Arbeit den Schülern einsichtig zu machen versucht wurde, seien die „Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Ordnung" bedroht. Das Heft bringt Sachanalyse, didaktische Analyse, Unterrichtsziele, Unterrichtsinhalte, Verlaufsplanung. (Preis DM 5,—).

In der im Januar 1972 erschienenen Ausgabe 9 des Informationsdienstes des Sozialistischen Lehrerbundes werden die Reaktionen der Fröndenberger Öffentlichkeit und der Institutionen auf diese Unterrichtseinheit umfassend dokumentiert. Außerdem enthält diese Ausgabe einen dokumentarischen Bericht über die Basismobilisierung von Schülerinteressen an der Ernst-Reuter-Schule, Gesamtschule in der Nordweststadt Frankfurt. (Preis DM 2,50).

Bezug: Bücher- & Papervertrieb im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Vikare für ausgesperrte Arbeiter

„Die versammelten Vikare des Konventes erklären ihre Solidarität mit den ausgesperrten Arbeitern von Daimler-Benz. Sie schließen sich der ‚Stellungnahme zum gegenwärtigen Arbeitskonflikt' des Evangelischen Amtes für Industrie und Sozialarbeit in Westberlin an. Sie betonen darüber hinaus: Die ausgesperrten Arbeiter müssen die materiellen Folgen einer Wirtschaftskrise tragen, die sie nicht verursacht haben. An der bestehenden Situation wird deutlich, daß es zu den Rechten der Lohnabhängigen gehören muß, am Produktionsprozeß und der Verwendung der erarbeiteten Werte unmittelbar beteiligt zu sein. Eine vom Evangelischen Amt für Industrie und Sozialarbeit geforderte Offenlegung der wirtschaftlichen Situation der Betriebe kann daher nur ein Schritt einer grundsätzlichen Veränderung der Situation der abhängig Arbeitenden sein." Diese Resolution wurde auf der Sitzung des Konventes Westberliner Vikare vom 8. 12. 71 einstimmig angenommen. Eine Sammlung unter den Vikaren für die ausgesperrten Arbeiter brachte 700,— DM (Nachtrag: 760,— DM).

Selbstverständnis des politischen Buchladens MANIFEST, Hamburg

Die lokale wie nationale Situation des politischen Publikationswesens ist gekennzeichnet durch eine wachsende kommerzielle Verflachung und organisationsbornierten Konformismus. Vor diesem Hintergrund beschlossen die PROLETARISCHE FRONT (Gruppe Westdeutscher Kommunisten) und die GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN, Hamburg (Deutsche Sektion der IV. Internationale) und SPARTAKUS-Verlags- und Vertriebskollektiv ein praktisches Aktionsbündnis: den Aufbau des politischen Buchladens MANIFEST. Die beiden politischen Organisationen bleiben nach wie vor organisatorisch selbständig und werden ihre strategischen und taktischen Differenzen weiterhin öffentlich austragen.

Die gemeinsamen Vorstellungen über die Aufgaben und Notwendigkeiten einer politischen Buchhandlung erlauben jedoch ein gemeinsames Auftreten. Da die genannten Organisationen eine politische Alternative zu der INTERNATIONALE BUCHHANDLUNG (DKP) und zu dem ARBEITERBUCH (SALZ) für erforderlich halten, ist für sie die dabei auftretende Konkurrenzsituation auch kein unumgängliches Übel, sondern eine politische Notwendigkeit.

Der breitangelegte Versuch der Neozentristen, die strategischen und taktischen Differenzen über die Reorganisation des westdeutschen Klassenkampfes durch ein gesteuertes Zeitschriften- und Buchangebot zu monopolisieren, ist offensichtlich.

So wird die INTERNATIONALE BUCHHANDLUNG gegenwärtig in aller Offenheit von der DKP in eine Propagandazentrale umgewandelt, in der fast ausschließlich die parteikonformen und zugleich plattesten Veröffentlichungen angeboten werden. Es wird den Genossen auf diese Weise mehr und mehr unmöglich gemacht, sich auch nur einen geringfügigen Eindruck von der beispielsweise in der DDR geführten Auseinandersetzung über Fragen der Kritik der Politischen Ökonomie, der materialistischen Geschichtsauffassung und der dialektischen Methode zu verschaffen. Veröffentlichungen, die sich offen von der politischen Linie der DKP unterscheiden, werden überhaupt nicht mehr geführt.

Wenn auch mit andersgearteter Stoßrichtung, vollzieht sich dieselbe Entwicklung im ARBEITERBUCH. Zwar vermag das SALZ gegenwärtig aus Gründen der Profitstrategie nicht auf ein relativ ausgedehntes liberal-bourgeoises Sortiment zu verzichten und paßt sich oppurtunistisch den derzeit gängigen individualistisch-psychologistischen Orientierungen vieler Studenten und Schüler an; das hindert es jedoch nicht daran, gleichzeitig marxistische Literatur, die seiner neozentristischen Politik entgegensteht, weitgehend zu unterdrücken. Hinzu kommt, daß die eigene strategische wie theoretische Konfusion sich im Sortiment niederschlägt.

Sortimentsgestaltung

Es stellt sich nun für uns die Aufgabe, diesem beschränkten und falschgewichteten Angebot ein nach praktischen und theoretischen Notwendigkeiten systematisiertes und politisch weitgehend vollständiges Sortiment gegenüberzustellen. Die Erfordernisse der nationalen politischen Auseinandersetzung bedingen deutliche Schwerpunkte in der Sortimentierung.

Besonders gewichten werden wir die Materialien und Analysen zur Geschichte der Klassenkämpfe, um endlich allen zentristischen Geschichtsfälschungen zu Leibe zu rücken und um in ihrem Studium einen parteilichen und historisch-materialistisch begründeten Standpunkt zu ermöglichen. Ein weiterer Schwerpunkt wird das Sortiment zur Analyse des Imperialismus und der kolonialen und halbkolonialen Revolution sein. Ebenso wie die Literatur zur sich reorganisierenden Arbeiterbewegung in Westeuropa und den Peripherieländern, wird das Angebot hier darauf ausgerichtet sein, die lokale Borniertheit zu überwinden und somit den Zusammenhang des Klassenkampfes in Westdeutschland zum internationalen Klassenkampf aufzuzeigen. Aus demselben Grund soll auch ein breites Angebot der wichtigsten internationalen theoretischen Organe und Agitations- und Propagandazeitschriften, z. T. notgedrungen in fremdsprachigen Ausgaben, geführt werden.

Gleichzeitig planen wir die von uns nicht geführten Titel in einer

Kleinanzeigen

Rote Hilfe

Info Nr. 1 der Roten Hilfe Westberlin. Themen u. a.: Zum Kunzelmann-Prozeß. Zum Mord an Georg von Rauch. Der § 129. Die RAF und das Verhalten der Linken. Bezug: Rote Hilfe Westberlin, 1 Berlin 21, Stephanstraße 60, DM 2,50 in Briefmarken beilegen.

„links" gebunden

Die bisher erschienenen Ausgaben „links" liegen gebunden vor, und zwar Jahrgang 1969 DM 15,–, Jahrgang 1970 DM 25,– Jahrgang 1971 DM 25,– sowie die ersten 12 Ausgaben (Juli 1969–Juni 1970) DM 25,–. Bestellungen an Sozialistisches Büro und Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Schulungstext: Schule

Wir, Mitglieder des Roten Schülerbundes Graz, haben im Dezember 1971 einen Schulungstext zum Thema SCHULE herausgegeben. Bezug über Grazer Schülerzentrum, A 8020 Graz, Grieskai 58; für DM 3,– internationale Antwortscheine (gibts auf der Post) beilegen.

ROSTA KINO

Der Filmverleih „Rotes Studenten Arbeiter Kino" verleiht komplette Programme mit 16-mm-Filmen für die aufklärerische und propagandistische Arbeit von Gruppen der sozialistischen Bewegung. Anfragen an: ROSTA KINO, 1 Berlin 30, Eislebener Str. 14, Telefon (03 11) 24 23 19.

Sozialistische Eltern

Unser Initiativkreis sozialistischer Eltern bringt jetzt einen Info heraus. Die Information Nr. 1 „Schule im Kapitalismus" kann bezogen werden bei Adi Schadinger, 85 Nürnberg, Zerzabelshofstr. 83; DM 1,– in Briefmarken beilegen.

Betriebsarbeit

Die neueste Ausgabe der vom Sozialistischen Büro herausgegebenen SOZIALISTISCHEN BETRIEBS-KORRESPONDENZ bringt Analysen der Metall- und Chemie-Tarifrunden 1971. Preis DM 1,–.

Neue Jugendbücher

Volkhard Brandes: Good-bye Onkel Sam. Amerika zwischen Cola und Revolte. DM 8,80.
Martin Sperr: Jagd auf Außenseiter. Jagdszenen aus Niederbayern. DM 9,80.

Bezug: Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Bezirk Südbaden

Der Sozialistische Bund gibt für Freiburg und Südbaden einen Info heraus. Dieser SB-Info berichtet insbesondere über Aktivitäten in Südbaden und über die Schulungsarbeit des SB. Probehefte über Sozialistischer Bund, 78 Freiburg, Schwabentorstr. 6 Telefon 7 48 81.

Kartei aufzuführen, um die intensivere Bearbeitung einzelner Themenkreise zu ermöglichen.

Das Sortiment an liberaler und sozialistischer Literatur zu Fragen der Soziologie, Pädagogik und Psychologie wird in dem Politischen Buchladen MANIFEST nicht völlig eliminiert werden. Zum einen sollen die positiven Aspekte dieser Literatur aufgezeigt, zum anderen im Zeitraum eines Jahres das Angebot umstrukturiert und eingeschränkt werden. Ziel der Umstrukturierung ist, die bislang zahlenmäßig schwachen Arbeitsergebnisse an Pädagogik und Psychologie, die einen fundierten Beitrag zur Bestimmung einer kommunistischen Strategie leisten können, auszuweiten und den Verkauf technokratischer und individualpsychologischer Literatur völlig einzustellen.

Darstellung des MANIFEST-Aufbaus

Die im Aktionsbündnis MANIFEST vertretenen Gruppen sind gleichberechtigt. Das Bündnis gliedert sich organisatorisch auf drei Ebenen:

1. Politischer Beirat, der die politischen Perspektiven erarbeitet, das Bündnis nach außen darstellt und vertritt, sowie bei Differenzen mehrheitlich entscheidet. (Der Minderheit wird das Recht zugestanden, wenn sie nach politischer Diskussion in Fragen der Sortimentsgestaltung darauf besteht, ihre Position in vertretbarer Relation im Sortiment zu realisieren.) Im Beirat ist jede Gruppe mit einer Stimme vertreten.

2. Ladenkollektiv. Es besteht aus Mitgliedern der drei Gruppen, die kontinuierlich im Laden arbeiten. Seine Funktion besteht in der politischen Bestimmung des Sortiments und in einer qualifizierten Beratung der Kunden, mit dem Ziel, über die angebotenen Texte eine politische Diskussion zu führen und interessierte Genossen mit den programmatischen Grundsätzen der beteiligten Gruppen vertraut zu machen. Weiterhin hat das Ladenkollektiv die Aufgabe, Mitteilungen des Ladens herauszubringen, in denen jeweils politisch relevante Neuerscheinungen rezensiert werden.

Monatlich wird nach politischer Diskussion ein Schwerpunktthema bestimmt, das in der Schaufenstergestaltung, den MANIFEST-Mitteilungen und der Zusammenstellung des zentralen Buchtisches im Laden seinen Niederschlag findet.

3. Mensatisch-Kollektiv. Es besteht aus Genossen, die ein von ihnen zusammengestelltes Sortiment aus dem Buchladen in der Universität und den Fachhochschulen anbieten und bei politischen Veranstaltungen einen Buchtisch organisieren.

Das Laden- und Mensatisch-Kollektiv organisiert seine Arbeit selbständig und vertritt seine Vorstellungen gegenüber dem politischen Beirat, von dem es kontrolliert wird.

Bei Differenzen innerhalb oder zwischen den Kollektiven entscheidet der Beirat. Die bürgerlichrechtliche Ebene hat bei schwerwiegenden Auseinandersetzungen ähnlicher Bündnisse sehr oft eine (die) entscheidende Rolle gespielt. Das MANIFEST-Bündnis hat daraus Konsequenzen gezogen: Die drei Gruppen haben auf dieser Ebene, vertreten durch je einen Genossen, gleiche Rechte und Verantwortung.

Die Profite werden in der Anfangszeit zur Abtragung der Schulden, zum Ausbau des Sortiments und Intensivierung der Werbung verwandt. Nach der Konsolidierung des Buchladens werden sie den beiden politischen Organisationen zugeführt. Da der Aufbau des MANIFEST-Buchladens auf der Grundlage seiner politischen Position von der Perspektive der nationalen Reorganisation der sozialistischen Verlage, Vertriebe und Buchläden nicht abzutrennen ist, wird das MANIFEST-Bündnis an diesem Prozeß aktiv teilnehmen.

Kontaktadresse: MANIFEST-Buchladen, 2 Hamburg, Schlüterstr. 79.

linker digest

basis, Freiburger Studentenzeitung 2/71

Technokratie und Emanzipation in der DDR

Man hört, die DDR sei „für westdeutsche Sozialisten zu einem offensiven Argument in der Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Kapitalismus" geworden.(1). Wer sich auf das gestörte Verhältnis zur DDR besinnt, das die antiautoritäre Bewegung kennzeichnete, ist einigermaßen verwundert. Man führt den Sinneswandel auf die zunehmende wirtschaftliche Attraktivität der DDR zurück. Erklärungskräftiger mag der Hinweis sein auf das Bedürfnis, eine nach dem Zusammenbruch der antiautoritären Bewegung durch eiliges Setzen auf theoretische Schulungskurse eingetretene Kopflastigkeit durch „praktische" Identifikation mit den konkreten Erscheinungsformen des Sozialismus aufzuwiegen.

Indes, die längst überfällige Anerkennung der positiven Leistungen der DDR darf nicht dazu verleiten, in schlichter Apologie den DDR-Sozialismus für den besten aller möglichen zu erklären und unter der Hand Grundprinzipien des Marxismus, arglos oder nicht, über Bord gehen zu lassen. Vielmehr scheint es angebracht, die herrschende Ideologie der DDR am Maßstab einiger wesentlicher Kriterien des Marxismus-Leninismus zu messen.

Dem Revisionismusvorwurf, mit dem „Sozialisten" schon immer schnell, allzu schnell, bei der Hand waren, kann dabei gelassen entgegengesehen werden. „Die Revisionisten verwischen den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur." (2). Es mag sich zeigen, wo die Revisionisten zu finden sind.

I

„Zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus liegt eine gewisse Übergangsperiode, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozialökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein." (3)

Für Marx, Engels und Lenin stand ganz außer Frage, daß der Kapitalismus nicht durch den einmaligen Akt einer Revolution überwunden werden könne, um sich dann quasi-automatisch in das Stadium des Kommunismus zu transformieren. Vielmehr bedurfte es, nach der Revolutionierung der Eigentumsverhältnisse, einer Phase des Übergangs zum Kommunismus, in der die sozialistische Gesellschaft unter der Diktatur des Proletariats von den „Muttermalen der alten Gesellschaft" (4) befreit werden mußte.

In der offiziellen DDR-Ideologie liest sich's anders. Die klare Aussage von Marx versucht man abzuschwächen und umzuinterpretieren (5). Schließlich wird sie in ihr Gegenteil verkehrt: „Der Sozialismus (ist) nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft, sondern eine relativ selbständige sozial-ökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab." (6)

Das Problem verdiente keine Erwähnung, wäre es lediglich ein Streit um Worte. Doch es geht um mehr. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung wird versucht, eine unmarxistische Praxis durch ein revidierte Theorie zu legitimieren. Eine bürokratische Führungsschicht hat ein vitales Interesse an ideologischer Rechtfertigung der Praxis, um ihre Stellung im Staat vor einer Gefährdung durch revolutionäre Aktionen zu bewahren. Die Folgen für die marxistisch-leninistische Theorie und Praxis sind fatal.

Statt „die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, der Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse" aufzuheben (7), sieht sich das Proletariat in der DDR unter der Herrschaft einer „Staatsbourgeosie" (Bettelheim). Also eine Klassengesellschaft neuer Art?

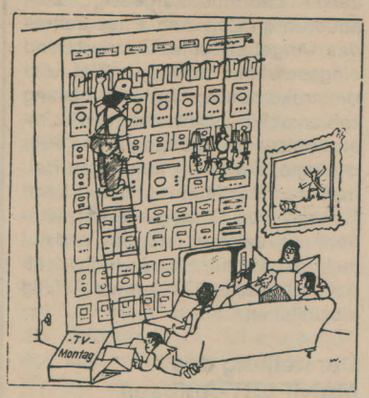
„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem gesellschaftlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen." (8). Es ist bezeichnend, daß DDR-Theoretiker immer auf den zweiten Bestandteil der Leninschen Definition verweisen, wenn die Klassenfrage gestellt wird. Mit der Abschaffung des Privateigentums sei die notwendige, aber auch hinreichende Bedingung für die Entwicklung zum Kommunismus gesetzt. Folgerichtig verläßt man sich auf die objektive Notwendigkeit dieser Entwicklung, sofern nur die Produktivkräfte genügend entwickelt seien. Jedoch: „Die Geschichte tut nichts, sie 'besitzt keinen ungeheuren Reichtum', sie 'kämpft keine Kämpfe'! Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft." (9)

Betrachtet man dagegen die wirklichen sozialen Beziehungen, die Stellung der Arbeiter im Reproduktionsprozeß und ihre Verfügungsbefugnis über den gesellschaftlichen Reichtum, so kann von einer auch nur tendenziell herrschaftsfreien Gesellschaft in der DDR keine Rede sein. „Herrschen (...) die Arbeiter nicht über den Staatsapparat, wird dieser von einem Verwalter- und Beamtenkörper beherrscht, der sich der Rolle und Leitung durch die arbeitenden Massen entzieht, so ist es dieser Verwalter- und Funktionärskörper, der zum tatsächlichen Eigentümer (im Sinne eines Produktionsverhältnisses) der Produktionsmittel wird. Dieser Körper bildet dann eine gesellschaftliche Klasse." (10) Vor diesem Hintergrund wird die ideologische Funktion der offiziellen Theorie offensichtlich: „Die Klassen und Schichten in der DDR identifizieren sich mit dem Sozialismus, weil sich auch ihre Interessen im Sozalismus vereinigen. Das ist die Basis für die immer enger werdenden Beziehungen der Klassen und Schichten und ihres Zusammenwachsens zur sozialistischen Menschengemeinschaft."(11) „Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomie. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen." (12)

Entsprechend ihrer Theorie der Produktivkräfte hat die DDR den Klassenkampf geopfert und statt seiner den Produktionskampf aufgenommen. Mit dem „Ökonomischen System des Sozialismus" wurde das Instrument geschaffen, die volkswirtschaftliche Effizienz zu steigern und die Arbeitsproduktivität zu vergrößern. Die Entscheidungen über Produktion und Konsumtion fallen in einem dreigliedrigen System, das aus der Strukturplanung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, der Planaufstellung durch die Vereinigungen Volkseigener Betriebe und der Ebene des einzelnen Arbeiters besteht. Steuerungselement ist das „System der ökonomischen Hebel", d. h. das wirtschaftspolitische Instrumentarium von Preis und Lohn bis zur Kredit- und Fiskalpolitik.

In der Ideologie der DDR wird die „Notwendigkeit der Warenproduktion" (13) mit ökonomischen Gesetzmäßigkeiten begründet. Das Primat der Politik verkümmert zur Durchsetzung des „Prinzips der materiellen Interessiertheit" (Lohn, Prämien etc.) im Bewußtsein der Produzenten. Zentrale Kategorien des sozialen Lebens sind der Gewinn und, ihm korrespondierend, der Lohn. Die Folge ist, daß auch in der DDR die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen ihnen als „außer ihnen existierende gesellschaftliche Verhältnisse von Gegenständen" (14) erscheinen, strukturiert durch objektive ökonomische Gesetze, denen sie machtlos gegenüberstehen.

Solcher „technokratischer" Sozialismus hat die Marxsche Intention verfehlt, daß die Menschen ihre Geschichte „mit Willen und Bewußtsein" machen sollen. Wird Gesellschaft nach dem Muster kybernetischer Systeme der Ökonomie reguliert, ist die Chance einer Aufhebung menschlicher Entfremdung einmal mehr dahin. Dies ist um so schwerwiegender, als mit der Revolutionierung der ökonomischen Basis, anders als im Kapitalismus, die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung des Sozialismus bereits geschaffen war. Das Ergebnis ist desolat: „Die manifeste Herrschaft des autoritativen Staates weicht den manipulativen Zwängen der technisch-operativen Verwaltung." (15)



„Los, entscheidet euch: Programm 7 oder 19?"

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (16)

Die herrschende DDR-Ideologie reduziert die politisch-emanzipatorische Zielsetzung des Marxismus auf bloßen materiellen Fortschritt. Maßgebliche Prinzipien der gesellschaftlichen Entwicklung werden die Kategorien technischer Zweckrationalität. Das mag man Konvergenz nennen, Konvergenz eines kapitalistischen Systems in der BRD und eines staatskapitalistischen Systems in der DDR, Konvergenz der Sachzwänge. Worum es aber geht, ist die Einlösung des sozialistischen Anspruchs menschlicher Emanzipation. An diesem Maßstab ist sozialistische Politik zu messen. „Und der ist kein Marxist, der die nüchtern die objektive Lage konstatierende Theorie zur Rechtfertigung des Bestehenden verzerrt." (17)

G. H.

1) marburger blätter Nr. 134 (Juli 1970), S. 24; 2) Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung, Peking 1967, S. 25; 3) Lenin, Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, Ausgewählte Werke, Bd. III, Berlin 1965, S. 323; 4) Marx Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, S. 21; 5) Werner Kalweit, in: Einheit (Jan. 1968), S. 88; 6) Walter Ulbricht, in: ders., Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, Berlin 1968, S. 530; 7) Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Studienausgabe, Bd. III, Frankfurt 1966, S. 77; 8) Lenin, Die große Initiative, a. a. O., S. 255; 9) Marx, MEW Bd. 2, S. 98; 10) Charles Bettelheim, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1969, S. 89; 11) Walter Ulbricht, Referat auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O., S. 197; 12) Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, a.a.O., S. 604; 13) Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 264; 14) Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW Bd. 23, S. 86; 15) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt 1968, S. 83; 16) Marx/Engels, Manifest, a.a.O., S. 77; 17) Lenin, Vorwort zur russischen Ausgabe der Briefe von Karl Marx an Ludwig Kugelmann, in: Sämtliche Werke, Bd. X, Wien-Berlin 1930, S. 486

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer (presserechtlich verantwortlich), Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,— zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 15. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden ● Beilagenhinweis: Dieser „links" liegt die Drucksache „Spendenaufruf: Türkei-Solidarität — Angela Davis — Knasthilfe" bei.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung ☐ ab 1. 1. 1972

(Bezugspreis für das Jahr 1972 DM 15,—, zuzüglich DM 2,40 Versandkosten — einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokkonto Nr. 1/74 1 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt — erstmals zum 31. 12. 1972 — werden.)

Vor- und Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße: .....

Datum: ....

Unterschrift